

JENS-EBERHARD JAHN

## Mühe und Muße



Grundsicherung, Grundeinkommen,  
sozialökologischer Umbau der Gesellschaft

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN

Jens-Eberhard Jahn: Mühe und Muße

*Für Nele*

JENS-EBERHARD JAHN

## Mühe und Muße

Grundsicherung, Grundeinkommen,  
sozialökologischer Umbau der Gesellschaft

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen  
Leipzig 2003

ISBN 3-89819-167-2

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2003  
Harkortstraße 10  
D-04107 Leipzig

Umschlag unter Verwendung von Wolfgang Mattheuers Holzschnitt  
»Sisyphos behaut den Stein« (1973) mit freundlicher Genehmigung des Künstlers

Satz: Daniel Neuhaus  
Herstellung: GNN Verlag Sachsen / Berlin GmbH  
Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

# Inhalt

|   |    |
|---|----|
| Vorbemerkung .....  | 9  |
| 1 Die Misere der sozialen Sicherung<br>in Deutschland und Europa .....          | 11 |
| 1.1 Sozialabbau .....   | 12 |
| 1.2 Mythos Sachzwang .....  | 14 |
| 1.3 Richtung der Umverteilung .....   | 15 |
| 1.4 Die Koppelung von Arbeit und Einkommen .....                                | 21 |
| 1.5 Makel Sozialhilfe .....   | 25 |
| 1.6 Unternehmerförderung .....  | 26 |
| 1.7 Vorhandene Sicherungssysteme .....  | 28 |
| 2 Reformansätze zur Rettung sozialer Sicherung .....                            | 35 |
| 2.1 Grundsicherungsmodelle .....  | 37 |
| 2.2 Grundeinkommensmodelle .....  | 39 |
| 2.3 Negative Einkommenssteuer .....   | 42 |
| 2.4 Finanzbedarf sozialer Sicherungsmodelle .....                               | 45 |
| 2.5 Reformvorschläge im Detail .....  | 46 |
| 2.5.1 Vorschläge von Sozialhilfe-<br>und Arbeitsloseninitiativen .....          | 49 |
| 2.5.2 Vorschläge aus Gewerkschaftskreisen<br>und Wohlfahrtsverbänden .....      | 53 |
| 2.5.3 Vorschläge aus der christlichen Soziallehre .....                         | 54 |
| 2.5.4 Vorschläge aus dem (links-)bürgerlichen Lager .....                       | 58 |
| 2.5.5 Vorschläge aus sozialdemokratischen<br>und kommunistischen Parteien ..... | 63 |
| 2.5.6 Vorschläge aus dem undogmatischen<br>linken Spektrum .....                | 66 |
| 2.5.7 Vorschläge und Programmatik der PDS .....                                 | 71 |
| 2.5.8 Parlamentarische Initiativen der PDS .....                                | 79 |
| 2.6 Bündnispolitische Erwägungen<br>für Deutschland und Europa .....            | 96 |

|     |   |     |
|-----|---|-----|
| 3   | Paradigmenwechsel: Entkoppelung<br>von Arbeit und Einkommen ..... | 99  |
| 3.1 | Arbeitsethos und Sozialutopie .....                               | 100 |
| 3.2 | Bildung und Erziehung .....                                       | 107 |
| 3.3 | Befreiung der Gesellschaft<br>– Befreiung des Individuums .....   | 112 |
| 4   | Perspektiven einer Sozialdividende .....                          | 115 |
| 4.1 | Ein erotisches Projekt? .....                                     | 115 |
| 4.2 | Stimmungen, öffentliche Meinung und die Linke .....               | 120 |
| 4.3 | Ein erotisches Projekt! .....                                     | 126 |
|     | Über den Autor .....  | 143 |

*»Jeder Mensch  
hat als Mitglied der Gesellschaft  
Recht auf soziale Sicherheit;  
er hat Anspruch darauf,  
durch innerstaatliche Maßnahmen  
und internationale Zusammenarbeit  
unter Berücksichtigung  
der Organisation und der Hilfsmittel  
jedes Staates in den Genuß  
der für seine Würde  
und die freie Entwicklung  
seiner Persönlichkeit unentbehrlichen  
wirtschaftlichen, sozialen  
und kulturellen Rechte zu gelangen.«*

(Artikel 22 der Allgemeinen Erklärung  
der Menschenrechte von 1948)





## Vorbemerkung

»Kein Unterschied kann zwischen den Werken der Einzelnen gemacht werden. Sie zu messen nach den Resultaten, führt ins Absurde. Sie zu zerlegen und zu bemessen nach den Arbeitsstunden, führt uns gleichfalls ins Absurde. Es bleibt nur eins: Die Bedürfnisse über die Leistungen zu stellen und zuerst das Recht auf das Leben anzuerkennen, alsdann darauf bedacht zu sein, für den Wohlstand aller derer zu sorgen, welche irgend einen Anteil an der Produktion nehmen.« (Peter Kropotkin: Die Eroberung des Brotes. O.O. o.J. [Nachdruck der Aufl. Bern, Grafenau 1892]. S. 134.)

Der vorliegende Band ist das Ergebnis zahlreicher Diskussionen mit GenossInnen in der PDS, in der sächsischen Grundsatzkommission der PDS, MitstreiterInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und FreundInnen und Bekannten und eigener Reflexionen innerhalb des vergangenen Jahres. Spätestens seit der Forderung der stellvertretenden PDS-Vorsitzenden Katja Kipping auf dem Berliner Sonderparteitag im Juni 2003 nach einem bedingungslosen Existenzgeld von 1000 Euro pro Monat für alle hat in der PDS die Grundsicherungsdebatte den Horizont interner Papiere verlassen. Die öffentlichen Diskussionen um die Zukunft der Sicherungssysteme, die Einsparungen bei den Armen, Arbeitslosen, Alten, SozialhilfeempfängerInnen, die Steuergeschenke an die Reichen tun ihr Übriges, um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit als Kernthemen heutiger Politik zu begreifen. Soziale Gerechtigkeit berührt die Sozial-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Finanz-, Familien- und Umweltpolitik direkt und tangiert darüber hinaus praktisch alle Politikbereiche.

Ich werde im Folgenden den Versuch wagen, die Diskussion in der Linken – insbesondere der PDS – kontrovers darzustellen und, in Weiterentwicklung von Vorstellungen, wie sie von der PDS vertreten werden, einen eigenen Vorschlag zu präsentieren. Das Buch ist somit gedacht zur Orientierung für FachpolitikerInnen, für in Verbänden und Organisationen Aktive, alle interessierten BürgerInnen und als Hilfestellung für die bevorstehenden Wahlkämpfe der Jahre 2004 bis 2006. Die Hauptteile werden daher durch kurze Dialoge eingeleitet, wie sie an Wahlkampfständen, Stammtischen, im Freundeskreis und bei Familienfeiern stattfinden könnten. Die

alleinerziehende Maria streitet dabei konstruktiv mit Josef, dem Arbeitslosen. Die dabei aufgeworfene Problematik wird im darauf folgenden Kapitel jeweils umfassend vertieft.

Die vorliegende Veröffentlichung wäre nicht zustande gekommen ohne die großzügige Hilfe der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. und die finanzielle Unterstützung des Arbeitskreises II der PDS-Fraktion im sächsischen Landtag. Besonderen Dank gilt Jutta Pistor und Sebastian Scheel für zahlreiche inhaltliche und formale Anregungen. Darüber hinaus danke ich allen, die durch Kritik und Zustimmung, in Diskussionen und Gesprächen mit mir, meine Idee zu diesem Buch haben reifen lassen. Namentlich nennen möchte ich hier (in alphabetischer Reihenfolge): Elke Altmann, Ronald Blaschke, Stefan Hartmann, Katja Kipping, Heike Kittelmann, Margitta Klug, Michael Leutert, Lutz Meyer von Rouden, Olaf Mimiec, Hans-Jürgen Muskulus, Dietmar Pellmann, Joachim Tesch und Karl-Friedrich Zais.

# 1 Die Misere der sozialen Sicherung in Deutschland und Europa

- Josef Nachrichten, Konzepte, Papiere, Neuerscheinungen zum Thema – – was nützt mir das? Ich bin seit drei Jahren arbeitslos. Ich will Arbeit.
- Maria Arbeitszeitverkürzung – –
- Josef – – kann sich im Osten doch kaum ein Arbeitgeber leisten. Denken Sie doch auch an die kleinen Betriebe – –
- Maria – – die genauso unter der derzeitigen Politik leiden wie die Lohnabhängigen und Arbeitslosen. Was wir momentan erleben, ist ja eine kolossale Umverteilung von unten nach oben, von denen, die ohnehin wenig haben, zu den großen Kapitaleignern. Und nur in der ungewissen Hoffnung, dass die dann Arbeitsplätze schaffen.
- Josef Na soll'nse mal. Kann man die dazu nicht verpflichten?
- Maria Freilich nicht. Warum sollten sie auch. Von dem Geld, das sie jetzt bekommen durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes, entstehen doch nur dann Arbeitsplätze, wenn diese auch gebraucht werden.
- Josef Es fehlt doch aber an Arbeitsplätzen. Gerade im sozialen Bereich, in Schulen fehlen Lehrer, im Krankenhaus Personal – –
- Maria Alles Bereiche, in die sich Investitionen in der Marktwirtschaft betriebswirtschaftlich kaum lohnen. Und im Produktionssektor, wenn es da mehr Geld gibt, dann werden dafür Maschinen angeschafft und schließlich fallen weitere Arbeitsplätze weg. Und der öffentliche Sektor, in dem Arbeitsplätze fehlen, blutet finanziell aus, nicht weil der Staat zuviel Geld ausgibt, sondern weil er es an der falschen Stelle ausgibt – etwa für die Rüstung – und weil er von denen, die sehr viel haben, viel zuwenig einnimmt. Siehe nochmal Absenkung des Spitzensteuersatzes, siehe Wegfall der Körperschaftssteuer – –
- Josef Aber wenn man zuviel besteuert, fließt doch das Kapital ins Ausland ab.
- Maria Tut es ohnehin, täglich. Auch Spekulation gehört deshalb besteuert. Und Kapitalflucht verhindert. Und deshalb kann eine wirkliche Wende in der Politik auch kaum im nationalen Rahmen erfolgen, sondern allenfalls im europäischen.

- Josef Und dann krieg ich Arbeit?
- Maria Wenn die Arbeit gerechter als bisher verteilt wird, vielleicht. Sie arbeiten nicht? Was tun Sie denn so den ganzen lieben langen Tag?
- Josef Ich mach Frühstück für die Familie, bring die Kinder zur Schule, kaufe ein, geh spazieren, mach mit im Bürgerverein, in der Gewerkschaft, schmeiß mehr oder weniger allein den Haushalt, geh mal mit Freunden einen trinken, hab jetzt angefangen mein Russisch aufzubessern, bin viel im Garten – –
- Maria Sehn Sie mal – Sie arbeiten doch!
- Josef Wenn Sie so wollen – – nur bezahlt mich dafür keiner.
- Maria Macht es Ihnen Spaß, was Sie so machen?
- Josef Es geht, manches mehr, manches weniger.
- Maria Für wen machen Sie das denn alles?
- Josef Für mich, meine Frau, die Kinder.
- Maria Was haben Sie früher gemacht, als Sie noch bezahlt worden sind?
- Josef Werkzeugmacher.
- Maria Für wen haben Sie denn da gearbeitet?
- Josef Na, für meinen Chef.
- Maria Nicht für die, die Werkzeuge brauchten?
- Josef Na indirekt schon. Aber bezahlt hat mich mein Chef, der hat bestimmt, was ich tun musste.
- Maria Und das ist Ihnen lieber, als für sich und Ihre Familie etwas zu machen?
- Josef Natürlich nicht, aber von irgendwas muss man doch leben.

### *1.1 Sozialabbau*

Bereits 1997, noch unter der letzten Kohl-Regierung, beklagte Günter Grass mit deutlichen Worten die Zerschlagung des Sozialstaats in Deutschland, die er als Systemwechsel begriff: »Einer Horde von Stümpfern und Kahlschlägern wurde erlaubt, die tragenden Stützen unseres Gesellschaftsvertrages, die Kranken- und Rentenversicherung, zu beschädigen. Der Arbeiter und Angestellten eigene Leistung, die Arbeitslosenversicherung, ist vor staatlichem Zugriff kaum mehr geschützt. Und gegenwärtig soll mit einem weiteren Raubzug, auch ›große Steuerreform‹ genannt, dafür gesorgt werden, daß die Reichen in frostigen Zeiten nicht frieren müssen. So wird ein Staat zugrunde gerichtet, dem der annähernd gerechte Ausgleich zwischen

Arbeit und Kapital, dem ein sozialer Frieden zu erheblichem Wohlstand und einigem Ansehen verholfen hatte.«<sup>1</sup>

Die jetzige rot-grüne Regierung hat den Sozialabbau nun weder gestoppt noch rückgängig gemacht, sondern beschleunigt. Das heißt konkret: Die derzeitigen sozialen Sicherungssysteme befinden sich in einer Krise. Die Schere zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft öffnet sich. Die Nachfrage nach Erwerbsarbeit übersteigt das Angebot an Erwerbsarbeit bei weitem. Erwerbsarbeit oder aus ihr abgeleitete Sozialleistungen sind aber für die Bevölkerungsmehrheit wesentliche Grundlage der Existenzsicherung. Das private Geldvermögen verdoppelte sich trotz Krise im vergangenen Jahrzehnt von 1,5 auf drei Billionen Euro. Das obere Zehntel der Haushalte besitzt 40 Prozent des gesamten Privatvermögens in Deutschland, während sich die unteren vier Zehntel fünf Prozent des Vermögens teilen.<sup>2</sup>

Wenn diese einleitenden Sätze in aller Kürze in der Lage sind, die soziale Situation in Deutschland am Beginn dieses Jahrhunderts zu beschreiben, so implizieren sie gleichzeitig – zumindest aus linker Sicht – den Ruf nach Veränderung. Soziale Grundsicherung zur Verhinderung von Armut, ein Grundeinkommen zur Überwindung des Zwangs zur Erwerbsarbeit und zu grundsätzlicher Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums oder eine negative Einkommenssteuer sind seit Jahrzehnten in der Diskussion. Diese Diskussion wurde bedauerlicherweise bis vor kurzem nur unter Fachleuten und in Hinterzimmern von Organisationen, Verbänden, Parteien und Forschungsinstituten geführt, da die – scheinbar alternativlose – neoliberale Offensive und die (zumeist gewerkschaftlichen) Abwehrkämpfe gegen sie die öffentliche Meinung und die gesellschaftlichen Diskurse bestimmten. Die Diskussionen der letzten Monate scheinen jedoch zumindest anzudeuten, dass alternative Konzepte vorhanden sind und in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

1 Günter Grass: Rede über den Standort. [Rede am 23. Februar 1997 im Schauspielhaus Dresden im Rahmen der Reihe »Zur Sache Deutschland«.] Göttingen 1997. S. 52.

2 Siehe Gerechtigkeit ist das Brot des Volkes. Beschluss der zweiten außerordentlichen Tagung des 8. Parteitages der PDS am 28./29. Juni 2003 in Berlin. – Ulrike Herrmann: Sozialhilfe für Millionäre. In: »die tageszeitung«. Berlin. 17./18. August 2002. S. 11.

## 1.2 *Mythos Sachzwang*

Ausgangspunkt alternativer Konzepte und Forderungen ist die Analyse der derzeitigen Gesellschaftsordnung, in der die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden. Die reale Dispositionsmacht über die bundesdeutsche Wirtschaft liegt bei maximal fünf Prozent der Bevölkerung.<sup>3</sup> Begründet werden Einsparungen im sozialen Bereich zu Gunsten der Kapitaleigner häufig mit dem *Sachzwang Weltmarkt*, der sich bei näherem Hinsehen als Mythos erweist. Nicht einmal fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Europäischen Union werden durch Exporte erwirtschaftet: »Mag das Finanzkapital ein scheues Reh sein, das Produktionskapital ist es nicht: In Jahrzehnten gewachsene Produktionsanlagen werden nicht mal so eben in einen anderen Kontinent gelegt. Die Infrastruktur, das Bildungsniveau, die Arbeitsdisziplinierung etc. halten den Großteil der Produktion. Was nicht zu halten ist, ist schon längst weg, denn das Argument ist beileibe nicht neu und die Löhne differieren nicht um die paar Prozentpunkte, die sich durch eine Nullrunde ergeben, sondern um ein Vielfaches.«<sup>4</sup>

Andre Brie vertritt eine ähnliche Position, wenngleich seine Zahlen geringfügig von den oben genannten abweichen: »Die Außenwirtschaftsabhängigkeit der EU liegt bei nur acht bis zehn Prozent. Bei den einzelnen Mitgliedsstaaten variiert sie zwischen 25 und rund 53 Prozent. Eine gemeinschaftlich konzipierte EU-Wirtschaftspolitik könnte sich daher viel stärker auf die europäische Binnenwirtschaft und Binnennachfrage konzentrieren, ohne negative Folgen wie eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit im Weltmarkt oder einen wachsenden Zustrom ›ausländischer‹ Exporte fürchten zu müssen. Denn die Nachfrage der ›einheimischen‹ Unternehmen und Privathaushalte kann sich bis zu 92 Prozent in Produkte und Dienstleistungen *made in Europe* umsetzen. Wird der osteuropäische Raum in diese makroökonomische Kooperation einbezogen, so gewinnt *Europa* tat-

3 Siehe Ralf Fücks: Wege zur Teilhabe-Gesellschaft. Demokratie braucht eine ökonomische Basis. In: Perspektiven im grünen Format. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin. Jg. 1. 2002. Nr. 2. S. 1.

4 Friederike Habermann: Nach dem Ende der Geschichte wird gemacht. In: Christin und Sozialistin, Christ und Sozialist. Hrsg. vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen Deutschlands (BRSD) e.V. Tübingen. Jg. 4. 1997. H. 3–4.  
– Siehe auch [http://www.brsd.de/archiv/CuS\\_Archiv/CuS\\_3-4\\_1997/Geschichte\\_wird\\_gemacht\\_/geschichte\\_wird\\_gemacht\\_.html](http://www.brsd.de/archiv/CuS_Archiv/CuS_3-4_1997/Geschichte_wird_gemacht_/geschichte_wird_gemacht_.html).

sächlich jene wirtschaftspolitische Souveränität zurück, die seine Nationalstaaten im Zuge neoliberaler Globalisierungsstrategien zu einem guten Teil verloren haben.«<sup>5</sup>

### 1.3 Richtung der Umverteilung

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein armes Land: Seit 1980 hat sich das Volkseinkommen real um ein Drittel vermehrt, das Realeinkommen der abhängig Beschäftigten jedoch hat im gleichen Zeitraum nicht zugenommen; der Umfang der Steuerhinterziehung wird auf das Achthundertfache dessen geschätzt, was populistisch als »Missbrauch von Sozialleistungen« bezeichnet wird.<sup>6</sup> Nach Eichler sei das Volkseinkommen pro Kopf (bereinigt) zwischen 1990 und 1998 gerade mal um 268 DM auf 32998 DM gestiegen. Die reale Nettolohn- und Gehaltssumme sei von 31380 DM (1991) auf 30628 DM (1998) gesunken. Die Besteuerung der Kapitalgewinne sei in den 1990ern hingegen geringer geworden. Die Quote dieser Einnahmen an der veranlagten Einkommenssteuer und Körperschaftsteuer liege bei 1,4 Prozent. Die 20 Prozent Einkommensschwächsten an der Gesamtbevölkerung bekämen vom Reichtum nichts mehr ab.<sup>7</sup>

Ein Viertel bis ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung sind nach Schätzungen zumindest kurzzeitig von Armut betroffen,<sup>8</sup> die Hälfte der Haushalte besitzen nur 4,5 Prozent des gesamten Privatvermögens<sup>9</sup> während der Armuts- und Reichtumsbericht für das Jahr 1995 13000 Einkommensmillionäre zählt, deren mittleres Einkommen bei drei Millionen DM lag.<sup>10</sup>

5 André Brie: Zukunft der Arbeit: Eine alternative Agenda für Vollbeschäftigung. In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 13. 2002. H. 137. S. 216.

6 Siehe Friederike Habermann: Nach dem Ende der Geschichte wird gemacht. In: Christin und Sozialistin, Christ und Sozialist. Hrsg. vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen Deutschlands (BRSD) e.V. Tübingen. Jg. 4. 1997. H. 3-4. – Siehe auch [http://www.brsd.de/archiv/CuS\\_Archiv/CuS\\_3-4\\_1997/Geschichte\\_wird\\_gemacht\\_/geschichte\\_wird\\_gemacht\\_.html](http://www.brsd.de/archiv/CuS_Archiv/CuS_3-4_1997/Geschichte_wird_gemacht_/geschichte_wird_gemacht_.html).

7 Siehe Daniel Eichler: Armut, Gerechtigkeit und soziale Grundsicherung. Einführung in eine komplexe Problematik. Wiesbaden 2001 (im Folgenden Eichler: Armut). S. 56.

8 Siehe ebenda. S. 12f.

9 Siehe ebenda. S. 55.

10 Siehe ebenda. S. 56.



»Der gesellschaftliche Reichtum wird unter Sozialdemokraten und Grünen ebenso wie unter Konservativen und Liberalen von unten nach oben, von den Arbeitenden, Arbeitslosen sowie den kleinen und mittleren Unternehmen zu den Großkonzernen und Großbanken, von der Realwirtschaft zu den spekulativen internationalen Devisen- und Aktientransaktionen und vom Süden nach dem Norden umverteilt. Diese Gesellschaft ist wesentlich reicher als noch vor einem Jahrzehnt, aber nahezu jeden Tag fordern Politikerinnen und Politiker der SPD, der Grünen, der CDU/CSU und FDP soziale Kürzungen bei den ohnehin Benachteiligten.«<sup>11</sup> Es ist eine politische Entscheidung, ob der Sozialstaat ab- oder ausgebaut wird, eine Frage von gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Die PDS etwa bezieht mit ihrer Forderung nach einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung deutlich Stellung. Denn wenn es überhaupt Argumente für eine staatliche Umverteilung gibt, so kann auch eine soziale Grundsicherung begründet werden.<sup>12</sup> Immerhin handelt es sich bei der Armut der Erwerbslosen und zum Teil auch der Arbeitenden nicht um eine konjunkturelle Erscheinung, hervorgerufen durch eine zyklische Depression, sondern um Konsequenzen eines strukturellen gesellschaftlichen Wandels,<sup>13</sup> auf den politisch, das heisst auch von staatlicher Seite reagiert werden muss. Fordern Neoliberale und Konservative, der Staat solle sich aus wirtschaftlichen und sozialen Belangen zurückziehen, im Hinblick auf Straßenkriminalität, Missbrauch des Asylrechts und die angebliche Erschleichung von Sozialleistungen jedoch hart durchgreifen<sup>14</sup> und damit die Symptome sozialer Ungleichheit bekämpfen, treten Linke für Korrekturen eben dieser Ungleichheit ein.

Ihre Kolumne war das beste Beispiel: Im Sommer 2002 bereits beklagte Ulrike Herrmann in der libertär-linksliberalen »tageszeitung« unter dem Titel »Sozialhilfe für Millionäre«, dass die stetige Öffnung der sozialen Schere nie problematisiert werde. Die Armut werde unter den Armen umverteilt, Reichtum hingegen werde nicht einmal thematisiert: »Experten schätzen, dass in den nächsten zehn Jahren etwa 2.500 Milliarden Euro vererbt werden. Rund die Hälfte davon geht an die Reichsten, etwa zehn

11 André Brie: Zur Lage der PDS. Dresdner Rede. Dresden 2003 (Manuskript).

12 Siehe Eichler: Armut. S. 60.

13 Siehe Zygmunt Bauman: Normen im Spiegel. In: Südwind. Das Magazin für Entwicklungspolitik. Wien. Jg. 9. 1999. Nr. 5.

– Siehe auch [http://www.oneworld.at/suedwind.magazin/9905/s\\_normen.htm](http://www.oneworld.at/suedwind.magazin/9905/s_normen.htm).

14 Siehe Joachim Bischoff: Hat der Linkssozialismus eine Zukunft? In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 14. 2003. H. 148. S. 106.

Prozent der Bevölkerung. Zahlen müssen sie dafür fast nichts.«<sup>15</sup> Das Problem liegt tiefer: Die soziale Schere ist allen bewusst, sie wird jedoch von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als ökonomische Notwendigkeit hingenommen – »die Reichen« haben es geschafft, hier eine Meinungsführerschaft zu übernehmen und die normative Kraft des Faktischen für ihre Interessen zu nutzen. Deshalb fragt André Gorz zurecht: »Warum verlangt die ›Konkurrenzfähigkeit‹ [...] die niedrigsten Lohnkosten, aber findet sich mit den höchsten Arbeitgebereinkommen ab?«<sup>16</sup> Im Juni 2003 konnte man im »Spiegel« lesen, dass in der BRD 755 000 Dollar-Millionäre lebten, 20 000 mehr als noch vor zwei Jahren, weltweit mit 7,3 Millionen 2,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Trotz Börsenflaute habe deren Kapital um 3,6 Prozent auf 27,2 Billionen Dollar zugenommen. Die 2,6 Millionen Dollar-Millionäre in der EU konnten ihr Vermögen im letzten Jahr um 4,8 Prozent auf 8,8 Billionen Dollar erhöhen<sup>17</sup> Mehr noch: »Das Gesamtvermögen der drei reichsten Milliardäre [weltweit] übersteigt das gemeinsame Bruttosozialprodukt der 48 ärmsten Länder. Die Einkommenskluft zwischen jenem Fünftel der Bevölkerung des kapitalistischen Weltsystems, das in den reichsten Ländern lebt, und dem Fünftel in den ärmsten Ländern hat sich zwischen 1990 und 1997 von 60 zu eins auf 74 zu eins ausgeweitet. Das Vermögen des reichsten Mannes der Welt (63 Milliarden Dollar) ist größer als das gesamte Jahreseinkommen der 31 ärmsten Länder. 1,2 Milliarden Menschen müssen von weniger als einem Dollar pro Tag leben, 2,8 Milliarden von weniger als zwei Dollar. Über eine Milliarde Menschen hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. An vermeidbaren Krankheiten sterben täglich 30 000 Kinder. 70 Prozent der Armen und zwei Drittel der AnaphabetInnen sind Frauen. 1999 betrug die Entwicklungshilfe westlicher Staaten 56 Milliarden Dollar. Im selben Jahr flossen jedoch 135 Milliarden Dollar Zinszahlungen von den Entwicklungsländern in die westlich-industrialisierten Länder.«<sup>18</sup>

15 Ulrike Herrmann: Sozialhilfe für Millionäre. In: »die tageszeitung«. Berlin. 17./18. August 2002. S. 11.

16 André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Aus dem Franz. von Julia Wolf. Frankfurt am Main 2000 (im Folgenden Gorz: Arbeit). S. 29.

17 Siehe Trotz Krise. Immer mehr Millionäre. In: »Der Spiegel«. Hamburg. 11. Juni 2003. – Siehe auch <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,252498,00.html>.

18 Christian Fuchs: Informationsgesellschaftlicher Kapitalismus und die Forderung nach einem universellen, bedingungslosen Grundeinkommen. O. O. 2002. <http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/infogestech/grundeinkommen.html>.

Der heute zu beobachtende »Klassenkampf von oben« ist zum Einen Resultat dessen, dass das soziale »Bedrohungspotential« des realsozialistischen Blocks für das westliche Kapital nicht mehr existiert. Bis zu seinem Untergang um das Jahr 1990 sollten zumindest die Bürger des westlichen Europas durch sozialstaatliche Maßnahmen von der Überlegenheit eines »Kapitalismus mit menschlichem Antlitz« überzeugt werden. Dies scheint nunmehr weniger notwendig. Der Zusammenbruch der Arbeitsmärkte und sozialen Sicherungssysteme ist jedoch auch systemimmanent: »Fast dreißig Jahre lang hatten die westlichen Regierungen eine keynesianische, dirigistische Politik verfolgt. Durch Geld- und Steuermaßnahmen kurbelte der Staat Produktion und Nachfrage an, verteilte einen wachsenden Anteil des produzierten Reichtums um und schaffte durch öffentliche Ausgaben ebenso viele Arbeitsplätze, wie der Produktivitätszuwachs im privaten Sektor vernichtete. Seit dem Beginn der siebziger Jahre stieß die Expansion der Wirtschaft aber an Grenzen, die eine Politik zur Förderung und Ankurbelung des Wachstums nicht mehr überwinden konnte. Die Binnenmärkte waren gesättigt und rechtfertigten keine Erweiterungsinvestitionen mehr.«<sup>19</sup>

Der scheidende technologische Stil basierte zugleich auf einem hemmungslosen, vom Markt abgekoppelten Naturverbrauch, wodurch dessen Legitimität stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.<sup>20</sup> Als gescheitert betrachtet werden kann angesichts des derzeitigen Sozialabbaus der Reformismus sozialdemokratischer Prägung, der wesentliche Verbesserungen für die Menschen auf der Grundlage der vom Kapitalismus vorgegebenen Strukturen nach dem Ende der Systemkonkurrenz für erreichbar hält.<sup>21</sup>

Ideologisch, nicht rational und überprüfbar, sind deshalb die offiziellen Begründungen, die zu den sozialen Einschnitten mitgeliefert werden. Beispiel Ost–West-Gefälle bei den Löhnen: Da in Ostdeutschland im Durchschnitt vier Stunden pro Woche länger gearbeitet wird als im Westen, erhalten ostdeutsche Industriearbeiter de facto nur etwa 60 Prozent des Westlohns. Der neoklassischen Theorie und regierungsnaher Verlautbarungen zufolge müsste diese Lohnlücke ein Beschäftigungswunder in Ostdeutschland auslösen, doch offensichtlich abstrahiert die Theorie hier zu

19 Gorz: Arbeit. S. 29.

20 Siehe Rolf Kuettel: Basic Income as a Strategy of Change. Das Grundeinkommen als Kernelement des künftigen Gesellschaftsmodells. Lizentiatsarbeit. Lizentiatsarbeit. Zürich 1998. S. 34f. (Manuskript. Im Folgenden Kuettel: Basic Income.)

21 Siehe Lucio Magri: Ein neuer politischer Zyklus. In: Sozialismus. Hamburg. Jg. 29. 2002. H. 9. S. 43.

stark von der Wirklichkeit.<sup>22</sup> Das Argument, die niedrigere Produktivität in Ostdeutschland lasse keine höheren Löhne und Gehälter zu, beißt sich in den Schwanz, da die Einkommenshöhe selbst zur Errechnung der Produktivität herangezogen wird.<sup>23</sup>

Beispiel Agenda 2010: Claus Offe zeigt den Widerspruch bei der Legitimation des derzeitigen Abbaus der sozialen Standards auf: »Die eine (eher sozialdemokratische) Gleichung lautet: Wenn wir soziale Sicherheit gewährleisten wollen, so brauchen wir dafür mehr Beschäftigung. Und die andere, die eher marktliberale Gleichung lautet: Wenn wir mehr Beschäftigung wollen, dann müssen wir zumindest einen guten Teil der Institutionen und Budgets der sozialen Sicherheit und das Niveau der individuellen Ansprüche auf Lohnersatzleistungen demolieren. Wenn man die beiden Gleichungen zusammenzieht, dann ergibt sich Folgendes: Wenn wir soziale Sicherheit gewährleisten wollen, müssen wir sie partiell abschaffen. So einen Satz hätte man früher mit gutem Grund einen Widerspruch genannt. Heute nennt man ihn Agenda 2010«<sup>24</sup>.

Beispiel Alterspyramide: Derartige Widersprüche münden in kaum noch verdeckten Zynismus, wenn Einsparungen auf Kosten von Kindern und Jugendlichen ausgerechnet damit begründet werden, man dürfe nicht auf Kosten der nächsten Generationen leben. Der demografische Wandel, der als Begründung für den Abbau sozialer Sicherung erhalten muss, wird schließlich durch eine Politik verschärft, die die Lebenssituationen junger Menschen ständig verschlechtert und Millionen von ihnen die Zukunft verbaut<sup>25</sup> Die Maßnahmen der Agenda 2010, die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, verstärken diese Tendenzen: Rudolf Martens kommt in einer Expertise im Auftrag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu dem Schluss, dass die Anzahl der Haushalte, Personen und Kinder, die nach dieser Zusammenlegung auf Sozialhilfe-Niveau leben müssen, um

22 Siehe Klaus Müller: Das neoklassische Lohn- und Beschäftigungsmodell – Kritik seiner wirtschaftspolitischen Ableitungen. In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 14. 2003. H. 148. S. 161.

23 Siehe ebenda. S. 164f.

24 Claus Offe: Perspektivloses Zappeln. Oder: Politik mit der Agenda 2010. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn. Jg. 48. 2003. H. 7. S. 810.

25 Siehe Lothar Bisky: Agenda 2010 verbaut Millionen Kindern die Zukunft. In: Pressedienst. Presse- und Informationsdienst des Parteivorstandes der PDS. Berlin. Nr. 32, 8. August 2003. (Presseerklärung vom 1. August 2003 zu den Ergebnissen von Expertisen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und des Kinderschutzbundes über die Auswirkungen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Haushalte mit Kindern.)

50 Prozent zunehmen wird.<sup>26</sup> Und während das Bundesverfassungsgericht das Existenzminimum eines Kindes auf 3600 Euro pro Jahr festgelegt hat und Besserverdienende diesen Betrag auch steuerlich geltend machen können, liegt der Betrag, den Kinder als Sozialhilfe erhalten, um bis zu 50 Prozent darunter.<sup>27</sup>

Es ist bekannt, dass Armut den sozialen Status senkt, großen Einfluss hat auf Habitus und »kulturelles Kapital« (nach Pierre Bourdieu) und damit auch die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche, jedenfalls solange sich nichts grundsätzlich an unserem sozial selektiven Bildungssystem ändert, welches sich an den Kindern der Oberen Mittelschicht orientiert und Unterschichtkinder eben weder fördert noch wesentlich bildet, sondern aussondert. Somit vererbt sich Armut über Generationen. Die PISA-Studie hat gezeigt: Das Ranking innerhalb Deutschlands hat so gut wie nichts mit den Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung in den einzelnen Bundesländern zu tun, sondern fast ausschließlich mit dem Anteil der in Armut lebenden Schulkinder.<sup>28</sup> »In Deutschland wird zwar gern von »Leistungseliten« gesprochen. Doch sieht man sich die Familien der Führungskräfte an, dann wird klar: Wir leben in einem Land der Herkunftseliten. Deutschland ist eine Klasesengesellschaft. Aber darüber redet man nicht.«<sup>29</sup> Kirchhöfer stellt fest, dass eine eingeschränkte Teilhabe am Erwerbsleben sich negativ auf die Lernkultur niederschlägt, da die elementaren Triebkräfte des Lernens in der heutigen Gesellschaft mit der Erwerbsarbeit verbunden würden, und zwar Aufstieg, Einfluss, Einkommen, Ansehen und Selbstwert.<sup>30</sup> Dies mag sein, die Frage ist allerdings, ob dies wünschenswert ist. In der Realität heißt dies nämlich schlechterdings Folgendes: Die Schulen lassen es zu, dass »kulturelle Überlegenheit« als Leistung ausgelegt wird. Machen sich in frühen Jahren am Schulsystem Gescheiterte den Zweiten Bildungsweg, Fort- und

26 Siehe Rudolf Martens: Der Einfluß der Agenda 2010 auf Personen und Haushalte mit Kindern in Deutschland: Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Expertise. Hrsg. vom Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband. Frankfurt am Main 2003.

27 Siehe Rainer Balcerowiak: Vollgas in die Armut. In: »junge welt«. Berlin. 1. August 2003. S. 1.

28 Siehe ebenda.

29 Ulrike Herrmann: Sozialhilfe für Millionäre. In: »die tageszeitung«. Berlin. 17./18. August 2002. S. 11.

30 Siehe Dieter Kirchhöfer: Neue Lernkultur – Realprozeß oder ideologische Konstruktion? In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 14. 2003. H. 149. S. 249.

Weiterbildungsmöglichkeiten nicht zunutze, so kann man ihren Ausschluss von Privilegien als eigenes Verschulden erklären. »So mildern die Schulen die Frustrationen, die sie selber hervorrufen.«<sup>31</sup> Und – immerhin vor bereits über 30 Jahren! – schrieb Ivan Illich: »Schulen sind fester Bestandteil einer Gesellschaft, in der eine Minderheit im Begriff ist, so produktiv zu werden, daß die Mehrheit zu braven Verbrauchern geschult werden muß.«<sup>32</sup>

#### *1.4 Die Koppelung von Arbeit und Einkommen*

Es scheint nun so, dass die Mahner der letzten Jahrzehnte in die Wüste geschickt wurden, die Meinungsführerschaft liegt nicht bei ihnen. Sollen einzelne Stimmen indes nicht wortlos verhallen, brauchen sie eine gesellschaftliche Verankerung. Alternative Konzepte zum Status quo oder zum derzeitigen Sozialabbau brauchen notwendigerweise eine potentiell akzeptable Legitimation. Daher ist eine im weitesten Sinne philosophische Herleitung und Begründung alternativer Konzepte sozialer Sicherung beziehungsweise der Entkoppelung von Existenzsicherung und Erwerbsarbeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Gorz etwa schreibt, dass das unabdingbare Bedürfnis nach einem ausreichenden und sicheren Einkommen eine Sache sei, das Bedürfnis zu werken, zu wirken und zu handeln, sich an anderen zu messen und von ihnen anerkannt zu werden, eine andere, die weder in der ersten aufgehe, noch mit ihr zusammenfalle. Der Kapitalismus dagegen verkoppele diese beiden Bedürfnisse systematisch, verwirre und verschmelze sie und gründe darauf die Macht des Kapitals und seine ideologische Vorherrschaft: keine Tätigkeit, die nicht von jemandem in Auftrag gegeben und bezahlt wäre, kein ausreichendes Einkommen, das nicht die Entlohnung einer »Arbeit« wäre. Das unabdingbare Bedürfnis nach einem ausreichenden Einkommen diene als Vehikel, um »ein unabdingbares Bedürfnis nach Arbeit« einzuschmuggeln. Das Bedürfnis, zu werken, zu wirken und anerkannt zu werden, werde dazu benutzt, um unter der Hand das Bedürfnis nach einer Bezahlung für alles, was man tut, einzuschleusen.<sup>33</sup>

31 Ivan Illich: Schulen helfen nicht: Über das mythenbildende Ritual der Industriegesellschaft. Einleitung von Erich Fromm. Aus dem Amerikan. übertr. von Helmut Lindemann. Ungekürzte Ausg. Reinbek bei Hamburg 1972 (im Folgenden Illich: Schulen helfen nicht). S. 31.

32 Ebenda.

33 Siehe Gorz: Arbeit. S. 102.

Gubitzer und Heintel durchbrechen die vorherrschende Logik, dass Arbeit und Einkommen zusammen gehören und verweisen auf das Luxusleben von VermögenseinkommensbezieherInnen.<sup>34</sup> Letztendlich müssen sich alternative Konzepte jedoch an ihrer Durchsetzbarkeit unter den gegebenen Bedingungen messen lassen. Dies ist insbesondere für politische Parteien unverzichtbar.

Erwerbsarbeit ist zur Zeit für die Mehrheit der Bevölkerung *das* Mittel, um Armut zu vermeiden. Gemessen an der Zahl der Menschen, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, gibt es zu wenig Arbeitsplätze. Hinzu kommt, dass es keine Pflicht der »Arbeitgeber« gibt, Arbeit zu geben, – in eigentümlichem Gegensatz zu der in verschärfter Tonlage angemahnten Pflicht von »Arbeitnehmern«, Arbeit zu nehmen. Dies obwohl das Versäumnis von »Arbeitgebern«, zu betriebswirtschaftlich zumutbaren Bedingungen Arbeitsplätze einzurichten, dem Gemeinwohl unter den herrschenden Bedingungen einen ungleich größeren Schaden zufügt als das Versäumnis der »Arbeitnehmer«, »zumutbare« angebotene Arbeitsplätze einzunehmen und ihre »Dreistigkeit«, stattdessen die Sozialkassen für ihren Lebensunterhalt in Anspruch zu nehmen.<sup>35</sup> »Arbeitgeber« sind deshalb in der Lage, die Gesellschaft gewissermaßen zu erpressen und vergessen zu machen, dass viele Arbeitsplätze keineswegs humanisierungs-, ökologie- und friedenspolitischen Kriterien genügen. »Lohnarbeit ist also quantitativ unzureichend und qualitativ unzulänglich.«<sup>36</sup> Dem steht gegenüber, dass es eine Fülle von gesellschaftlich notwendigen und individuell sinnvollen Betätigungsmöglichkeiten wie Kindererziehung, sozio-kulturelles oder politisches Engagement gibt, mit denen jedoch kein Einkommen zu erzielen ist.<sup>37</sup> Es scheint daher wünschenswert, den gesellschaftlichen Konsens zu brechen, nach dem wirtschaftliche Existenz an Erwerbsarbeit im klassischen Sinn gekoppelt sein müsse. Dies ist grundsätzlich möglich: Es bedurfte ja auch erst der Herausbildung eines gesellschaftlichen Konsenses,

34 Siehe Luise Gubitzer / Peter Heintel: Koppeln oder Entkoppeln: Grundsicherung versus Grundeinkommen. In: Alternative Ökonomie. Hrsg. von Erich Kitzmüller und Ina Paul Horn. Wien, New York 1998. S. 37–42 (IFF-Texte. Bd. 4).

– Siehe auch <http://www.univie.ac.at/iffgesorg/ifftexte/band41gph.htm>.

35 Siehe Claus Offe: Perspektivloses Zappeln. Oder: Politik mit der Agenda 2010. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn. Jg. 48. 2003. H. 7. S. 812.

36 Georg Vobruba: Alternativen zur Vollbeschäftigung. Die Transformation von Arbeit und Einkommen. Frankfurt am Main 2000 (im Folgenden Vobruba: Alternativen). S. 12.

37 Siehe ebenda. S. 81.

dass ab einem bestimmten Alter der Bezug von Einkommen ohne Arbeit legitim sei.<sup>38</sup>

Die Erwerbstätigen sind in ihre Arbeitsbedingungen so tief verwoben, dass sie nicht die geringste Chance haben, auf mangelnde Arbeitskräfte-nachfrage einfach marktwirtschaftlich zu reagieren: durch allgemeine Produktivitätssenkung, also vorübergehendes Nicht-Arbeiten. »Arbeitnehmer« müssten doch bereit sein, ebenso viel Arbeit anzubieten, wie »Arbeitgeber« zu entlohnen bereit sind. Allerdings wäre ein so geringer Lohn kaum mehr Existenz sichernd. Deshalb das Paradoxon: »Je weniger Arbeit es für alle gibt, um so mehr tendiert die individuelle Arbeitszeit dazu, länger zu werden.«<sup>39</sup> Arbeitslosigkeit lässt das Lohnniveau sinken, was die Erwerbstätigen dazu veranlasst, länger zu arbeiten, um den Einkommensverlust zu kompensieren, was wiederum die Löhne sinken lässt.<sup>40</sup> Ebenso schreibt Vobruba, dass Arbeitskraft zumindest im unteren Einkommensbereich auf Lohnsenkungen invers reagiere. Das heiÙe, dass auf Reduktionen des Preises für Arbeitskraft nicht mit Angebotsreduktionen, sondern mit Erweiterungen des Angebots reagiert werde. »Woran liegt das? Je näher das (Familien)Einkommen am Existenzminimum liegt – oder anders gesagt: wenn das Einkommen annähernd zu 100% in den Konsum geht [...] –, desto wahrscheinlicher werden Versuche, Einkommensausfälle durch Mehrangebot an Arbeitskraft zu kompensieren.«<sup>41</sup> Diese Strategie führe die Anbieter von Arbeitskraft offensichtlich in eine Rationalitätenfalle: Individuell ist es rational, mehr Arbeitskraft anzubieten, kollektiv ist es jedoch selbstschädigend. Denn das Gesamtangebot an Arbeitskräften werde dadurch noch zusätzlich ausgeweitet, die kollektive Anbieterposition somit geschwächt, was weitere Lohnreduktionen ermögliche.<sup>42</sup>

Die gescheiterten ostdeutschen Arbeitskämpfe um die 35-Stunden-Woche und die Vorschläge seitens einiger UnionspolitikerInnen, die Arbeitszeit in den alten Bundesländern möge der in den neuen angepasst werden, anstatt umgekehrt, übersetzen die Theorie mehr als anschaulich in die tagespolitische Praxis des Jahres 2003. Es ist ja richtig: Lohnsenkungen oder Verzicht auf Lohnerhöhungen können kurzfristig den einzelnen Betrieb

38 Siehe ebenda. S.23.

39 Gorz: Arbeit. S. 74.

40 Siehe ebenda.

41 Vobruba: Alternativen. S. 35.

42 Siehe ebenda.



als Arbeitskraftabnehmer entlasten; gesamtwirtschaftlich geht jedoch allen Unternehmen als Warenanbietern dadurch Kaufkraft verloren.<sup>43</sup> Denn auch die Unternehmen befinden sich gegenüber der Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in einer Rationalitätenfalle: »Jedes einzelne Unternehmen muss so (lohn)kostengünstig wie möglich produzieren. Alle Unternehmen zusammen aber sind auf ein möglichst hohes Niveau an Nachfrage angewiesen.«<sup>44</sup>

Eine arbeitslose Reservearmee am Rande des Existenzminimums stellt für »Arbeitgeber« eine wichtige Disziplinierungsmaßnahme für die oft viel zu viel arbeitenden »Arbeitnehmer« dar.<sup>45</sup> Diese Disziplinierung funktioniert nicht nur dadurch, dass »Arbeitnehmer« fürchten müssen, bei vermeintlich unzureichender Leistung ihre Existenzgrundlage zu verlieren, sondern stimuliert sie zugleich durch die Wahrnehmung eines vermeintlichen Privilegs für die Arbeit: »Die Arbeitswut, die totale Hingabe an die Arbeit und die Identifizierung mit ihr liefern Gefahr abzunehmen, wenn alle immer weniger arbeiten dürften. Wirtschaftlich gesehen ist es vorteilhafter, das wenige an notwendiger Arbeit auf wenige Leute zu konzentrieren, denen man dann das Gefühl vermittelt, sie seien eine privilegierte Elite, die ihre Privilegien dem Eifer verdanken, der sie von den ›Verlierern‹ unterscheidet. Nichts hinderte, technisch gesehen, die Firma daran, die Arbeit auf eine viel größere Anzahl von Menschen mit je nur zwanzig Wochenarbeitsstunden zu verteilen. Aber diese Menschen hätten dann nicht mehr die ›richtige‹ Einstellung zur Arbeit.«<sup>46</sup>

Die volkswirtschaftliche Kehrseite ihres Fleißes ist den Arbeitenden nur in den allerseltensten Fällen bewusst. Ihre Nützlichkeit kommt der Gesellschaft als ganzer nicht zugute, denn »*sie erzeugen Reichtum und Arbeitslosigkeit in ein und demselben Akt*. Je größer ihre Produktivität und ihr Arbeitseifer, desto stärker wachsen die Arbeitslosigkeit, die Armut, die Ungleichheit, die soziale Ausgrenzung und die Profitrate. Je tiefer sie sich mit der Arbeit und den Erfolgen ihrer Firma identifizieren, um so mehr tragen sie dazu bei, die Bedingungen ihrer eigenen Unterwerfung herzustellen und aufrechtzuerhalten sowie die Konkurrenz zwischen den

43 Siehe ebenda. S. 36.

44 Ebenda. S. 80.

45 Siehe Manfred Füllsack: *Leben ohne zu arbeiten? Zur Sozialtheorie des Grundeinkommens*. Berlin 2002. Kap. 11.

46 Gorz: *Arbeit*. S. 66f.

Firmen zu intensivieren und also den Leistungsdruck immer mörderischer zu machen, die Beschäftigungsverhältnisse – einschließlich der eigenen – immer prekärer und die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiter und über die Gesellschaft immer unwiderstehlicher.«<sup>47</sup>

### 1.5 Makel Sozialhilfe

An den Diskussionen um die Sozialhilfe (beziehungsweise die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt) ist erkennbar, dass es an einem gesellschaftlichen Konsens über die Möglichkeit einer Entkoppelung von Einkommen und Erwerbsarbeit zur Zeit mangelt: Obwohl die Kosten für die Sozialhilfe 1998 nur vier Prozent des Sozialbudgets – und damit 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – umfassten,<sup>48</sup> ebbten Polemiken um »soziale Hängematten« nicht ab. In der Bevölkerung existiert zweifellos nicht nur die Vorstellung legitimer Inanspruchnahme von sozialstaatlichen Leistungen jenseits der Legalität (Kreativität bei Steuererklärungen, Schwarzarbeit), sondern auch die Kritik an der Legitimität bestimmter Formen der legalen Inanspruchnahme des Sozialstaats.<sup>49</sup> Verantwortungslos ist, wie sich neoliberale PolitikerInnen derartige Stimmungen zunutze machen, um auf Kosten der Armen Mehrheiten zu gewinnen. Bevor privilegierte PolitikerInnen also »Faulheits-Debatten« anzetteln, sei ihnen deshalb geraten, erst zu versuchen, Dimensionen und Qualität des Problemes Sozialhilfebezug zu begreifen und danach mit Lösungsvorschlägen an die Öffentlichkeit zu gehen! »Selbstverständlich – das macht Arbeit. Keine Zeit dafür? Vielleicht selbst zu faul?«<sup>50</sup>

Doch »Hängematten-Polemiken« werden meist nur von denjenigen aufgegriffen, die selbst in prekären Einkommensverhältnissen stehen und in ihrer Angst vor sozialem Abstieg und Statusverlust nach Sündenböcken suchen. Eine ausreichende soziale Grundsicherung ist hingegen durchaus im Interesse der Wohlhabenden, denn vermittelt ihrer kaufen »die

47 Ebenda. S. 67.

48 Siehe Sozialbudget 2000. Hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Referat Information, Publikation, Redaktion. Bonn 2001. S. 18f.

49 Siehe Vobruba: Alternativen. S. 114.

50 Georg Vobruba: Und sie arbeiten doch! In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn. Jg. 46. 2001. H. 10. S. 1166f.

leistungsfähigen Mitglieder der Gesellschaft durch die Transfers den weniger leistungsfähigen deren Zustimmung zum gesellschaftlichen Konsens«<sup>51</sup> ab: »Das Drohpotential der Armen verknüpft den Leistungsstaat, der die Transfers bereitstellt, direkt mit dem Schutzstaat, der die Eigentumsrechte garantiert. Einen gesellschaftlichen Konsens über einen Schutzstaat können die Reichen nur erreichen, wenn sie den Armen einen Leistungsstaat versprechen, in dem sie Transfers erhalten.«<sup>52</sup> Zugespitzt gesagt: »Damit die Dinge so weiter gehen können, müssen wir uns auf etwas einlassen und das ist entweder Polizeistaat oder so etwas wie ein allgemeines unbedingtes Einkommen.«<sup>53</sup>

### *1.6 Unternehmerförderung*

Diese Auffassung haben sich jedoch die Politiker von SPD, Grünen, FDP und Union (zum Teil auch die der PDS), die weitere »Reformen« – sprich: Kürzungen – bei den Sozialleistungen fordern, offenbar nicht zueigen gemacht. Unter dem Stichwort »mehr Eigenverantwortung« werden umfangreiche Mittel von unten nach oben umverteilt, werden durch Einsparungen bei Sozialleistungen Mittel freigesetzt, durch die Steuersenkungen erst ermöglicht werden: Der Staat zieht sich mehr und mehr zurück aus dem Bereich sozialer Fürsorge, freilich nicht aus dem der staatlichen Repression in Form von Polizei, Militär und geheimdienstlicher Überwachung (Stichworte: Lauschangriff, Video-Überwachung). Beides nützt den Reichen und schadet den Armen. Die Umsetzung der zweiten und dritten Stufe der Steuerreform wird den Staat insgesamt etwa 25 Milliarden Euro kosten. Entscheidend dabei sind nicht Entlastungen für Geringverdienende, etwa die Senkung des Eingangssteuersatzes um zwei Prozentpunkte, sondern die massive Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent. 1998 waren es

51 Holger Feist: Arbeit statt Sozialhilfe. Zur Reform der Grundsicherung in Deutschland. Tübingen 2000. S. 19.

52 Ebenda. S. 20.

53 Erich Kitzmüller: Grundeinkommen ohne Arbeit. Politische Strategien zur Gestaltung einer menschwürdigen Gesellschaft. In: Arbeit – auf Teufel komm raus? Workshop vom 26. April 2001 »Politische Strategien für eine menschenwürdige Gestaltung von Arbeit und Leben«. Hrsg. von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Teil 1. Dresden 2001. S. 12.

noch 53 Prozent.<sup>54</sup> Von diesen Steuergeschenken an Kapitaleigner, sowie von der Absenkung gesetzlicher Lohnnebenkosten und der Aufweichung des überbetrieblichen Tarifschutzes erhoffen sich Regierung ebenso wie bürgerliche Opposition, dass die Arbeitgeber angeregt werden, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen beziehungsweise keine weiteren Entlassungen vorzunehmen. »Ob und in welchem Umfang sie tatsächlich im beabsichtigten Sinne handeln werden – die Antwort auf diese Frage allerdings kann die Politik buchstäblich nur bangend abwarten.«<sup>55</sup>

Immerhin aber war es Wolfgang Clement, der amtierende Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit selbst, der erklärte, wer Visionen habe, möge sich in ärztliche Behandlung begeben. »Von diesem freundlichen Rat möchte er vermutlich die durchaus riskante eigene Vision ausgenommen wissen, die sozialpolitische Disziplinierung und partielle Entsicherung der Arbeitskräfte werde im Verbund mit einer Entlastung der Beschäftigter von Arbeitskosten ganz von selbst zu mehr Beschäftigung führen.«<sup>56</sup> Wenn überhaupt, würden Investitionen getätigt werden, die einen weiteren Rationalisierungsschub zur Folge haben, wodurch weitere Menschen ihren Arbeitsplatz zu verlieren drohen. Die Steuerermäßigungen und -befreiungen resultieren daher nicht aus ökonomisch rationalen Überlegungen. »Sie sind schlicht Ausdruck der Bemühung der einzelnen nationalen Regierungen, im gegenseitigen Konkurrenzkampf Finanzkapital ins eigene Land zu locken und dort zu binden.«<sup>57</sup> Es geht für die einzelnen Staaten nicht mehr darum, produktive Investitionen zu fördern, sondern lediglich darum, den Exodus des territorial ungebundenen Kapitals zu vermeiden.

Die Finanzmacht tritt an die Stelle der Politik, auch im sozialen Bereich: An die Stelle staatlicher Sozialleistungen treten im Rahmen gesteigerter »Eigenverantwortung« der BürgerInnen private Versicherungskonzerne. Wenn die bestehenden sozialen Sicherungssysteme also finanzpolitisch kollabieren, dann nicht zuletzt deshalb, »weil ein wachsender Anteil des Bruttoinlandsproduktes darauf verwendet wird, das Kapital zu vergüten.«<sup>58</sup> Nach

54 Siehe Vorziehen der Steuersenkungen? 6 Milliarden Euro Steuergeschenke. Berlin 2003 (Wirtschaftspolitische Informationen. Hrsg. vom ver.di Bundesvorstand. Nr. 7).

– Siehe auch [http://www.verdi.de/0x0ac80f2b\\_0x000f9550.pdf](http://www.verdi.de/0x0ac80f2b_0x000f9550.pdf).

55 Claus Offe: Perspektivloses Zappeln. Oder: Politik mit der Agenda 2010. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn. Jg. 48. 2003. H. 7. S. 812.

56 Ebenda. S. 815f.

57 Gorz: Arbeit. S. 32.

58 Ebenda. S. 33.

Gorz stiegen die Gewinne der deutschen Unternehmen zwischen 1979 und 1994 um 90 Prozent, die Löhne hingegen nur um sechs Prozent (bereinigt). Der Anteil der Gewinnsteuern am gesamten Steueraufkommen sei von 35 Prozent im Jahr 1960 auf 25 Prozent 1980 und 13 Prozent 1994 gesunken, während der Anteil der Steuern auf Löhne und Gehälter von 16 Prozent 1960 auf 30 Prozent 1980 und 36 Prozent 1994 gestiegen sei. Das heißt: »Wäre der Anteil der Steuer auf die Gewinne auf dem Niveau von 1980 geblieben, wären die Steuereinnahmen um 86 Milliarden DM gewachsen, anstatt um 9% zu sinken.«<sup>59</sup> Kurz gesagt: Wenn die bestehenden sozialen Sicherungssysteme nicht mehr finanzierbar sind, so ist das nicht der Konjunktur oder irgendeiner »Misswirtschaft« geschuldet, sondern Teil eines Programms zum Umbau der Gesellschaft zugunsten der Interessen der großen Kapitaleigner, der Umverteilung von unten nach oben.

### *1.7 Vorhandene Sicherungssysteme*

In Deutschland existieren mehrere soziale Sicherungssysteme: Deutlich unterschieden werden muss zwischen Sozialleistungen, die aus Versicherungsbeiträgen und jenen, die aus Steuermitteln finanziert werden. Neben Wohngeld, Kindergeld, Erziehungsgeld, indirekten Leistungen und anderem betrifft letzteres vor allem die Sozialhilfe, deren Bezieher häufig gerade wegen der Steuerfinanzierung ihrer Transferbezüge stigmatisiert werden. Dabei ist die Sozialhilfe sozusagen Lückenbüßerin für mangelnden Bezug von beitragsfinanzierten Transfers: 1993 nannten über 40 Prozent der Bezieher von Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt Arbeitslosigkeit oder unzureichende Versicherungs- oder Versorgungsansprüche als Gründe für die Gewährleistung von Sozialhilfe.<sup>60</sup> Lampert kritisiert an der Sozialhilfe den Ausschluss ihrer Bezieher aus der Gesellschaft – insbesondere für Kinder und Jugendliche, mit kaum absehbaren Folgen für die zukünftige Gesellschaft.<sup>61</sup> Das Defizit der Sozialpolitik sei es, dass sie sich auf die im Arbeits- und Wirtschaftsleben Tätigen konzentriere, sprich: Politik für die Etablierten sei.<sup>62</sup>

59 Ebenda. S. 129, Fußnote 156.

60 Siehe Heinz Lampert: Lehrbuch der Sozialpolitik. Mit 35 Tabellen. 4., überarb. Aufl. Berlin [u. a.] 1996. S. 299.

61 Siehe ebenda. S. 305.

62 Siehe ebenda. S. 419.

Die Sozialhilfe fungiert in Deutschland als soziale Grundsicherung, als Mindestsicherung und letzte Masche des sozialen Netzes. In allen EU-Staaten existiert eine soziale Mindestsicherung, die jedoch unterschiedlich organisiert ist. So gibt es

- *Residuale Systeme* (Belgien, Dänemark, Deutschland, Großbritannien, Irland): Hier besteht ein allgemeiner Rechtsanspruch auf Sozialhilfe für die gesamte Familie. Soweit das eigene Einkommen nicht ausreicht, wird durch staatliche Transfers ein Grundeinkommen gesichert.
- *Remunerative Systeme* (Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Skandinavische Länder): Anstelle einer reinen Einkommenssicherung steht in diesen Ländern das Recht auf Arbeit im Vordergrund. Voraussetzung für die Gewährung von Sozialhilfe ist daher oft die Teilnahme an (Wieder-)Eingliederungsprogrammen, Bildungsangeboten oder gemeinnütziger Arbeit. Die Transferzahlungen werden als Entschädigung für die Teilnahme an diesen Maßnahmen angesehen, sind aber dennoch eher armuts- als beschäftigungspolitischer Natur. Das Niveau der Sozialhilfe ist relativ hoch.
- *Rudimentäre Systeme* (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien): Einkommenshilfen gibt es nur für bestimmte Gruppen der Bevölkerung (vor allem alte und behinderte Menschen), nicht aber für die Bevölkerung allgemein. Die Träger sind meist auf lokaler oder regionaler Ebene angesiedelt und verteilen Transfers zum Teil unkoordiniert und mit großem Handlungsspielraum. Das Niveau der Sozialleistungen ist relativ niedrig.<sup>63</sup>

Ähnlich differenziert ist die Mindestsicherung auch in den Staaten, die 2004 der EU beitreten werden. Alle oben genannten Systeme lassen sich als *Grundsicherungssysteme* zusammenfassen, unabhängig davon, ob der Bezug einer Mindestsicherung an Gegenleistungen (zum Beispiel Bürgerarbeit) gebunden ist, wie Feist dies fordert<sup>64</sup>, oder nicht, und ebenfalls unabhängig von der Höhe der Sockelung der bedarfsabhängigen Mindestsicherung. Gemeinsam ist diesen Modellen, weiterhin am »Ideal« der Arbeitsmarktteilnahme festzuhalten.<sup>65</sup> In diesem Zusammenhang seien auch

63 Siehe Holger Feist: Arbeit statt Sozialhilfe. Zur Reform der Grundsicherung in Deutschland. Tübingen 2000. S. 194.

64 Siehe ebenda. S. 219.

65 Siehe Kuettel: Basic Income. S. 8.

*Kombilohnmodelle* genannt. Aus der Schweizer Sozialdemokratie kommt ein diesbezüglich recht interessanter Vorschlag, nämlich der einer »doppelten 25-Stunden-Woche«: »Dieses Modell wurde von der SPS erstmals 1995 zur Diskussion gestellt und sieht eine Förderung von Menschen vor, die maximal 30 Stunden in der Woche erwerbstätig sind und gleichzeitig mindestens 20 Stunden in der Woche einer unbezahlten gesellschaftlichen Arbeit nachgehen; dies kann die Betreuung mindestens eines Kindes unter 16 Jahren oder eine unbezahlte öffentliche, ehrenamtliche Arbeit sein. Gleichzeitig sollen Arbeitgeber gefördert werden, die Arbeitsplätze unterhalb der Vollzeitnorm anbieten. Realisiert werden soll dies durch den *Mechanismus des doppelten Arbeitsbonus*. Dessen eine Seite, der »Erwerbsarbeitsbonus«, setzt bei den Arbeitgebern an. Alle Arbeitgeber zahlen 3% der jeweiligen Lohnsumme in einen Fonds ein, aus dem auf Antrag diejenigen Arbeitgeber eine Rückerstattung erhalten, die Arbeitsplätze unterhalb der Vollzeitnorm anbieten. Gleichzeitig sollen Paare und Alleinstehende, wo jede/r einzelne maximal 30 Wochenstunden erwerbstätig ist und gleichzeitig Kinder betreut oder im Umfang von 20 Wochenstunden ehrenamtlich tätig ist, einen »Arbeitsmixbonus« [...] von ca. 600 SF pro Person im Monat erhalten, der durch einen 15%igen Zuschlag auf die einheitliche Bundessteuer finanziert werden soll.«<sup>66</sup>

Dem gegenüber stehen *Grundeinkommenssysteme*. Bezug von Grundeinkommen ist nicht an die Teilhabe am Erwerbsarbeitsmarkt gekoppelt und verlangt auch sonst keine Gegenleistungen von den Beziehern. Wesentliche Modelle in diesem Bereich sind die *Sozialdividende* und die *Negative Einkommenssteuer*.

Die Vor- und Nachteile dieser Systeme können nicht nur im haushaltspolitischen Rahmen erörtert werden, denn das »System sozialer Sicherung erzeugt vielfältige ökonomische, soziale, gesundheitliche und politische Wirkungen.«<sup>67</sup> Lampert verweist an dieser Stelle zurecht darauf, dass ein Teil dieser Wirkungen unzureichend erforscht sei. Dies gelte insbesondere für die Wirkungen sozialpolitischer Maßnahmen auf die Lebensformen, auf die Nachfrage nach Gütern und Leistungen und das wirtschaftliche Wachstum.

66 Margareta Steinrücke / Kerstin Jürgens: Die Verfügung über die eigene Zeit ist das Maß der Freiheit – Utopien in Arbeit und Familie. In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 14. 2003. H. 148. S. 144.

67 Heinz Lampert: Lehrbuch der Sozialpolitik. Mit 35 Tabellen. 4., überarb. Aufl. Berlin [u. a.] 1996. S. 279.

Tabelle 1: Sozialbudget 1994 und 2000<sup>68</sup>

| Sozialbudget               | 1994      |           |       | 2000      |       |
|----------------------------|-----------|-----------|-------|-----------|-------|
|                            | Mio. DM   | Mio. Euro | %     | Mio. Euro | %     |
| Insgesamt                  | 1 106 186 | 565 584   | 100,0 | 680 833   | 100,0 |
| Allgemeine Systeme         | 737 423   | 377 038   | 66,7  | 445 591   | 65,5  |
| – Rentenversicherung       | 335 493   | 171 535   | 30,3  | 217 430   | 31,9  |
| – Krankenversicherung      | 228 174   | 116 664   | 20,6  | 132 046   | 19,4  |
| – Unfallversicherung       | 19 377    | 9 907     | 1,8   | 10 835    | 1,6   |
| – Arbeitsförderung         | 126 669   | 64 765    | 11,5  | 64 766    | 9,5   |
| – Erziehungsgeld           | 6 681     | 3 416     | 0,6   | 3 743     | 0,6   |
| – Weitere                  | 21 029    | 10 752    | 1,9   | 16 771    | 2,5   |
| Sondersysteme              | 8 558     | 4 376     | 0,8   | 5 213     | 0,8   |
| Beamtenrechtliches System  | 74 745    | 38 217    | 6,8   | 49 365    | 7,3   |
| Arbeitgeberleistungen      | 87 863    | 44 924    | 7,9   | 52 202    | 7,7   |
| Entschädigungen            | 18 413    | 9 414     | 1,7   | 6 605     | 1,0   |
| Soziale Hilfen und Dienste | 106 519   | 54 462    | 9,6   | 48 917    | 7,2   |
| Indirekte Leistungen       | 72 665    | 37 153    | 6,6   | 70 939    | 10,4  |

Diese Unkenntnis führe zu Fehlbewertungen und zu einer allzu einseitigen ökonomischen Sichtweise auf die Sozialpolitik. Unstrittig ist jedoch, dass sozialpolitische Maßnahmen von der Gesellschaft finanziert werden müssen. Ein Nebenaspekt der Umgestaltung sozialer Sicherungssysteme ist auch deren bürokratische Entschlackung, die umfangreiche Mittel einsparen könnte und BürgerInnen aufwändige und häufig wenig transparente Verwaltungsabläufe ersparen würde. Mehr noch: »Die Bedingungen und Prüfungen der Leistungsberechtigung fordern qualifizierte und sachkundige BearbeiterInnen und mündige BürgerInnen. Da dies i. d. R. nicht der Fall ist, führt die Umsetzung der Sozialhilfe zu sozialer Kontrolle und Stigmatisierungen. Die BürgerInnen wissen nicht um ihre Ansprüche oder haben Hemmnisse, diese zu fordern. Die SachbearbeiterInnen informieren z.T. falsch oder haben insgesamt große Probleme, ihre Sanktionsmacht richtig

68 Nach Werten des Statistischen Bundesamtes.

Siehe <http://www.destatis.de/basis/d/solei/soleitab7.htm>.



*Tabelle 2: Bruttoeinkommen, Transfersaldo (Abzüge = Sozialeinkommen) und verfügbares Einkommen pro Monat und Haushalt nach Haushaltsgruppen 1992 in DM<sup>69</sup>*

| Haushaltsgruppen | Brutto-<br>einkommen<br>aus Erwerb<br>und Ver-<br>mögen | Transfersaldo |                                      | Verfügbares<br>Einkommen |
|------------------|---|---------------|--------------------------------------|--------------------------|
|                  |   | absolut       | Prozent<br>des Brutto-<br>einkommens |                          |
| Selbständige     |   |               |                                      |                          |
| – Landwirtschaft | 7473  | -1481         | -19,8                                | 5992                     |
| – sonstige       | 18066   | -4083         | -22,6                                | 13983                    |
| Angestellte      | 8871  | -3707         | -41,8                                | 5165                     |
| Beamte           | 7833  | -1923         | -24,5                                | 5910                     |
| Arbeiter         | 7221  | -3102         | -43,0                                | 4119                     |
| Arbeitslose      | 1190  | +1713         | +144,0                               | 2903                     |
| Rentner          | 1471  | +1842         | +125,2                               | 3313                     |
| Pensionäre       | 1529  | +1163         | +229,3                               | 5034                     |

zu gebrauchen. Daraus entsteht eine restriktive und diskriminierende Verwaltungspraxis, die Inanspruchnahme verhindert oder durch Parasitismusvorwürfe belastet.«<sup>70</sup>

In den letzten Jahren betrug das Sozialbudget in Deutschland konstant etwa ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes. Für die Jahre 1994 und 2000 setzten sie sich wie in Tabelle 1 dargestellt zusammen.

Von gesellschaftlichem Interesse ist jedoch nicht allein die Höhe des Sozialbudgets beziehungsweise die Höhe der verschiedenen Posten innerhalb desselben, sondern insbesondere, wer für diese Leistungen zur Kasse gebeten wird. Dabei ist auffällig, dass die Bruttoeinkommen der Arbeiter und Angestellten am stärksten belastet sind (siehe Tabelle 2).

69 Nach Heinz Lampert: Lehrbuch der Sozialpolitik. Mit 35 Tabellen. 4., überarb. Aufl. Berlin [u.a.] 1996. S. 290 (Hervorhebung – J.-E.J.).

70 Eichler: Armut. S. 42.

Diejenigen, die Erwerbseinkommen erzielen, leisten also einen größeren finanziellen Beitrag für die Gesellschaft als die Bezieher von Einkommen aus Gewinnen und Vermögen. Dies ist in doppelter Hinsicht ungerecht: Zum einen entsteht so eine Wertigkeit von Einkommen zu Ungunsten des Faktors Arbeit und zu Gunsten des Faktors Kapital, zum anderen könnten sich Bezieher von Einkommen aus Gewinnen und Vermögen einfach auch einen größeren Beitrag leisten. Aufgrund der Erwerbseinkommenszentriertheit der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland werden sie jedoch meist nicht einmal zu Beiträgen herangezogen. Dies geht zu Lasten der Armen in der Gesellschaft.

Will man jedoch die Situation der Armen in der Gesellschaft verbessern, ist es notwendig, auch andere gesellschaftliche Schichten von der Notwendigkeit derartiger Maßnahmen zu überzeugen. Sich allein auf die Marginalisierten und Ausgegrenzten zu verlassen, wäre wenig erfolgreich, allein schon weil Sozialhilfeempfänger nur etwa 2,2 Prozent der Wahlberechtigten stellen.<sup>71</sup> Was die Bevölkerung beunruhigt, sind die von der Sozialhilfe ausgehenden Fehlanreize, selbsttätig für die eigene Existenz zu sorgen. Dies ist weniger ein ökonomisches als ein sozialpsychologisches und ideologisches Problem. Gerade jedoch diejenigen, die selbsttätig, also nicht als Lohnabhängige, für ihre Existenz sorgen, sind oft in einer besonders prekären Situation. Die Rede ist von Werkvertragshilfen, ZeitarbeiterInnen, TagelöhnerInnen, Scheinselbstständigen, die soziale Bedingungen erdulden, wie sie für regulär Beschäftigte vor 150 Jahren Gang und Gäbe waren: Keine Kündigungsfristen, Lohndumping, keinerlei soziale Absicherung, keine bezahlten Urlaubs- oder Krankheitstage. Doch das gilt auch für Selbstständige im klassischen Sinne: HändlerInnen, FreiberuflerInnen, HandwerkerInnen, LandwirtInnen und andere arbeiten häufig zu Preisen und Bedingungen, die Angestellte für unzumutbar halten würden. »Nach einer für die Europäische Kommission durchgeführten Umfrage arbeiten in der gesamten Europäischen Gemeinschaft mehr als die Hälfte der selbständigen Männer und ein Drittel der Frauen 48 Stunden die Woche oder mehr.«<sup>72</sup> Bezieher von Transferleistungen, prekär Beschäftigte, sozial nur unzureichend abgesicherte kleine Selbstständige und Menschen, die überwiegend keiner Erwerbsarbeit nachgehen – das ist zur Zeit die gesellschaftliche Normalität.

71 Siehe Holger Feist: Arbeit statt Sozialhilfe. Zur Reform der Grundsicherung in Deutschland. Tübingen 2000. S. 21.

72 Gorz: Arbeit. S. 74.



## 2 Reformansätze zur Rettung sozialer Sicherung

Maria Es gibt viele Menschen, die – wie Sie sagen würden – nicht arbeiten gehen (und vielleicht doch arbeiten oder auch nicht) und trotzdem gut leben.

Josef Ja, die Reichen. Die sollen aber auch lieber arbeiten gehen, als auf unsere Kosten zu leben!

Maria Dann gäb's ja noch mehr Arbeitslose! Und was ist überhaupt mit den Rentnern?

Josef Die kriegen doch Geld, weil sie mal gearbeitet haben.

Maria Weil sie in Versicherungen eingezahlt haben. Und wenn man nun diese Versicherungen abschaffen würde und allen Menschen ein steuerfinanziertes Grundeinkommen auszahlen würde? Wer dann noch zusätzlich etwas verdienen wollte, könnte sich eine Stelle suchen. Dann gäbe es vielleicht genug freie Stellen für alle, die arbeiten wollen!

Josef Dann würde doch aber niemand mehr arbeiten gehen wollen.

Maria Sind Sie gern arbeiten gegangen?

Josef Es geht. Manchmal so, manchmal so. Die Arbeit hat natürlich nicht immer Spaß gemacht. Besonders, weil ich oft überhaupt nicht wusste, wozu der Kram gut sein soll, den ich da mache. Und trotzdem war ich stolz, wenn was bei raus kam.

Maria Also Anerkennung, Selbstverwirklichung ist Ihnen wichtig gewesen an Ihrer Arbeitsstelle?

Josef Wem nicht?

Maria Finden Sie das nicht auch im Haushalt, im Bürgerverein und wo Sie überall aktiv sind?

Josef Klar, auch da, aber es ist nicht dasselbe.

Maria Ja, weil es gesellschaftlich nicht so anerkannt ist wie Erwerbsarbeit. Müsste sich da nicht an der Einstellung der Menschen was ändern?

Josef Sicher, aber das ist ja nicht alles. Wenn ich zuhause arbeite, bin ich oft allein – im Betrieb war das anders.

Maria Deshalb sollen ja auch durch Arbeitszeitverkürzung und ein

- Grundeinkommen alle Erwerbsarbeit finden können, die das wollen. Außerdem finden Sie doch soziale Kontakte auch im Verein und so – –
- Josef Ja, aber wer will denn Lohn einbüßen und weniger arbeiten, von denen, die Arbeit haben?
- Maria Niemand. Weil soziale Sicherung hierzulande – wenn man kein Millionär ist – eben nur über Erwerbsarbeit funktioniert.
- Josef Oder über Stütze.
- Maria Wo die Menschen auf dem Sozialamt entwürdigt werden. Da wird jeder Cent umgedreht, aber bei den Reichen wird nicht hingeschaut. Hingeschaut wird auf Sozialhilfeempfänger in Florida – –
- Josef – – die sich da auf unsere Kosten amüsieren!
- Maria Sie tun so, als ob die Reichen ihren Reichtum tatsächlich durch eigene Leistung erworben haben und nicht geerbt, oder dadurch besitzen, weil sie andere für sich haben arbeiten lassen. Soziale Sicherung für alle darf eben nicht nur über Erträge aus Erwerbsarbeit finanziert werden, sondern auch durch Erträge aus Kapitalgewinnen.
- Josef Und dann wäre sowas finanzierbar?
- Maria Da gibt es sehr viel verschiedene Konzepte – – was nun im Einzelnen wie funktioniert, das lässt sich vorher kaum so sagen. Genau wie bei der derzeitigen Politik. Wobei hier wohl ziemlich klar ist, dass es auch diesmal gegen den Baum geht. Sie doktern mit ähnlichen Konzepten ja schon über 20 Jahre an der Krise rum.
- Josef Verschiedene Konzepte von verschiedenen Weltverbesserern?
- Maria Wenn Sie so wollen! Von Gewerkschaftsseite, der bürgerlichen Linken, von der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, Wohlfahrtsverbänden, Arbeitsloseninitiativen, Sozialhilfeempfängern, Sozialisten, Anarchisten – –
- Josef Wenn die sich alle zusammen täten, dann wären das ganz schön viele! Mehr als Kapitalisten und rechte Politiker.
- Maria Schimpfen Sie nicht so. Die verhalten sich nur vernünftig innerhalb des Systems. Wir müssen das System ändern.
- Josef Das geht aber nur durch Widerstand gegen diese Leute! Und vernünftig verhalten die sich auch nicht: Wenn die uns reinem immer mehr wegnehmen, dann hat bald keiner mehr das Geld, um denen ihren Kram abzukaufen.
- Maria Stimmt. Da widerspricht sich das System selbst. Wäre es aber nicht auch viel besser, wenn nicht so viel unnützer Krempel produziert würde?

- Josef Das könnense laut sagen! Ist auch gar nicht gut für die Umwelt! Und das Zeug geht heute auch viel schneller kaputt als früher.
- Maria Um die Nachfrage anzuheizen. Und weil eben auch nicht so viel produziert werden muss, brauchen wir auch nicht immer mehr Arbeitsplätze.

Was also sind die Probleme und Perspektiven der Finanzierung von Alternativen zum bestehenden System in Deutschland, insbesondere zu Grundsicherungs- und Grundeinkommenskonzepten? Viele Aspekte werden jenseits von Kaffeesatzleserei erst in umfangreicheren Forschungsarbeiten behandelt werden können. Zu solchen sollte – unter Einsatz entsprechender Mittel (Stipendien, Forschungsprojekte) – von geeigneter Seite (vor allem Stiftungen wie Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung) ermuntert werden. Nicht vergessen werden darf, dass die Entscheidung über die Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme von fundamentaler gesellschaftlicher Bedeutung ist und dass deshalb die Diskussion nicht nur den (tatsächlichen oder selbst ernannten) Fachleuten überlassen werden darf. Nicht zuletzt aufgrund der Notwendigkeit außerparlamentarischer Unterstützung für die parlamentarische Durchsetzung alternativer Sicherungskonzepte sollte ein breiter gesellschaftlicher Diskurs darüber geführt werden.<sup>1</sup>

## 2.1 Grundsicherungsmodelle

Ziel einer *Grundsicherung*, die als *bedarfsorientierte Mindestsicherung* verstanden wird, ist es, das Existenzminimum derer zu sichern, die nicht oder kaum an Erwerbsarbeitsprozessen beteiligt sind. Ihre Höhe orientiert sich am soziokulturellen Existenzminimum. Grundsicherungs-Befürworter verfolgen das Ziel gesellschaftlicher Inklusion. Brie geht von positiven Massennachfrageeffekten aus,<sup>2</sup> die die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Basis für die Finanzierbarkeit des Modells begünstigen würden. Als Beispiel für Grundsicherungsmodelle möge hier das Modell der PDS dienen: Sie tritt für radikale Arbeitszeitverkürzung ein, um die Teilhabe aller

- 1 Siehe Bruno Kaltenborn: Von der Sozialhilfe zu einer zukunftsfähigen Grundsicherung. 2. Aufl. Baden-Baden 1998. S. 13.
- 2 Siehe Brie: Zukunft. S. 216.

Arbeitswilligen an der Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Damit steht Erwerbsarbeit als Einkommensquelle im Mittelpunkt. Gleichzeitig soll vermittels gezielter steuer- und abgabepolitischer Maßnahmen die Grundsicherung finanziert werden.<sup>3</sup> Darunter fallen: eine nach der Wertschöpfung bemessene Sozialversicherung für alle, Unterbindung von Steuerhinterziehung, -mißbrauch und -flucht, eine Wertschöpfungssteuer, höhere Einkommens-, Erbschafts- und Vermögenssteuer, ein Zuschlag für »Besserverdienende«.<sup>4</sup> Die Höhe der steuerfinanzierten Grundsicherung soll bei etwa 70 Prozent des Durchschnittseinkommens liegen.<sup>5</sup> Die Grundsicherung soll bedarfsorientiert sein: Künkler schlägt einen Vermögensfreibetrag von 4100 Euro pro Person vor.<sup>6</sup> Wichtig ist, dass nach den derzeitigen PDS-Konzepten die Grundsicherung ergänzend zu den bestehenden Sicherungssystemen eingeführt werden soll und letztere gestärkt werden sollen.<sup>7</sup> Die Höhe der Grundsicherung soll mindestens 850 Euro betragen, ein darüber liegender Mindestlohn (das Lohnabstandsgebot wird beibehalten) soll gesetzlich festgeschrieben werden.<sup>8</sup> Zum Vergleich: Die Sächsische Armutskonferenz fordert eine Mindestsicherung in Höhe von 720 Euro.<sup>9</sup> Auch in der SPD und in Verbänden werden Grundsicherungsmodelle als Alternative und Verbesserung zur derzeitigen Sozialhilfe (im engeren Sinne: Hilfe zum Lebensunterhalt) diskutiert.

3 Siehe ebenda. S.216f.

4 Siehe Hinrich Garms: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen?!« Bedarfsorientierte Grundsicherung – Soziale Grundsicherung – Existenzgeld Modelle und Diskussionsstränge. Dresden 1999. <http://portal.pds-sachsen.de/aktuell.asp?iid=219> (im Folgenden Garms: »Wer nicht arbeitet ...«). Kap. 2.

5 Siehe Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Hrsg. von Dieter Klein. Berlin 2003. S. 205 (Manuskripte Rosa-Luxemburg-Stiftung. 38).

6 Siehe Martin Künkler: Zukunft der Arbeitslosenhilfe. In: Weg mit der Arbeitslosenhilfe? Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenführen? Hrsg. von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Dresden 2002. S. 12 (Sozialpolitik aktuell. 9).

7 Siehe Jürgen Dürschmidt: Wie bleibt das System sozialer Sicherung sicher? In: Parlament von links (pvl). Dresden. Jg. 13. 2003. Nr. 3–4. S. 11.

8 Siehe ebenda.

9 Sächsische Armutskonferenz: Erklärung der Sächsischen Armutskonferenz (SAK) zur geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. In: Weg mit der Arbeitslosenhilfe? Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenführen? Hrsg. von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Dresden 2002. S. 43f. (Sozialpolitik aktuell. 9).

## 2.2 Grundeinkommensmodelle

Nach dem Zweiten Weltkrieg meldete sich unter anderem der links-humanistische Sozialpsychologe und Psychoanalytiker Erich Fromm mit der Forderung nach einem Grundeinkommen zu Wort.<sup>10</sup> Er weist in einem späteren Werk darauf hin, dass »das garantierte Einkommen nur gewisse (wirtschaftliche und soziale) Probleme lösen würde, daß es aber nicht die erwünschte radikale Wirkung hätte, wenn wir nicht gleichzeitig das Prinzip des maximalen Konsums aufgeben.«<sup>11</sup>

Ziel eines *bedarfsunabhängigen Grundeinkommens* ist eine umfassende Sicherung der wirtschaftlichen Existenz aller. Die Höhe orientiert sich am gemeinsam erwirtschafteten Sozialprodukt und ist demnach als *Sozialdividende* zu verstehen. Somit würde indirekt auch solche gesellschaftlich nützliche Arbeit entlohnt werden, die sich nicht marktwirtschaftlich als traditionelle Erwerbsarbeit vollzieht.<sup>12</sup> Problematisch ist, dass durch die Auszahlung auch an Nichtbedürftige eine enorme Ausdehnung der Sozial- und Steuerhaushalte ohne jede personelle Umverteilung stattfindet: »Die zur Kasse gebetenen Steuerpflichtigen finanzieren ihr eigenes Grundeinkommen.«<sup>13</sup> Ein Grundeinkommen oder eine Sozialdividende unterscheidet sich von einer Grundsicherung durch den Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung. »Sozialdividende kann erstens als das *allgemeine Grundeinkommen* bezeichnet werden, weil an alle Mitglieder einer politischen Entität [...] finanzielle Leistungen ausbezahlt werden. Die Sozialdividende ist zweitens *personenbezogen*, was bedeutet, dass weder Zivilstand noch Wohnform für die Höhe der Auszahlung relevant sind. Es liegt in der Konsequenz der Sozialdividende, dass sie, drittens, *nicht mit Gegenleistungsverpflichtungen* verbunden ist. Die Bezüger werden als mündig erachtet, ihre Lebens- und Arbeitsbiographie nach eigenem Ermessen zu gestalten.«<sup>14</sup>

10 Siehe Erich Fromm: *The Sane Society*. New York 1955.

11 Erich Fromm: *Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle*. In: Derselbe: *Über den Ungehorsam und andere Essays*. München 1982. S. 111 (Erstveröffentlichung in: *The Guaranteed Income. Next step in socio-economic evolution?* Ed. by Robert Theobald. New York 1966).

12 Siehe Joachim Mitschke: *Grundsicherungsmodelle – Ziele, Gestaltung, Wirkungen und Finanzbedarf. Eine Fundamentalanalyse mit besonderem Bezug auf die Steuer- und Sozialordnung sowie den Arbeitsmarkt der Republik Österreich*. Baden-Baden 2000 (im Folgenden Mitschke: *Grundsicherungsmodelle*). S. 47.

13 Ebenda. S. 50.

14 Kuettel: *Basic Income*. S. 11.



Der Finanzierungsaufwand einer Sozialdividende ist erheblich. Anders als bei einer Grundsicherung würden allerdings bei ihrer Einführung bisherige steuerfinanzierte Transferleistungen wie Kindergeld, Wohngeld, Erziehungsgeld wegfallen. Die Auswahl des Steuersubstrates für ihre Finanzierung ist viel freier als etwa bei der Negativen Einkommenssteuer, die primär an Erwerbseinkommen gekoppelt bleibt: Die notwendigen Mittel für eine Sozialdividende könnten in hohem Maße auch durch Öko-, Energie- und Wertschöpfungssteuern erbracht werden.<sup>15</sup> Herausragendes Merkmal der Sozialdividende ist daher die weitgehende Entkoppelung von Arbeit und Einkommen.<sup>16</sup> Anders als eine Negative Einkommenssteuer würde eine Sozialdividende im Voraus ausbezahlt werden, was sie allerdings durch die Notwendigkeit zur Vorfinanzierung weiter verteuert. Durch Veränderungen im Steuerrecht (Wegfall indirekter Transferleistungen) und die Reduzierung direkter steuerfinanzierter Leistungen könnten bis zu 150 Milliarden Euro gewonnen werden, die eine Sozialdividende zum Teil finanzieren könnten. Das Argument, für die Einführung eines Grundeinkommens zusätzlich notwendige Steuererhöhungen würden die Wirtschaftskraft insgesamt schwächen, ist so pauschal kaum begründbar. Ohnehin zeigt sich im internationalen Vergleich der volkswirtschaftlichen Rahmendaten der Bundesrepublik, dass die Behauptung, die deutsche Steuer- und Abgabenlast sei generell deutlich zu hoch, nicht haltbar ist. »Die Steuerbelastung des BSP liegt mit 23% eher im unteren Bereich (USA 22%, Japan 32%, Schweden 60%, Niederlande 55%). Die Abgabenquote ist durchschnittlich (BRD 42%, USA 30%, Japan 30%, Schweden 55%, Niederlande 46%). Eine höhere Steuer- oder Abgabenquote muss also nicht generell wirtschaftshemmend sein, da etwa die Niederlande oder die skandinavischen Länder mindestens gleiche Quoten haben, dabei aber eine vergleichbar ähnliche Wirtschaftskraft und weniger Arbeitslose.«<sup>17</sup>

Die Kosten für die gesamte Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen) beliefen sich 1998 auf etwa 40 Milliarden Euro.<sup>18</sup> Finanzpolitisch zu klären wäre das Problem, dass zur Zeit die Sozialhilfe von den Kommunen aufgebracht wird, während eine Sozialdivi-

15 Siehe ebenda. S.14. – Siehe auch Menschenwürdiges Leben für alle. Garantiertes Grundeinkommen für alle. Hrsg. von Pax Christi Bregenz. Bregenz 2002.  
[Http://www.vobs.at/asav/pax1.htm](http://www.vobs.at/asav/pax1.htm).

16 Siehe Eichler: Armut. S. 16.

17 Ebenda. S. 209.

18 Siehe ebenda. S. 160.

dende vom Bund beziehungsweise der EU ausgezahlt werden würde. Bei einer sehr hohen Sozialdividende wäre auch die Substitution des Arbeitslosengeldes denkbar; »da es sich dabei aber nicht um eine steuerfinanzierte Sozialleistung handelt, sondern um eine Sozialversicherung, die Leistungen nach unterschiedlichen Beiträgen gewährt, ist die Einbindung in das Grundversicherungssystem problematisch.«<sup>19</sup> Es dürfte sogar verfassungsrechtlich bedenklich sein, beitragsfinanzierte Leistungen abzuschaffen und durch pauschalisierte steuerfinanzierte zu ersetzen. Zumindest für eine Übergangszeit müssten die bestehenden beitragsfinanzierten Leistungen unangetastet bleiben.

Bei einer nicht sehr hohen Sozialdividende würden sich zumindest für höhere Lohngruppen finanzielle Verschlechterungen ergeben. Mitschke weist auf diesbezügliche Probleme hin: »Das vorgesehene Grundeinkommen mag für untere Lohngruppen durchaus das heutige Arbeitslosengeld übersteigen. Dem steht gegenüber, daß sich die Versorgungslage bei höheren Lohngruppen im Falle der Arbeitslosigkeit verschlechtert. Nicht von ungefähr knüpft die Arbeitslosenversicherung das Arbeitslosengeld ohne Bedürftigkeitsprüfung an die Lohn- und Beitragshöhe, um die Konsumtionsmöglichkeiten während der Arbeitslosigkeit nicht völlig von denen während der Beschäftigung abzukoppeln. Außerdem macht es einen bedeutenden Statusunterschied, ob der Arbeitslose durch Beitragsleistung wohlerworbene Versicherungsrechte geltend macht oder aus dem allgemeinen Steuerhaushalt alimentiert wird, der im viel stärkeren Maße als die Versicherungshaushalte politischen Eingriffen ausgesetzt ist.«<sup>20</sup>

Grözinger plädierte Mitte der 1980er Jahre für ein steuerfinanziertes Grundeinkommen: »Ein Grundeinkommen an alle Einwohner zu zahlen, nur weil es Menschen sind, und nicht aus einem speziellen Anlaß, das ist so radikal nivellierend wie das politische Prinzip ›One man, one vote‹. Irgendwann einmal wird es auch genauso selbstverständlich sein.«<sup>21</sup> Er schlug vor, 100 Prozent des Grundeinkommens an alle Erwachsenen im Erwerbsalter zu zahlen, was nach seinen Angaben damals 900,- DM gewesen wären. Kinder unter 16 Jahren sollten 50 Prozent (= 450,- DM) erhalten, Rentner 125 Prozent Grundrente (= 1125,- DM).<sup>22</sup>

19 Ebenda. S. 185.

20 Mitschke: Grundsicherungsmodelle. S. 123.

21 Gerd Grözinger: Finanzierungsaspekte eines garantierten Grundeinkommens. In: Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Hrsg. von Michael Opielka und Georg Vobruba. Frankfurt am Main 1986. S. 177.

22 Siehe ebenda. S. 174.

### 2.3 Negative Einkommenssteuer

Eine *Negative Einkommenssteuer* setzt eine Koordination von Steuer- und Sozialrecht voraus. Das Konzept soll insbesondere auch die Flexibilisierung der Arbeitsorganisation fördern und Anreize zu Mischformen aus Erwerbs- und Transfererinkommen bieten. Ferner stehen sich in diesem Modell nicht mehr zwei »Klassen«, die der Steuerzahler und die der Transferleistungsbezieher, gegenüber.<sup>23</sup> Die Auszahlung des Grundeinkommens und die Besteuerung für dessen Finanzierung werden zusammen gelegt.<sup>24</sup> Das impliziert, dass zur Finanzierung der Negativen Einkommenssteuer eben – wie der Name schon sagt – Erwerbseinkommen herangezogen werden und andere Finanzierungsquellen weitgehend unberücksichtigt bleiben müssen. Diese Vereinheitlichung und Vereinfachung des Steuer- und Transfersystems öffnet ein großes Rationalisierungspotential und bedeutet gleichzeitig die Einführung einer Bedürftigkeitsprüfung, da die Auszahlung nur an Personen mit geringem oder keinem Einkommen erfolgt.<sup>25</sup> Die Auszahlung erfolgt rückwirkend.<sup>26</sup>

»Nach Hauser und Kaltenborn ist der zusätzliche Finanzbedarf einer NIT [Negative Income Tax = Negative Einkommenssteuer] als erheblich einzustufen. Diese Auffassung wird gestützt durch neuere Berechnungen des DIW [DIW = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung] (1996) und von Sesselmeier, Klopffleisch und Setzer (1996). Letztere berechnen bei einem Grundbedarf für eine allein Stehende von DM 1.000 unter Streichung der Sozialhilfe, des Wohn- und Kindergeldes, der Arbeitslosenhilfe, dem Erziehungsgeld sowie dem BAföG Mehrkosten von 126,4 Mrd. für einen Anrechnungssatz von 50% und einem Spitzensteuersatz von 53%; DM 103,3 Mrd. für 53/53%; DM 81,1 Mrd. für 55/55% (alles bei einem Eingangssteuersatz von 30%). Die Mehrausgaben könnten eventuell über Einsparungen bei der Verwaltung und den Kosten der hohen Arbeitslosigkeit gesenkt werden. Über die Größenordnung der Einsparung kann aber offensichtlich nur spekuliert werden.«<sup>27</sup>

23 Siehe Mitschke: Grundsicherungsmodelle. S.52f.

24 Siehe Kuettel: Basic Income. S. 12.

25 Siehe ebenda. S. 13.

26 Siehe Eichler: Armut. S. 170.

27 Ebenda. S. 184.

K.-J. Gern rechnet für eine Negative Einkommenssteuer mit Gesamtkosten von 116 bis 350 Milliarden DM, Kaltenborn kommt auf nur 17 Milliarden, Becker geht von 80 bis 90 Milliarden aus.<sup>28</sup> Die Variationsbreite zeigt in gewisser Weise die Unwägbarkeit und den Gestaltungsspielraum derartiger Reformvorschläge. Drei Faktoren sind jedoch für die konkrete Ausgestaltung einer Negativen Einkommenssteuer ausschlaggebend: das Mindesteinkommen, die Transferentzugsrate und die Transfergrenze, ab der Steuern zu zahlen sind.<sup>29</sup> Eine niedrige Transferentzugsrate und eine hohe Transfergrenze würden Anreize zur (eingeschränkten) legalen Teilnahme am Erwerbsarbeitsmarkt darstellen, die die heutige Sozialhilfe mit ihrer hohen Transferentzugsrate nicht bieten kann. Dies birgt Chancen zur gesellschaftlichen Inklusion heute sozial ausgegrenzter Gesellschaftsschichten, stellt freilich andererseits eine gesellschaftliche Subvention prekärer Arbeitsverhältnisse dar, die von Teilen der Linken rigoros abgelehnt wird. Über Bürgergeld-Modelle der FDP, die sich an einer Negativen Einkommenssteuer orientieren, schreibt Zelik etwa: »Wenn das Einkommen durch Arbeit nicht mehr reicht, zahlt der Staat das, was das Kapital nicht aufbringen will – eine lustige Variante des Liberalismus.«<sup>30</sup> Genau dies ist auch von der bürgerlichen Linken gewollt. Die grüne Bundestagsabgeordnete Dücker fordert unter dem Titel »zukunftsfähige Sozialpolitik« die Teilzeitmauer einzureißen und Arbeit im Bereich zwischen 326 und 850 Euro »attraktiver« zu machen, denn »gerade hier liegen große Potentiale ungenutzt.«<sup>31</sup> Anders formuliert rüttelt die Negative Einkommenssteuer nicht am Primat des Arbeitsmarktes, und keineswegs geht es um eine Entkopplung von Lohnarbeit und Existenzsicherung. »Vielmehr wird auf die Klagen der Arbeitgeber abgehoben, daß insbesondere im Niedriglohnbereich die Lohnkosten zu hoch seien und deswegen keine Arbeitskräfte im unteren Dienstleistungsbereich entstünden.«<sup>32</sup>

28 Siehe ebenda. S. 185.

29 Siehe Werner Sesselmeier: Negative Einkommenssteuer. Umsetzung in der Bundesrepublik Deutschland – eine realistische Option? O.O. o.J. S. 2 (Manuskript).

30 Raul Zelik: Existenzgeld. Die Entkopplung von Arbeitszeit und Einkommen. Heidelberg 1999. <http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/exg-cont.html>.

31 Thea Dücker: Zukunftsfähige Sozialpolitik. In: Perspektiven im grünen Format. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin. Jg. 1. 2002. Nr. 2. S. 2.

32 Christian Brütt: Linksradike Suche nach dem Sozialstaat. Die Existenzgeldforderung und ihre bürgerliche Konkurrenz. In: AK – Analyse & Kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis. Hamburg. Jg. 7. Nr. 421, 17. Dezember 1998.

Sesselmeier beschäftigt sich mit den (finanz-)politischen Möglichkeiten der Umsetzung einer Negativen Einkommenssteuer in der Bundesrepublik Deutschland. Diese soll laut Sesselmeier folgende Elemente des sozialen Sicherungssystems ersetzen: Sozialhilfe, Wohngeld, BAföG, Kindergeld, Erziehungsgeld und Arbeitslosenhilfe.<sup>33</sup> Ausführlich geht er darauf ein, dass die Finanzierung dieser Elemente unterschiedlichen Gebietskörperschaften zugewiesen wird und eine Reform erhebliche Verschiebungen der finanziellen Belastung zur Folge hätte. »Obwohl alle Bundesländer zunächst einmal entlastet würden, ist jedoch nicht sicher, ob ein solcher Reformvorschlag im Bundesrat eine Mehrheit fände, da der Bund durch eine solche Änderung der Aufgabenverteilung deutlich höhere Ausgaben hätte, sich seine Deckungsquote erheblich verschlechtern und die der Länder verbessern würde und deshalb die Anteile an der Umsatzsteuer gem. Art. 106 III und IV neu festzusetzen wären. Die Umsatzsteuer ist bekanntlich das einzige variable Element in der Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland, mit dem *ohne* Grundgesetzänderung unterschiedliche Belastungen auf den Ebenen Bund und Länder ausgeglichen werden kann, sieht man von Zuweisungen und Umlagen i.e.S. einmal ab.«<sup>34</sup> Eine Zustimmung im Bundesrat hinge davon ab, wie sich der Haushaltsspielraum des jeweiligen Bundeslandes verändert. Nutznießer wären diejenigen Länder mit den höchsten Ausgaben für die oben genannten Sozialleistungen: die Stadtstaaten und Hessen. Da die Gruppe dieser Länder kleiner ist als die der Länder, deren Haushaltsspielraum eingeschränkt würde, bezweifelt Sesselmeier die Durchsetzbarkeit einer solchen Reform bei den Ländern.

33 Siehe Werner Sesselmeier: Negative Einkommenssteuer. Umsetzung in der Bundesrepublik Deutschland – eine realistische Option? O.O. o.J. S. 28 (Manuskript).

34 Ebenda. S. 30.

## 2.4 Finanzbedarf sozialer Sicherungsmodelle

Generell lässt sich der Finanzbedarf für soziale Sicherungsmodelle in Anlehnung an Mitschke<sup>35</sup> wie folgt berechnen:

|   |              |
|---|--------------|
| A Bruttofinanzbedarf  |              |
| (1) Auszuzahlendes Grundeinkommen   | .....        |
| a) Brutto-Grundeinkommensvolumen<br>vor Anrechnung des Eigeneinkommens  | <u>.....</u> |
| b) Kürzung durch Anrechnung<br>des Eigeneinkommens  | .....        |
| (2) Einkommen- (und Lohn-)steuerausfälle<br>durch Ausdehnung der Steuerfreigrenze   | .....        |
| (3) Zusätzliche Verwaltungskosten<br>bei den Finanzämtern   | <u>.....</u> |
| (4) Gesamter Bruttobedarf   | <u>.....</u> |
| B Gegenfinanzierung   |              |
| (1) Jahresvolumen der durch Grundsicherung<br>ersetzten personenbezogenen, steuer-<br>und beitragsfinanzierten Sozialleistungen<br>(einschließlich Wegfall der vorzeitigen Alters-<br>pensionen) nach Abzug von Mindereinnahmen | .....        |
| (2) Jahresmehreinnahmen an Sozialversicherungs-<br>beiträgen im Fall erweiterter Beitragspflicht  | .....        |
| (3) Verwaltungskosten der ersetzten, personen-<br>und objektbezogenen Sozialleistungen  | <u>.....</u> |
| (4) Gesamtbetrag der Gegenfinanzierung  | <u>.....</u> |
| C Nettofinanzbedarf   |              |
| Bruttofinanzbedarf  | .....        |
| Gegenfinanzierung   | <u>.....</u> |
| Nettofinanzbedarf   | <u>.....</u> |

Konsens ließe sich rasch über B (3) wohl für Grundeinkommensmodelle wie für eine Negative Einkommenssteuer erzielen. Uneinigkeit bestünde in den meisten anderen Punkten. Darüber hinaus beinhaltet die Entscheidung

35 Siehe Mitschke: Grundsicherungsmodelle. S.129f.

für das eine oder andere Modell noch keine Entscheidung über die Höhe des auszahlenden Betrages, die Transfergrenze und die Transferentzugsrate, wobei die zwei letztgenannten Größen bei einer naturrechtlich begründeten Sozialdividende für alle Bürger irrelevant wären.

Unabhängig von den eigenen Angaben der politischen Organisationen über die zu erwartenden zusätzlichen Kosten ihrer jeweiligen Reformvorschläge errechnete Kaltenborn folgende Zusatzkosten für deren Umsetzung: Grüne 40,5 Milliarden DM, PDS 117 Milliarden DM, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband 29 Milliarden DM.<sup>36</sup>

Einige psychologische Aspekte wie beispielsweise der Rechtsanspruch sprechen eher für eine Sozialdividende, andere wie etwa die schwer vermittelbare Alimentierung von Reichen sprechen entschieden dagegen. Allerdings würde das Grundeinkommen hier nicht als Almosen wahrgenommen werden.<sup>37</sup> Finanzpolitische Überlegungen sprechen jedoch zweifellos eher für eine Grundsicherung (als Minimalreform mit unter anderem durch eine Wertschöpfungsabgabe finanziertem erhöhten Sozialhilfeniveau bei entschlackter Bedürftigkeitsprüfung) beziehungsweise eine Negative Einkommensteuer. Der bürokratische Aufwand wäre gesondert zu untersuchen.

## 2.5 Reformvorschläge im Detail

Es existieren also zwei grundsätzlich verschiedene Ansätze (die sich freilich nicht völlig ausschließen, aber von unterschiedlicher Motivation ausgehen) für ein garantiertes Einkommen: Zum einen, der Wunsch, eine *Grundsicherung*, umfassender als die derzeitige Sozialhilfe beziehungsweise Hilfe zum Lebensunterhalt in der Bundesrepublik Deutschland, würde die Not verminderter Bevölkerungsschichten lindern und gleichzeitig bestehende, kollabierende Sozialsysteme reformieren, zum anderen die Vorstellung, die Entkoppelung von Lohn und Arbeit durch ein garantiertes *Grundeinkommen* würde die Basis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ernsthaft erschüttern und so den Weg in eine neue Gesellschaft bahnen helfen können. Bei

36 Siehe Eichler: Armut. S. 183.

37 Siehe Wolfgang Strengmann: Ökonomische Auswirkungen einer Mindestrente. Diplomarbeit. Bielefeld 1991. S. 8. – Philippe Van Parijs: Real freedom for all. What (if anything) can justify capitalism? Oxford 1995. – Derselbe: Basic Income European Network. VIIIth International Congress. Berlin, 6–7 October 2000. Basic income: A Simple and Powerful Idea for the 21st Century. Background paper.

Grundsicherungsmodellen hat zudem die Erwerbsarbeit Vorrang vor dem Bezug von Grundsicherung, und es bleibt das Politikziel bestehen, möglichst viele Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In Grundeinkommensmodellen wird die Erwerbsarbeit über das Grundeinkommen hinaus weitgehend zur Privatsache, Arbeitsmarktpolitik daher irrelevant.<sup>38</sup>

Nun ist wohl unbestritten, dass Produkte zur Erhaltung von Individuum und Art erzeugt werden müssen und dass dazu Arbeit – auch menschliche, nicht nur maschinelle – vonnöten ist. Die Positionen zur »Beseitigung der Arbeitslosigkeit« reichen vom Arbeitszwang für alle bis zu einem Recht auf Faulheit bei währender Existenzsicherung. Die Herrschenden und Reichen haben freilich kein Interesse an einer Veränderung der derzeitigen Lage, oder wenn, dann nur insofern, als dass veränderten Umständen angepasste Bedingungen herrschaftssichernd sein sollen. Grundlage derzeitiger sozialer Sicherung ist zumeist die Erwerbsarbeit: Das Recht auf Arbeitslosengeld und -hilfe wird durch Lohnarbeit erworben. Steuern resultieren zum nicht unwesentlichen Teil aus Erwerbsarbeit, wird diese weniger, sind auch die nicht analog zur Erwerbsarbeit gestalteten, steuerfinanzierten Sicherungssysteme in Gefahr (Sozialhilfe). Dies ist der wesentliche Grund für die derzeitige Krise der Sicherungssysteme. Befürworter von Grundsicherung und Grundeinkommen behaupten zwar das Ende des fordistischen Modells, gehen bei Überlegungen bezüglich eines »Rechts auf Faulheit« jedoch meist nach wie vor von diesem Modell aus: Selbst wenn Überproduktion eingeschränkt wird, umweltschonend produziert und daher auch weniger konsumiert wird, Maschinen menschliche Arbeit weitgehend ersetzen, selbst dann kann der tertiäre Sektor, der nach wie vor eben auf menschlichen Dienstleistungen aufbaut, nicht unberücksichtigt bleiben. 1997 entfielen in Deutschland auf den primären Sektor 3,8 Prozent, auf den sekundären 31,7 Prozent und auf den tertiären Sektor 64,5 Prozent der Beschäftigten.<sup>39</sup> Und in diesem Sektor steigt der Bedarf an Arbeitskräften sogar anstatt zu sinken. Mehr noch: Im letzten Vierteljahrhundert haben in allen westlichen Industriestaaten sowohl Arbeitslosigkeit als auch Beschäftigung zugenommen. Viele Grundeinkommensverfechter schließen indes von steigenden

38 Siehe Luise Gubitzer / Peter Heintel: Koppeln oder Entkoppeln: Grundsicherung versus Grundeinkommen. In: *Alternative Ökonomie*. Hrsg. von Erich Kitzmüller und Ina Paul Horn. Wien, New York 1998. S. 37–42 (IFF-Texte, Bd. 4).

– Siehe auch <http://www.univie.ac.at/iffgesorg/ifftexte/band41gph.htm>.

39 Siehe Brie: *Zukunft*. S. 219.



Arbeitslosenzahlen auf sinkende Beschäftigung, was sie zu falschen Annahmen über nutzbare Verteilungsspielräume führt.<sup>40</sup> Forderungen nach Grundeinkommen oder Grundsicherung müssen daher die gesamtgesellschaftliche Situation reflektieren und dürfen politisch nicht bei einseitiger Interessenwahrung stehen bleiben. Sie müssen darüber hinaus die Bedingungen einer globalisierten Welt berücksichtigen. So argumentiert Fuchs: »Grundsätzlich ist ein Grundeinkommen auf kommunaler, provinzieller, nationalstaatlicher oder supranationaler Ebene vorstellbar, um eine  $\frac{4}{5}$ -Gesellschaft zu verhindern wäre jedoch unter heutigen Bedingungen die Einführung eines Grundeinkommens gekoppelt mit einem effektiven Sozialsystem weltweit auf einmal und gleichzeitig einzuführen. Daher ist hier die Rede von einem universellen Grundeinkommen. Für eine solche Universalität spricht auch die in unter globalisierten kapitalistischen Verhältnissen gegebene Flexibilität des Kapitals. Die für die Finanzierung des Grundeinkommens unabdingbare verstärkte Kapitalbesteuerung würde im eingeschränkten Raum zu Kapitalflucht und Absiedelung führen. [...] Grundeinkommen entkoppelt Lohnarbeit und Existenzsicherung und kann ein Ende der Lohnabhängigkeit bedeuten. Es ist daher eine Maßnahme zur Armutsbekämpfung und zur Sicherung sozialer Gerechtigkeit. [...] Ein universelles, bedingungsloses Grundeinkommen, das im Rahmen eines Ausbaus der sozialen Sicherung, der effektiven Besteuerung von Kapital und Eigentum und eines Systems der gerechten Umverteilung von Reichtum installiert wird, ist eine Gegenstimme zur Durchdringung aller Lebensverhältnisse mit Waren- und Profitlogik.«<sup>41</sup> Ideologiekritisch greifen solche Forderungen die bürgerlich-kapitalistisch-sozialistische Religion der Arbeit an und gehen von der zumindest für die Reichen und die ganz Armen faktisch bereits bestehenden Entkoppelung von Einkommen und Arbeitsleistung aus.

Die aktuellen Überlegungen und Modelle haben ihre Wurzeln zumeist in den späten 1970er Jahren, resultieren aus den Erfahrungen des Beginns einer strukturellen Krise der Arbeitswelt in der westlichen Wirtschaftsordnung und weltweit voranschreitender Naturzerstörung. Überlegungen zu Grundeinkommen, Grundsicherung, Bürgergeld gibt es bei sehr vielen politischen

40 Siehe Vobruba: Alternativen. S. 78f.

41 Christian Fuchs: Informationsgesellschaftlicher Kapitalismus und die Forderung nach einem universellen, bedingungslosen Grundeinkommen. O. O. 2002.  
[Http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/infogestech/grundeinkommen.html](http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/infogestech/grundeinkommen.html).

Akteuren. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen im Folgenden Positionen zur Untersuchungsthematik vorgestellt werden, die in den letzten zwei Jahrzehnten von Parteien und Initiativen bezogen wurden.

### 2.5.1 Vorschläge von Sozialhilfe- und Arbeitsloseninitiativen

Viele Sozialhilfe- und Arbeitsloseninitiativen gehen davon aus, dass der fordistische *Deal*, der Klassenkompromiss, der einen störungsfreien Ablauf der Produktion gegen relativen Massenwohlstand dank der herrschenden Tarifparteien garantierte, von oben wie von unten aufgekündigt worden ist. 1982 wurde auf dem Bundeskongress der Erwerbsloseninitiativen die Forderung nach Grundeinkommen formuliert, deutlich in Abgrenzung zu den gewerkschaftlichen Konzepten »Arbeit für alle«, weil eben Arbeit unter den herrschenden Bedingungen nicht nur entfremdete, sondern auch zerstörerische (Rüstung, Umweltschädigung) Arbeit ist. Fernerhin gehe Unterdrückung nicht nur vom Staat und den Eigentumsverhältnissen aus, sondern auch von Arbeits- und Lebensorganisation. Anders als DKP und andere StaatssozialistInnen kam die *Neue Linke* zu dem Schluss, dass fordistische Betriebsarbeit auch unter sozialistischen Eigentumsverhältnissen entfremdet bliebe, und forderte die Wiederaneignung des eigenen Lebens auch in Form eines garantierten Grundeinkommens.<sup>42</sup> 1992 formulierte die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen »13 Thesen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten«. Die BAG fordert hier:

- »1) eine existentielle Absicherung für alle durch ein Einkommen, das dem gesellschaftlichen Reichtum angemessen ist, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand und ohne Zwang zur Arbeit;
- 2) eine radikale Arbeitszeitverkürzung, damit alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können;
- 3) eine gerechte Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle Menschen und
- 4) die Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung.«<sup>43</sup>

42 Siehe Raul Zelik: Existenzgeld. Die Entkopplung von Arbeitszeit und Einkommen. Heidelberg 1999. [Http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/exg-cont.html](http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/exg-cont.html).

43 Zitiert ebenda.

Darauf basieren die »10 Positionen gegen falsche Bescheidenheit« von 1996. Darin heißt es unter anderem: »Die Forderung nach Existenzgeld schließt die Art und Weise, wie die Arbeit organisiert ist und was für wen produziert wird, ein; denn daran hängen neben der Erwerbslosigkeit auch alle anderen Probleme wie die Ausbeutung der Menschen in der sog. Dritten Welt, die Umweltzerstörung, die Sinnentleerung im Konsum etc. Weil im Grunde klar ist, daß in jeder Gesellschaft gearbeitet werden muß, um die materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse aller Menschen befriedigen zu können, geben wir auch den Anspruch nicht auf, diese Arbeit gemeinsam mit allen Menschen selbst zu organisieren. Die Produktion muß an den Bedürfnissen der ProduzentInnen orientiert sein. In unserer Forderung nach Existenzgeld ist deshalb die nach gesellschaftlicher Aneignung der Arbeit enthalten. Wir verstehen unter gesellschaftlich notwendiger Arbeit nicht nur den ›normalen‹ Produktions- und Dienstleistungsbetrieb, sondern auch die gesamte unbezahlte ›private‹ Reproduktionsarbeit. Sie umfaßt u. a. die Erziehungs- und Hausarbeit, die Arbeit in Initiativen, Nachbarschaftshilfe, kulturelle Arbeit, gegenseitige Hilfe, Unterstützung und Beratung. Existenzgeld bedeutet für uns die individuelle Absicherung, um diese notwendigen Arbeiten auf freiwilliger Basis machen zu können. Wir wollen diese Arbeiten nicht auch noch in ›Lohnarbeitsverhältnisse‹ zwingen und womöglich damit ihre geschlechtsspezifische Verteilung festzuschreiben. Untrennbar damit verbunden ist die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung, damit der Anspruch auf gerechte Verteilung für alle gelten kann.«<sup>44</sup>

Auch der Widerspruch, die bestehenden Verhältnisse zu kritisieren und dennoch gleichzeitig Forderungen auf ihrer Grundlage zu formulieren, ist den Autoren bewusst. Im Vordergrund für sie steht das Durchbrechen eines der grundlegenden Gesetze des Kapitalismus: des Zwangs zur Lohnarbeit. »Unsere Utopie zielt darüber hinaus ab auf die endgültige Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Es geht dann nicht mehr allein um die in der Regel minimale Absicherung gegen Lebensrisiken, wie sie das bestehende Sozialrecht intendiert, sondern um die freie Entfaltung der Persönlichkeit, wobei Raum ermöglicht würde für die Ausgestaltung gesellschaftlich notwendiger und/oder sinnvoller Arbeit und das Erstreiten von Bürgerrechten und politischer Teilhabe.«<sup>45</sup>

44 Existenzgeld – 10 Positionen gegen falsche Bescheidenheit. Hrsg. von den Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut. O. O. 1996 (Manuskript).

45 Ebenda.

Kritisiert wird fernerhin die Verschwendung des Reichtums, indem dieser im Wesentlichen zur Kapitalakkumulation und zur Besitzstandswahrung der Herrschenden verwendet werde, für Rüstung, Finanzspekulation, die Produktion völlig unnötiger Güter. Die Produktion unsinniger Güter allerdings ist für den Erhalt des Systems notwendig, da die Nachfrage nach Produkten im Wesentlichen gesättigt ist und deshalb die Flüchtigkeit, Unbeständigkeit und Kurzlebigkeit der Moden und Wünsche von den Unternehmen verstärkt werden muss, um Produkte absetzen zu können.<sup>46</sup> Noch für Marx spielte die Erzeugung von Nachfrage nach Waren kaum eine Rolle, während heute ein wesentlicher Teil menschlicher Arbeitskraft dafür aufgewandt wird, Nachfragen zu erzeugen, die durch eine kapitalintensive Industrie befriedigt werden wollen. Das meiste davon geschieht über die Wertevermittlung in der Werbung und die Erziehung, ja Zurichtung zur Konkurrenz in der Bildungsinstitution Schule.<sup>47</sup> Im Zusammenhang mit unsinniger Nachfrage und überflüssiger Produktion steht die Kritik an der Forderung eines Rechts auf Arbeit. Häufig von ökologischer Seite her vorgebracht, haben sie sich auch Erwerbsloseninitiativen zu eigen gemacht, denn diese Forderung trage reaktionäre Züge in sich:

- »– Weil sie die realen Bedingungen von Lohnarbeit völlig außer Acht läßt. Arbeit an sich ist kein besonders erstrebenswertes Ziel, auch nicht mit einem Rechtsanspruch. Und auch der Zusatz, man fordere ja ›sinnvolle Arbeit‹, ändert nichts am prinzipiell fremdbestimmten Charakter kapitalistischer Arbeit.
- Weil sie sich primär auf staatliches Handeln verläßt. Weder kann der Staat die Arbeitgeber zwingen, Arbeitsplätze zu schaffen, noch ist er selbständig in der Lage, massenweise Erwerbslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Historisch und aktuell gesehen tritt staatliche Arbeitsbeschaffung immer in Doppelfunktion auf: als erzwungener Arbeitseinsatz und mit untertariflicher Bezahlung.
- Weil der einseitige Blick auf die Beschaffung von Arbeit und die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, z.B. den Nationalsozialismus akzeptabel erscheinen läßt.«<sup>48</sup>

46 Siehe Gorz: Arbeit. S. 41f.

47 Siehe Ivan Illich: Entschulung der Gesellschaft. Aus dem Engl. von Helmut Lindemann und Thomas Lindquist. 4., überarb. und erw. Aufl. München 1995. S. 74.

48 Existenzgeld – 10 Positionen gegen falsche Bescheidenheit. Hrsg. von den Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut. O.O. 1996 (Manuskript).

1998 stellte die BAG der Sozialhilfe-Initiativen ein neues Konzept vor: Jedem Menschen sollte eine Grundsicherung von 1500 DM plus etwa 500 DM Wohngeld zustehen. Die Grundsicherung soll Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz, Sozialhilfe, Erziehungsgeld, Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosengeld und Rente ersetzen. »Das Existenzgeld ist bundesfinanziert durch den bisherigen Teil des Steueraufkommens für soziale Transferleistungen; die bisherigen Sozialversicherungsbeiträge und die zukünftige zweckgebundene Existenzgeld-Abgabe von 50% (›Take half‹) auf Nettoeinkommen jeglicher Höhe. Zur Finanzierung soll also nach dem ›Take-half‹-Modell von allen in der Bundesrepublik vorhandenen Einkünften die Hälfte abgezogen werden und in die Grundsicherung eingespeist werde.«<sup>49</sup>

Die Gruppe Blauer Montag, die gleichzeitig dem radikal-linken Spektrum zuzuordnen ist, bezweifelt die Wirksamkeit klassischer gewerkschaftspolitischer oder sozialistischer Sozialpolitik, fordert ein Grundeinkommen und will das nicht nur auf einen Geldtransfer beschränkt sehen: »Es geht darum, den umfassenden Anspruch des Kapitals auf die grenzen- und bedingungslose Verfügbarkeit über die Ware Arbeitskraft zurückzuweisen. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum muß nicht erst verdient werden. [...] Reduziert auf eine Geldforderung an den Staat, deren Höhe dann allemal von politischen Kräfteverhältnissen bestimmt würde, werden all die weitergehenden Vorstellungen von einer Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ausgeblendet. Dabei geraten die Vorstellungen darüber, wie diese Teilhabe denn praktisch aussehen müßte, gleich mit aus dem Blick.«<sup>50</sup>

Kritisiert wird der durch Prekarisierung verschärfte Zwang zur Arbeit. Die Gruppe problematisiert die Tatsache, dass der tarifpolitisch nicht abgedeckte Bereich immer größer wird. Gewerkschaften und linken Parlamentariern wird vorgeworfen, dass sie vorgeben, trotz des Mangels an außerparlamentarischer sozialer Mobilisierung, parlamentarisch gesetzliche Arbeitszeitregelungen, Mindestlöhne und eine Grundsicherung durchsetzen zu können. Die Erklärung, wie sie ein Grundeinkommen durchsetzen möchten, bleibt die Gruppe Blauer Montag notgedrungenenerweise schuldig.

49 Siehe Garms: »Wer nicht arbeitet ...«. Kap. 5.

50 Gruppe Blauer Montag: Gegen die Hierarchisierung des Elends. Überlegungen zu Prekarisierung, Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung. O. O. 1998.  
[Http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/prekr.htm](http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/prekr.htm).

## 2.5.2 Vorschläge aus Gewerkschaftskreisen und Wohlfahrtsverbänden

Grundsicherungs- und Grundeinkommenskonzepte wurden auch von Gewerkschaftskreisen (zu erwähnen insbesondere das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB – WSI) aufgestellt. »Die damals vorliegenden Modelle zur Mindestsicherung gingen von einem Bedarf einer einzelnen Person von 1200 Mark – 1600 Mark im Monat aus, wobei die untere Grenze von den GRÜNEN und dem WSI vertreten wurde, die obere von den Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen und den ›Grauen Panthern‹. In der Diskussion aller Modelle tauchte auch damals z.B. bei Initiativen und (damals noch) GRÜNEN die Frage auf, ob es nicht sinnvoller sei, kombinierte Geld- und Sachforderungen, die auch mit anderen Forderungen kombiniert waren, aufzustellen, wie freien Zugang zu Kitaplätzen, öffentlichem Nahverkehr, öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen sowie eine ausgebauten Infrastruktur. In diesem Zusammenhang liefen viele Kampagnen von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen, so zum Thema Nulltarif in öffentlichen Verkehrsmitteln. Auch Elternorganisationen sind und waren an einer kostengünstigen Infrastruktur für Kinder interessiert.«<sup>51</sup>

Das WSI forderte 1987 bereits eine Sockelung der Einkommen aus Arbeitslosengeld und -hilfe auf circa 1100 DM. Die Sozialhilfe sollte erhöht werden. Ein solches Modell impliziert eine Unterscheidung zwischen denen, die sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen und mehr erhalten, und anderen Bevölkerungsgruppen. 1995 schlug das DIW der Bundesregierung folgendes Modell vor:

- »– Beduerftigen Erwachsenen wird ein Buergergeld in Hoehe von 12000 DM jaehrlich gezahlt; fuer Kinder sind es 6000 DM.
- Der Anrechnungssatz aller Einkuenfte, die bis zur Transfergrenze auf das Buergergeld angerechnet werden, betraegt 50 vH. Alternativ werden Berechnungen mit Anrechnungssaetzen von 40 vH bzw. 60 vH durchgefuehrt.
- Anders als bei der Sozialhilfe soll die Beduerftigkeit am Erwerbseinkommen im Sinne des geltenden § 32 d EStG gemessen werden.
- Die Transfergrenze soll alternativ als Freibetrag oder als Freigrenze verstanden werden. In beiden Faellen erfolgt die Besteuerung oberhalb der Transfergrenze nach dem geltenden Einkommenssteuertarif.«<sup>52</sup>

51 Garms: »Wer nicht arbeitet ...«. Kap. 1.

52 Volker Meinhardt [u.a.]: Auswirkungen der Einfuehrung eines Buergergeldes. Neue

Dadurch wären Kosten zwischen 70 Milliarden DM und 270 Milliarden DM entstanden. Es handelt sich bei diesem Modell um eine negative Einkommenssteuer mit einer Transfergrenze von 24 000 DM für Alleinstehende.<sup>53</sup>

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband schlug 1992 eine Grundsicherung als Ersatz für die Sozialhilfe und zur Sockelung der Bezüge aus Arbeitslosen- und Rentenversicherung vor. Auch hier ist eine Zweiteilung vorgesehen: Eine Grundsicherung II (20 Prozent höher) sollten Arbeitswillige, RentnerInnen, Mütter, Väter und Erwerbsunfähige erhalten. Eine Bedürftigkeitsprüfung war noch bei Ehegatten vorgesehen, Unterhaltspflicht für Kinder bis zum Alter von 27 Jahren sollte bestehen bleiben, und das Vermögen der Betroffenen sollte angerechnet werden können. Dieses Modell wurde 1997 geringfügig modifiziert. Nach den damaligen Berechnungen ergab sich eine Grundsumme von 737 DM plus Wohnkosten.<sup>54</sup> 2002 sprach der Paritätische Wohlfahrtsverband in einer überarbeiteten Version der Vorschläge von 411 Euro zuzüglich Wohnkosten für einen allein lebenden Erwachsenen.<sup>55</sup> Das Modell würde etwa vier bis fünf Milliarden Mehrkosten verursachen, könnte aber durch Differenzierung und Deckelung des Ehegattensplittings, Ökosteuer und Zurückdrängen der Schattenwirtschaft gegenfinanziert werden.

### 2.5.3 Vorschläge aus der christlichen Soziallehre

Intensiv sind Grundeinkommens- und Grundsicherungsmodelle seit den frühen 1980er Jahren auch im kirchlichen Umfeld, vor allem in der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), diskutiert und entwickelt worden. Ausgehend von der Tradition der katholischen Soziallehre, die Ausdruck unter anderem seit über 100 Jahren in den päpstlichen Sozialzyklen *Re-rum Novarum*, *Quadragesimo Anno*, *Mater et Magistra*, *Gaudium et Spes*, *Populorum Progressio*, *Laborem Exercens*, *Sollicitudo Rei Socialis* und

— Berechnungen des DIW. O. O. 1995. <http://www.diw.de/JSP-Tools/Druckansicht.jsp?moid=5828&navoid=5828&printCont>.

53 Siehe ebenda.

54 Siehe Garms: »Wer nicht arbeitet ...«. Kap. 7.

55 Siehe »Alles aus einer Hand«. Das paritätische Konzept für eine durchgreifende Reform der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt im Bundessozialhilfegesetz. Frankfurt am Main 2002. S. 15 (Manuskript).

*Centesimus Annus* findet. Freilich enthalten diese Dokumente, insbesondere das letztgenannte, deutliche antikommunistische Elemente<sup>56</sup> und kritisieren gleichzeitig aus konservativ-klerikaler Sicht den kapitalistischen *way of life*, »der vorgibt, dann besser zu sein, wenn er auf das Haben und nicht auf das Sein ausgerichtet ist.«<sup>57</sup> Dies beinhaltet aber auch, dass das Recht auf Privateigentum dem gemeinsamen Recht auf Nutznießung untergeordnet sei, da alle Güter für alle bestimmt seien.<sup>58</sup> Hinsichtlich der Verteilung der Güter und der Organisation von Arbeit und Beschäftigung jedoch funktioniere irgendetwas in den entscheidenden und sozial wichtigsten Punkten nicht<sup>59</sup>: »Da gibt es jene – die wenigen, die viel besitzen –, die nicht wirklich zu ›sein‹ imstande sind, weil sie durch eine Umkehrung der Hierarchie der Werte vom Kult des ›Habens‹ daran gehindert werden; und dann diejenigen – die vielen, die wenig oder nichts besitzen –, die wegen der Entbehrung der elementaren Güter ihre grundlegende menschliche Berufung nicht zu verwirklichen vermögen.«<sup>60</sup>

Die so skizzierten Defizite seien nur durch Solidarität, also »die feste und beständige Entschlossenheit, sich für das ›Gemeinwohl‹ einzusetzen«<sup>61</sup> zu überwinden. Der Weg zur vollen Entwicklung sei durch Gier nach Profit und Durst nach Macht verbaut<sup>62</sup>, womit sowohl die ökonomische als auch die psychologische Facette der selben Medaille angesprochen werden. Volle Entwicklung für alle Menschen bleibt das Ziel katholischer Soziallehre. Das Fazit für die KAB: »Wenn Existenzsicherung über Erwerbsarbeit und die darauf aufbauenden Sicherungssysteme für eine zunehmende Zahl von Menschen nicht mehr gewährleistet werden kann, müssen wir neue Formen der sozialen Sicherung finden.«<sup>63</sup> Die KAB tagte erstmals auf dem Leverkusener Verbandstag 1983 zum Thema Grundeinkommen, gab 1990 ein Diskussionspapier dazu heraus und nahm die Forderung nach einem Grundeinkommen 1996 in ihr Grundsatzprogramm auf. In einer Seminarmappe zu

56 Siehe Johannes Paul II.: Enzyklika *Centesimus annus* [1991], Abschnitt 26 und 36.

57 Ebenda. Abschnitt 36.

58 Siehe Johannes Paul II.: Enzyklika *Laborem exercens* [1981], Abschnitt 14.

59 Siehe ebenda. – Siehe auch Johannes Paul II.: Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* [1987], Abschnitt 28.

60 Johannes Paul II.: Enzyklika *Sollicitudo rei socialis*. Abschnitt 28.

61 Ebenda. Abschnitt 38.

62 Siehe ebenda. Abschnitt 38.

63 Ohne Grund Einkommen! Ohne Grundeinkommen? Existenz sichern heißt: Teilhabe ermöglichen! Statement der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Berlin. Berlin o. J.



dem Thema heißt es: »Erwerbsarbeit verliert aber in unserer Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Anzeichen dafür sind das sinkende Erwerbsarbeitsvolumen, die steigende Massenarbeitslosigkeit und die dramatische Zunahme von ungeschützten, sozial nicht abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen in den letzten Jahren. Diese Entwicklungen haben eine Aufweichung des Normalarbeitsverhältnisses und die Krise der darauf aufbauenden sozialen Sicherungssysteme zur Folge. Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage, ob Erwerbsarbeit auch weiterhin die zentrale Grundlage für die soziale Sicherung sein kann. Mit der Umstrukturierung des Arbeitsmarktes wird das Risiko diskontinuierlicher und nicht existenzsichernder Erwerbsarbeit nicht mehr ausschließlich zu einem Problem von Frauen, sondern gilt zunehmend auch für Männer. Vollbeschäftigung im klassischen Sinne stellt zunehmend keine realistische Zukunftsperspektive mehr dar. Das heißt aber auch, dass die vorhandene Erwerbsarbeit weiter geteilt werden muss. Voraussetzung für eine Umverteilung von Erwerbsarbeit sind Formen der sozialen Sicherung unabhängig von Erwerbsarbeit. Hinzu kommt, dass die Bedeutung der Erwerbsarbeit für eine ausreichende soziale Sicherung zugunsten von anderen Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit (wie z.B. Familien- und Pflegearbeit, gemeinwesenbezogene Arbeit) relativiert werden muss. Diese Formen der menschlichen Arbeit, die überwiegend Frauen leisten, müssen zukünftig verstärkt in die soziale Sicherung einbezogen werden.«<sup>64</sup> Letztlich werde deutlich, dass ein tragfähiges System der sozialen Sicherung zukünftig überwiegend nicht mehr aus Beiträgen aus Erwerbsarbeit, sondern aus allen steuerfinanzierten Einkünften gespeist werden müsse.<sup>65</sup>

Die Pax Christi Bregenz deutet auf sozialpsychologische Gefahren eines Grundeinkommens hin und macht Vorschläge zu dessen Finanzierung durch Ressourcensteuer, Quellensteuer, Wertschöpfungsabgabe, Entbürokratisierung und Einsparungen bei bisher bestehenden Sozialleistungen: »Ein garantiertes Grundeinkommen kann genauso dazu mißbraucht werden, um Menschen ruhigzustellen, auszugrenzen und die Spaltung in Reiche und Arme weiter zu vertiefen. Entscheidend für die Wirkung eines Grundeinkommens sind die Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft.«<sup>66</sup>

64 Ohne Grund Einkommen! Ohne Grundeinkommen? Existenz sichern heißt: Teilhabe ermöglichen! Arbeitshilfe zum Thema Grundsicherung für die Mitglieder der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Berlin. Berlin o. J. S. 5.

65 Siehe ebenda. S. 32.

66 Menschenwürdiges Leben für alle. Garantiertes Grundeinkommen für alle. Hrsg. von Pax Christi Bregenz. Bregenz 2002. [Http://www.vobs.at/asav/pax1.htm](http://www.vobs.at/asav/pax1.htm).

Das Thema ist jedoch kein rein katholisches. Der ökumenisch-sozial-ethische Arbeitskreis Nordrhein-Westfalen sieht durch die gesellschaftliche Entwicklung die Erwerbsarbeit als Grundlage sozialer Sicherung gefährdet und erklärt, dass sich das Verhältnis der Nicht-Normbeschäftigten (befristete Verträge, Teilzeitverträge, Kurzarbeit, ABM, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, Heimarbeit und abhängige Selbstständigkeit) zu den Normbeschäftigten von 1:5 Anfang der 1970er Jahre zu 1:2 Mitte der 1990er Jahre verschoben habe.<sup>67</sup> Der Arbeitskreis plädiert für eine stärkere Entkoppelung von Einkommen und Arbeitszeit und rückt die gesellschaftliche Partizipation in den Mittelpunkt seiner Argumentation. Weniger ökonomische Aspekte, sondern die Würde des Menschen auf der Grundlage von Bibel und Grundgesetz bilden das Gerüst für christliche Forderungen nach einem Grundeinkommen: »Während bisher die verschiedenen Hilfen zum Lebensunterhalt vom Stigma der Armenfürsorge geprägt sind, und durch hochgradig bürokratisierte Anspruchs- und Regelungsmechanismen jeder zweite Sozialhilfeempfänger sich im Apparat der Sozialverwaltungen verloren fühlt, zudem vielen Menschen aus Scham oder Stolz Ansprüche auf Hilfen zum Lebensunterhalt nicht wahrgenommen haben, würde ein Grundeinkommen als elementares Recht jedes Menschen die Autonomie und Würde der Betroffenen achten. Zudem haben die Erwerbsarbeit und andere Tätigkeitsformen wichtige Funktionen und Bedeutungen für die personale und soziale Identität der Menschen, die nicht durch ein Grundeinkommen allein kompensiert werden können. In diesem Sinn geht es darum, das Recht auf ein Grundeinkommen und das sozialethische Recht auf Erwerbsarbeit zu koppeln: Das Grundeinkommen soll nicht – wie es bisher bei der Sozialhilfe der Fall ist – wegfallen, sobald ein zusätzliches Einkommen erzielt wird. Es müsste vielmehr festgelegt werden, bis zu welchem Erwerbseinkommen das Grundeinkommen anrechnungsfrei bleibt und in welcher Höhe und in welchen Stufen es dann besteuert wird, bis es ab einem bestimmten Betrag eines Erwerbseinkommens gänzlich wegfallen kann. [...] Die entscheidende Voraussetzung für die Teilung der vorhandenen Erwerbsarbeit bleibt jedoch die Gewährung eines Grundeinkommens, da nur so ein Abgleiten in Armutprozesse verhindert werden kann.«<sup>68</sup> Die

67 Siehe Auf dem Weg zu einer Neubestimmung von Arbeit, Einkommen und Leben – Thesen zur Arbeit der Zukunft. Hrsg. vom Ökumenisch-Sozialethischen Arbeitskreis Nordrhein-Westfalen. Bochum 2000. Kap. 4.  
[Http://www.kda-ruhr.de/kda-ruhr\\_Thema\\_ZdA\\_oekum-soz-eth-AK-NRW\\_2000.html](http://www.kda-ruhr.de/kda-ruhr_Thema_ZdA_oekum-soz-eth-AK-NRW_2000.html).

68 Ebenda. Kap. 9.

sozial-psychologischen Schwierigkeiten sind den AutorInnen des Papiers dabei durchaus bewusst, weshalb sie es als wichtige Aufgabe betrachten, den Menschen eine Identität jenseits der Erwerbsarbeit vermitteln zu können.<sup>69</sup>

Vor kurzem gab die Synode des Kirchenkreises Herne ein Papier heraus, in dem der Druck auf Arbeitslose deutlich kritisiert wurde, denn sie litten ja bereits deutlich unter Ausgrenzung und eben ihrer Arbeitslosigkeit.<sup>70</sup> Ziel des Vorstoßes war die Forderung nach Vollbeschäftigung in Erwerbsarbeit. Mit diesem sicher wenig originellen Ansatz hat sich das protestantische Arbeitsethos selbst ein Bein gestellt, in dem die AutorInnen von den tatsächlichen ökonomischen Realitäten abheben. Darüber hinaus zeigt sich allerdings deutlich der Diskussionsstand in weiten Kreisen der Gesellschaft.

#### 2.5.4 Vorschläge aus dem (links-)bürgerlichen Lager

In der traditionell dem grün-alternativen Spektrum nahestehenden »tageszeitung« ging Ulrike Herrmann – wie bereits erwähnt – hart mit der Hartz-Kommission ins Gericht, die davon ausginge, dass Erwerbsarbeit vor Armut schütze. Stattdessen werde die Armut innerhalb der unteren Schichten nur umverteilt, da nie thematisiert werde, dass zehn Prozent der Deutschen knapp die Hälfte des gesamten Privatvermögens besäßen. Sie plädiert für höhere Steuern auf Zinsen und Erbschaften und schließt: »Die Sozialhilfe für 8 Millionen Reiche ist kein Thema, aber man beschäftigt viele tausend Beamte, um die Hilfen für die Ärmsten auf den Cent genau zu berechnen. Die einen sprechen über Hartz, die anderen über die ›Sintflut‹. Das ist übrigens kein Gegensatz – sondern das gleiche Thema. Denn die Wassermassen erinnern uns daran, dass es ökologische Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums gibt.«<sup>71</sup>

Damit benennt die Autorin klassische grüne Gedanken, die die Grünen jedoch längst aufgegeben haben. Auf der Suche nach der »Teilhabe-Gesell-

69 Siehe ebenda. Kap. 14.

70 Siehe Es sollte kein Armer unter Euch sein (5. Moses 15,4) oder: technischen Fortschritt in sozialen Fortschritt übersetzen. Anfragen an die Agenda 2010 der Bundesregierung. Im Auftrag der Synode des Kirchenkreises Herne beschlossen und hrsg. vom Sozialausschuss des Kirchenkreises Herne. Herne 2003. S. 2.

71 Ulrike Herrmann: Sozialhilfe für Millionäre. In: »die tageszeitung«. Berlin. 17./18. August 2002. S. 11.

schaft« plädiert Ralf Fücks von der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung für Investivlohnmodelle und ein Startkapital, das jeder Bürger bei Volljährigkeit erhalten und nach dem Verantwortungsprinzip nutzen solle.<sup>72</sup> Während dies eventuell noch interessant klingen mag, betreiben bündnisgrüne Parlamentarier neoliberale Realpolitik. Thea Dückert MdB etwa möchte die Teilzeitmauer einreißen und Arbeit im Bereich zwischen 326 und 850 Euro attraktiver machen, denn gerade hier lägen große Potentiale ungenutzt. Das Niveau jeder Grundsicherung solle daher deutlich unterhalb der unteren Lohngruppen liegen.<sup>73</sup> Dieses Lohnabstandsgebot des grünen Modells wird von der PDS, die gleichzeitig einen Mindestlohn fordert, kritisiert.<sup>74</sup> Garms skizziert die Durchsetzungsschwierigkeiten der Grünen und die Verwässerung ihrer Forderungen an einem konkreten Beispiel: »Interessant die Umsetzung der Forderungen durch die SPD 89 im rot-grünen Senat in Berlin: Als die AL (DIE GRÜNEN) damals eine 33% ige Erhöhung forderte, sperrte sich die SPD, bis die Forderung vom Tisch war. Danach forderte sie immerhin noch eine 10% ige Erhöhung, was aber damals von den anderen Bundesländern abgelehnt wurde. Vielleicht ist ja bei der rot-grünen Regierung noch in dieser Legislaturperiode bis 2002 eine Erhöhung der Sozialhilfe um 5% drin, da die Sozialhilfe ja eine Grundsicherung ist und die jetzige Sozialhilfe auch nach Erkenntnis der SPD-Fraktion im Bundestag nicht ausreichend ist.«<sup>75</sup>

Eine interessante Überlegung stammt von den Grünen-nahen AutorInnen Opielka und Stalb: Diejenigen, die ohne Lohnausgleich auf Teilzeitarbeit wechseln, sollten für das Einkommen aus den ersten 20 Wochen-Arbeitsstunden steuerlich deutlich begünstigt werden. Dies könnte beschäftigungspolitisch positive Aspekte zur Folge haben, denn damit »würde neben Einkommenshöhe und Familienstand auch die Zahl der Wochenarbeitsstunden zu einem Kriterium der Steuerbemessung.«<sup>76</sup> Behutsam kritisierte die Grüne

72 Siehe Ralf Fücks: Wege zur Teilhabe-Gesellschaft. Demokratie braucht eine ökonomische Basis. In: Perspektiven im grünen Format. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin. Jg. 1. 2002. Nr. 2. S. 1f.

73 Siehe Thea Dückert: Zukunftsfähige Sozialpolitik. In: Perspektiven im grünen Format. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin. Jg. 1. 2002. Nr. 2. S. 2.

74 Siehe Christian Brütt: Linksradikale Suche nach dem Sozialstaat. Die Existenzgeldforderung und ihre bürgerliche Konkurrenz. In: AK – Analyse & Kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis. Hamburg. Jg. 7. Nr. 421, 17. Dezember 1998.

75 Garms: »Wer nicht arbeitet ...«. Kap. 8.

76 Michael Opielka / Heidrun Stalb: Das garantierte Grundeinkommen ist unabdingbar, aber es genügt nicht. In: Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven

Michaele Schreyer Forderungen nach Grundeinkommen: »Eine Ökologie- und Sozialverträglichkeit des gesamten ökonomischen Bereichs soll erfolgen, indem mehr Menschen den unökologischen und in seinen sozialen Dimensionen negativ eingeschätzten Sektor verlassen und mit der Einkommensabsicherung des ME [Mindesteinkommens] eine Alternativökonomie aufbauen. Als Perspektive für die Gesellschaft 200X wird also eine Dualwirtschaft in Kauf genommen, in der von ME lebende Öko-Freaks die sozialen und ökologischen Schäden auszugleichen versuchen, die von im hochtechnisierten Industriesektor gut verdienenden Computerpoppers verursacht wurden.«<sup>77</sup> Diese Kritik freilich muss ernst genommen werden und deutet in die Richtung eines radikalen gesellschaftlichen Umbaus mit gesetzlich begrenzter maximaler Arbeitszeit, steiler Steuerprogression und konsequentem sozialökologischen Umbau.

Von der Linken als reaktionäre Modelle geschmäht, haben bürgerliche Parteien häufig »Bürgergeld-Modelle« entwickelt, die eine gesockelte Grundsicherung mit dem Zwang zur Übernahme gesellschaftlich relevanter Tätigkeiten verbinden. Garms erläutert hierzu: »Mittel- und langfristiges Ziel der CDU (und auch der FDP) ist es, alle Sozialleistungen zu kombinieren und bei etwa 1100 Mark einzufrieren. Und für die CDU ›ist die Sozialhilfe die soziale Grundsicherung‹. Angestrebt bei den Modellen, für die insbesondere Kurt Biedenkopf die Vorarbeiten leistete, ist die Kombination der Sozialleistungen, z.B. Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld usf. zu einem einheitlichen Geldbetrag (›Bürgergeld‹ oder ›Negative Einkommenssteuer‹ für Einkommensschwache), der von einer Verwaltungsinstitution, dem Finanzamt, auszuzahlen sei. Das Modell der Negativen Einkommenssteuer geht davon aus, dass bei der entsprechenden Institution Finanzamt ähnlich wie ein Einkommenssteuerausgleich ein ›negativer Einkommenssteuerausgleich‹ zu leisten sei. Diese Institution zahlt dann das an einer bestimmten Summe fehlende Geld aus. Dies ist allerdings damit verbunden, dass die differenzierten Sozialleistungen dann wegfallen. An diesem Modell wurde und wird auf vielfältige Weise Kritik geübt: So ist festzustellen, dass eine Deckelung und Beschränkung auf – für 1999 berechnet –

— einer Forderung. Hrsg. von Michael Opielka und Georg Vobruba. Frankfurt am Main 1986. S. 84.

77 Michaele Schreyer: Mindesteinkommen – Stolper- oder Meilenstein für eine grüne Zukunft? Ebenda. S. 162.

1100 Mark ohne zusätzliche sozialpolitische Maßnahmen eine knappe Unterschreitung des jetzigen Sozialhilfeniveaus bedeuten würde.«<sup>78</sup>

Die FDP schlägt eine negative Einkommenssteuer vor, die vor allem die Funktion besitzen soll, Niedriglöhne zu subventionieren: Am Primat des Arbeitsmarktes wird nicht gerüttelt, eine Entkoppelung von Lohnarbeit und Existenzsicherung ist nicht vorgesehen. Die Österreichischen Liberalen (»Liberales Forum«) hingegen vertreten ein Grundeinkommenmodell.<sup>79</sup>

Die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen schlägt vor, Erwerbsarbeit durch »Bürgerarbeit« zu ergänzen. Der bisherige Arbeitsbegriff müsse von seiner Lohnarbeitszentriertheit befreit werden, auch ehrenamtliche Tätigkeiten sollen künftig als Arbeit anerkannt werden. Eine Vergütung soll vorwiegend immateriell erfolgen oder über Möglichkeiten zur kostenfreien Nutzung öffentlicher Einrichtungen.<sup>80</sup> Der Arbeit der Kommission haften allerdings gravierende Schönheitsfehler an: Es gab nicht einmal – wie im Falle der Hartz-Kommission mit dem Leipziger OB Tiefensee – eine »Alibi-Ossi, keines der Mitglieder der Kommission hatte eine ostdeutsche Biografie; der bayerische Armutsbericht blieb unveröffentlicht und konnte somit als überprüfbare Grundlage für die Arbeit der Kommission kaum dienen, während die Erstellung eines Armutsberichts für Sachsen im Vorfeld von der sächsischen CDU stets rigoros abgelehnt worden war.«<sup>81</sup>

Als beispielhaft für links-bürgerliche Grundeinkommensvorschläge kann jener von Roberts gelten: Er schlägt ein unbedingtes Grundeinkommen in Höhe des Existenzminimums vor, bei einem einheitlichen Steuersatz auf alle Einkommen mit leichter Progression und unter Abschaffung sämtlicher Steuervergünstigungen. Mindestlohn, festgelegtes Pensionsalter, Arbeitsschutz, Entlassungsabfindungen, Mieterschutz und Beschränkungen der

78 Garms: »Wer nicht arbeitet ...«. Kap. 9.

79 Siehe Mario Palaschke: Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder Grundeinkommen für alle? In: Momentum2002. Mitteilungen der österreichischen Sozialliberalen. Wien. Jg. 1. 2002. Nr. 1. S. 9. – Siehe auch <http://www.sozialliberale.net/momentum1.pdf>.

80 Nach Christian Brütt: Linksradikale Suche nach dem Sozialstaat. Die Existenzgeldforderung und ihre bürgerliche Konkurrenz. In: AK – Analyse & Kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis. Hamburg. Jg. 7. Nr. 421, 17. Dezember 1998.

81 Monica Lochner-Fischer / Gisela Schwarz: Zum Zukunftsbericht Bayern und Sachsen: Da bleibt Frau die Spucke weg ... Nürnberg 1998.  
[Http://home.t-online.de/home/m.lochner-fischer/archiv/archiv09.htm](http://home.t-online.de/home/m.lochner-fischer/archiv/archiv09.htm).

Arbeitszeit sollen ebenso wegfallen wie Arbeitsbeschaffungsprogramme überflüssig würden.<sup>82</sup>

Kuettel erteilt der Praktikabilität einer Strategie der generellen Lohnsenkung, wie von neoliberaler Seite implizit betrieben, ebenso eine Absage und kritisiert auch »High-Tech-Strategien«, innerhalb derer dann im öffentlichen Sektor Stellen geschaffen werden, nur um die Menschen beschäftigungstherapeutisch zu versorgen.<sup>83</sup> Da die radikalen Strukturveränderungen des Arbeitsmarktes nicht mehr mit dem Vollbeschäftigungskonzept fordristischer Prägung in Einklang zu bringen und aber auch die sozialen Sicherungssysteme im Wesentlichen lohnarbeitszentriert seien, sieht er den Ausweg aus der derzeitigen Krise nur in der Einführung eines Grundeinkommens.<sup>84</sup> Einer der prominentesten Vertreter dieser Forderung unter den Theoretikern ist Philippe van Parijs.<sup>85</sup> »Van Parijs zufolge muss die ideale Gesellschaft *immer* formale Freiheit und Gleichheit in Form von Rechten mit realer Freiheit und Chancengleichheit in Form von Mitteln verbinden. Da die Lebenspläne und die Fähigkeiten der Menschen unbekannt bleiben und nicht nach objektiven Kriterien perfektionistisch beurteilt werden, muss das UBI [Unconditioned Basic Income = Unbedingtes Grundeinkommen] so hoch angesetzt werden wie möglich, um nicht eine Person gegenüber einer anderen zu diskriminieren.«<sup>86</sup>

Sicher mag es strittig sein, ob die Ideen des belgischen Philosophen Philippe Van Parijs tatsächlich unter »linksbürgerliche« Vorschläge subsumiert werden können. Ein Parteiprogramm jedweder Partei unterscheidet sich zwangsläufig von seiner Textsorte her von philosophischen Gedankengebäuden. Van Parijs versucht in seiner Sozialphilosophie das Maximum an Freiheit mit dem Maximum an (sozialer) Sicherheit zu verbinden. Er begründet die Forderung nach einem allgemeinen, bedingungslosen Grundeinkommen weder allein aus der Produktivkraftentwicklung noch rein naturrechtlich, sondern führt unverdiente, natürliche Ressourcen wie Land und

82 Siehe Keith Roberts. Ein Plan zur Einführung eines Basiseinkommens. Seine Vorteile für Industrie und Gewerbe. In: Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Hrsg. von Michael Opielka und Georg Vobruba. Frankfurt am Main 1986. S. 100.

83 Siehe Kuettel: Basic Income. S. 39ff.

84 Siehe ebenda. S. 42.

85 Siehe Philippe Van Parijs: Basic Income European Network. VIIIth International Congress. Berlin, 6–7 October 2000. Basic income: A Simple and Powerful Idea for the 21st Century. Background paper. – Eichler: Armut. S. 15.

86 Eichler: Armut. S. 91.

Wasser an, die von keinem Menschen geschaffen wurden, aber gratis ökonomisch vernutzt werden. Es handele sich damit um Reichtum, der ohne menschliche Tätigkeiten vorhanden ist, den Menschen aufgrund von Erbschaft, Naturaneignung oder Ähnlichem jedoch besitzen. Der Anteil an kollektiven Ressourcen solle nun zum Wohle aller Menschen wachsen, während sie heute vor allem zur Profitmaximierung zugunsten weniger dienen.<sup>87</sup> Ein allgemeines Grundeinkommen würde kompensieren, dass de facto der Besitz an den genannten Ressourcen ungleich verteilt ist.

### 2.5.5 Vorschläge aus sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien

Die Sozialdemokraten halten im Wesentlichen an traditioneller, keynesianisch orientierter Arbeitsmarktpolitik fest, wenn sie nicht gar neoliberale Politik betreiben oder einen Kompromiss aus beidem versuchen, was sich unter den heutigen Bedingungen als »Integration in den Arbeitsmarkt auch auf Kosten einer Absenkung und Konditionierung dafür hinderlicher Sozialleistungen; [...] Verschärfung der Pflichten zur Wiederaufnahme von Arbeit«<sup>88</sup> liest. Deutlich formulieren Schröder und Blair ihr Plädoyer für prekäre Beschäftigung: »Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit, denn sie erleichtern den Übergang von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung.«<sup>89</sup> Durch staatliche Beschäftigung zu erreichende lebenslange Existenz sichernde Erwerbsarbeit wird als emanzipatorische Maßnahme angesehen, unter anderem auch als Schlüssel für weibliche Unabhängigkeit und Menschenwürde.<sup>90</sup> Andere Töne hört man etwa von Oskar Lafontaine: Dieser kämpft für eine Befreiung der Arbeit und eine Befreiung von der Arbeit.<sup>91</sup> Peter Glotz trat 1986 für eine Umverteilung aus den

87 Siehe Christian Fuchs: Informationsgesellschaftlicher Kapitalismus und die Forderung nach einem universellen, bedingungslosen Grundeinkommen. O.O. 2002.

<http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/infogestechn/grundeinkommen.html>.

88 Wolfgang Merkel: Soziale Gerechtigkeit? Rede anlässlich der Tagung der Programmkommission der SPD am 16. Dezember 2000. O.O. 2000.

<http://www.spd.de/servlet/PB/menu/1010043/index.html>.

89 Gerhard Schröder / Tony Blair: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag. [Bonn 1999.] S. 14.

90 Siehe Monica Lochner-Fischer / Gisela Schwarz: Zum Zukunftsbericht Bayern und Sachsen: Da bleibt Frau die Spucke weg .... Nürnberg 1998.

<http://home.t-online.de/home/m.lochner-fischer/archiv/archiv09.htm>.

91 Zitiert nach Ronald Blaschke: Arbeit um jeden Preis? Über die Arbeit der Arbeitslosen-



Produktionsgewinnen ein und kritisiert ein durch Einkommenssteuern finanziertes Grundeinkommen: »Denn bei einem sich erweiternden Anteil der Nichtarbeiter würde ja eine immer kleinere Zahl von Arbeitenden eine immer größere Zahl von Nichtarbeitenden alimentieren müssen – wodurch das Garantieeinkommen seinerseits immer weiter sinken müßte ... Ein Konzept progressiver Verarmung.«<sup>92</sup> Glotz fragte sich allerdings, ob die menschliche Arbeit überhaupt in Zukunft eine vernünftige Bemessensgrundlage für das Einkommen darstellen könne<sup>93</sup> und sprach sich gleichzeitig für eine gerechte Verteilung noch notwendiger und vorhandener Arbeit aus. An intelligenten Vordenkern hat es der deutschen Sozialdemokratie selten gemangelt, häufig hingegen ihren Ideen an Durchsetzungskraft.

Interessante Ideen beinhaltet auch der Bericht der Projektgruppe »Zukunft der Arbeit«. Die Gruppe setzt auf individuelle Arbeitszeitpolitik, Ausweitung der Leiharbeit und auf Erwerbsarbeit basierende soziale Sicherungssysteme.<sup>94</sup> Da die Erwerbsquote steige, die Bedeutung der Erwerbsarbeit also zunehme, müsse sie nur umverteilt werden.<sup>95</sup> Darüber hinaus denken die SPD-Strategen über einen Dritten Sektor (ÖBS = Öffentlicher Beschäftigungssektor) nach, wie er unter der rot-roten Regierung in Mecklenburg-Vorpommern ja bereits geschaffen wurde. Die Projektgruppe plädiert dafür, »am Ziel der gesellschaftlichen Integration durch Erwerbsarbeit festzuhalten. Dem entspricht, dass das soziale Sicherungssystem auch in Zukunft im Grundsatz an der Erwerbsarbeit anknüpfen sollte. Das heißt im Grundsatz, dass der Zugang zum Sozialsystem auch in Zukunft im Regelfall durch Erwerbsarbeit vermittelt werden sollte und dass die Geldleistungen aus dem Sozialsystem im Regelfall an dem Ziel einzurichten sind, ausfallendes Erwerbseinkommen zu ersetzen.«<sup>96</sup>

— initiative Sachsen. In: Arbeit – auf Teufel komm raus? Workshop vom 26. April 2001 »Politische Strategien für eine menschenwürdige Gestaltung von Arbeit und Leben«. Hrsg. von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Teil 2. Dresden 2001. S. 15.

92 Peter Glotz: Freiwillige Arbeitslosigkeit? Zur neueren Diskussion um das »garantierte Grundeinkommen«. In: Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Hrsg. von Michael Opielka und Georg Vobruba. Frankfurt am Main 1986. S. 141.

93 Siehe ebenda. S. 142.

94 Siehe Zukunft der Arbeit. Bericht der Projektgruppe »Zukunft der Arbeit« des SPD-Parteivorstandes. Berlin 2001. S. 7.

95 Siehe ebenda. S. 8ff.

96 Ebenda. S. 52.

Steuerfinanzierte Sicherungssysteme werden zwar grundsätzlich abgelehnt, da Erwerbsarbeit im Zentrum der Gesellschaft stehen soll, einer bisherige Versicherungssysteme ergänzenden steuerfinanzierten Grundsicherung steht man jedoch aufgeschlossen gegenüber.<sup>97</sup> Dies ist ein offener Widerspruch und zeigt, dass die SPD nicht bereit ist, sich dem einschneidenden gesellschaftlichen Wandel mit Konsequenz zu stellen. Sie geht von der Erwerbsgesellschaft aus – die es so nicht (mehr) gibt –, fordert diese gar, gesteht aber gleichzeitig ein, dass ein großer Teil der Bevölkerung vor Armut durch Nichtteilhabe an der allgemeingültig vorgestellten Erwerbsarbeitsgesellschaft geschützt werden muss. Politik, die aus diesem Widerspruch resultiert, kann in der Tat nur Flickschusterei sein.

Kommunistische Gruppen halten meist am tayloristisch-fordistischen Modell fest. So verlautbart etwa die DKP frei nach Engels, Arbeit stifte Gesellschaft, »Arbeit unterscheidet uns vom Tier, Arbeit ist der Halt von Geist und Seele und macht uns gesellig und verändert uns selbst – was braucht es mehr, ein Menschenrecht zu begründen.«<sup>98</sup> Nur selbstverständlich, dass die Grundlage der Erwerbsarbeit für soziale Sicherung von dieser Seite ebenso wenig angetastet wird wie bei den Sozialdemokraten und keine Überlegungen zum Thema Grundeinkommen angestellt werden. Wenngleich durch propagierten Klassismus von ihnen getrennt, ergibt sich somit nahezu zwangsläufig eine unheilige Allianz zwischen manchen Kommunisten und dem politischen Lager der »Arbeitgeber«. Letztere fürchten die Abschaffung des Arbeitszwanges, da ihre Macht sich allein durch die Unfreiwilligkeit der Arbeit aufrechterhalten lässt. »Lange konnten sie mit der Unterstützung der unfreiwillig Arbeitenden rechnen. Denn es galt als selbstverständlich, daß, wer nicht arbeitet, auf Kosten der Arbeitenden lebt und daß folglich der Arbeitszwang für alle gelten müsse. Bis heute verteidigen die traditionelle Linke und die neoliberale Rechte diese Behauptung.«<sup>99</sup>

97 Siehe ebenda. S. 55.

98 Parteivorstand der DKP: Für Arbeit und Menschenwürde. Gegen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Arbeitsverhältnisse und Ausgrenzung. In: Marxistische Blätter. Essen. Jg. 36. 1998. H. 3. S. 63.

99 Gorz: Arbeit. S. 121.

## 2.5.6 Vorschläge aus dem undogmatischen linken Spektrum

Interessant sind die einem solchen Arbeitsverständnis entgegengesetzten theoretischen Überlegungen aus dem linksradikalen Spektrum, von Anarchisten, Anarchosyndikalisten und aus dem Krisis-Umfeld. Bereits Erich Mühsam bezeichnete das Hinnehmen von Armut, während es Reichtum gibt, als geistiges Versagen, als »Unempfindlichkeit der Seele gegen die Beleidigung, Werte schaffen zu müssen, an deren Genuß der Schaffende keinen Anteil hat, und von denen, für die sie geschaffen werden, unter Hungerdruck das Recht erbetteln zu müssen, zu solch ertraglosem Schaffen überhaupt zugelassen zu werden.«<sup>100</sup>

Bräuner geht davon aus, dass ein Grundeinkommen, er nennt es Existenzgeld, – anders als etwa eine Grundsicherung – »kapitalistische Verwertungslogik« unterminiert: »Sichtbar wird lediglich, daß in dieser Gesellschaft sozialer und rechtlicher Schutz mit zunehmender Entfernung von Arbeit und vom Arbeitsleben systematisch unterminiert wird. [...] Arbeit ist ein Kostenfaktor in der Berechnung von Mehrwert – mehr nicht! Wo Arbeit sich nicht rechnet, ist sie kein Recht mehr. Es offenbart sich nun aber an dieser Stelle darüber hinaus auch noch, daß neben der Verwertungslogik noch eine zweite Logik existiert, die Herrschaftslogik! Diese zeigt sich nach außen zunächst als ›Wohltätigkeit‹ [...] Doch wohl darum, um nicht offen zugeben zu müssen, daß Arbeit ein von der Logik der Kapitalverwertung her bestimmtes ›Recht‹ ist, also überhaupt gar kein wirkliches Recht sein kann. Grellstens zeigt sich hier, daß Kapitalismus wegen seiner innerlich bestimmenden Logik der Kapitalverwertung überhaupt unfähig ist, originär soziale Rechte zu garantieren. Genau hier, an eben dieser Stelle, setzt die Forderung nach Existenzgeld an. [...] Dann aber ist die Forderung nach Existenzgeld gleichbedeutend mit der Forderung, kapitalistische Verwertungslogik und die aus dieser Verwertungslogik abgeleiteten ›Rechte‹ (hier vor allem das Recht auf Arbeit) tatsächlich nicht mehr als bestimmende Grundlage der gesellschaftlichen Wirklichkeit akzeptieren zu wollen.«<sup>101</sup>

Lechthaler hingegen warnt aus ökosozialistischer Perspektive vor einer Spaltung der Gesellschaft in jene, die nur vom Grundeinkommen leben, und

100 Erich Mühsam: Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat. Was ist kommunistischer Anarchismus? Berlin o. J. S. 105.

101 Werner Bräuner: Existenzgeld, eine Einführung aus anarchistischer Sicht. In: Müßiggangster. Kontemplationsblatt der glücklichen Arbeitslosen. Berlin. Jg. 3. 2000. Nr. 3. – Siehe auch <http://www.diegluecklichenarbeitslosen.de/diesseite/seite/316.htm>.

denjenigen, die ihre Arbeitskraft weiterhin dem hochproduktiven Sektor anbieten. Er sieht eine Allianz von ArbeiterInnen und KapitalistInnen gegen die Unproduktiven drohen. Er fordert deshalb Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, Einführung einer Grundsicherung und eine Ausdehnung des Prinzips der Lohnarbeit auf weitere Sektoren des Lebens: »Wenn Kreation von Mode und Life-Style Profit abwirft, müssen Punks und Streuner für ihren Beitrag entlohnt werden. Wenn kreativer Umgang mit Computer-Netzwerken gesellschaftliche Werte sichert, müssen Hacker und die Linux-Community mit Monatsgehältern ausgestattet werden.«<sup>102</sup>

Damit würden auch die Bereiche des Lebens, die dies bislang noch kaum betrifft, kapitalistischer Verwertungslogik unterworfen. Im Gegensatz dazu stehen die Lebensentwürfe von »Aussteigern«, die so viele Bereiche des Lebens wie irgend möglich der kapitalistischen Verwertungslogik entziehen möchten. Alternative Subsistenzbereiche aber werden vom linksradikalen Standpunkt aus oft heftig kritisiert. Zelik beispielsweise führt aus: »In Wirklichkeit ist die Flucht in alternative Subsistenzbereiche das genaue Gegenteil einer antikapitalistischen Strategie. Sie führt zur Selbstaussbeutung in prekären Arbeitsverhältnissen und ist völlig kompatibel mit der kapitalistischen Tendenz, immer mehr Menschen aus dem Verwertungsprozeß auszuschließen. [...] Für viele MalocherInnen stellt nämlich Lohnarbeit – wenn sie nicht völlig verblödet ist – etwas durchaus Positives dar: soziale Kontakte, Weiterbildung, Anerkennung – eben ›die einzig allgemein akzeptierte Vergesellschaftungsform‹. Es ist relativ elitär, diese Einstellung von vornherein als ›entfremdetes Bewußtsein‹ zu verurteilen. Letztlich muß ein erfolgversprechender, sozialrevolutionärer Ansatz darum bemüht sein, das Recht auf Arbeit mit dem Recht auf Faulheit zu versöhnen. [...] Das Kapital ist nicht nur der Faulheit, sondern auch der Arbeit gegenüber ein höchst widersprüchliches Verhältnis: Kapital entsteht durch Arbeit und tendiert gleichzeitig dazu, sie abzuschaffen. Es eignet sich die menschliche Kreativität an und negiert sie genau dadurch permanent. Es ›kapitalisiert‹ die Freizeit in einer gewaltigen Wachstumsbranche, läßt aber Faulheit als unerträgliches Laster erscheinen.«<sup>103</sup>

102 Boris Lechthaler: (ÖKO-)Sozialismus statt Grundeinkommen! In: Versorger. Linz. Jg. 10. 1999. Nr. 49. – Siehe auch <http://www.servus.at/VERSORGER/49/existenz2.html>.

103 Raul Zelik: Existenzgeld – Die Entkopplung von Arbeitszeit und Einkommen. O.O. 1999. <http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/exg-cont.html>.

Der radikalen Linken geht es vorrangig um eine Zertrümmerung derzeitiger Herrschaftsideologien, die von einer Forderung nach Grundeinkommen unterstützt werden könnte. Dieser Kampf könne zu einer Klammer für das moderne Proletariat werden, in der sich prekär Beschäftigte, ImmigrantInnen, unbezahlte Hausfrauen und -männer, Erwerbslose und unter Lohndruck geratene Werktätige zusammen finden könnten.<sup>104</sup> Hier manifestiert sich der unerfüllte Traum der radikalen Linken, an der Spitze einer breiten sozialen Bewegung zu stehen.

Breuer und Hübner rechnen in Anlehnung an André Gorz vor, dass, wenn der höchste Stand der Technik heute überall angewandt würde, die Arbeitslosigkeit durch Rationalisierungsmaßnahmen auf 38 Prozent stiege, was einen Kollaps bestehender Sicherungssysteme nach sich zöge. Durch Versteuerung des Kapitalertrags bei Abschaffung der Lohnnebenkosten könne ein Grundeinkommen finanziert werden. Dies würde allen bislang unterdrückten Gruppen und Individuen finanzielle Unabhängigkeit erlauben. Arbeiten, die heute als minderwertig angesehen werden, weil sie keine (oder kaum) Einkommen erfahren, würden somit aufgewertet werden.<sup>105</sup> Damit wäre auch der »Fetisch Lohnarbeit« (nach Karl Reitter) entzaubert. Reitter argumentiert, da die Gesellschaft selbst der Produktionsapparat sei, solle ein Teil dieses gesellschaftlichen Reichtums gleichmäßig auf alle Mitglieder aufgeteilt werden. »Wenn etwas Pathos gestattet ist: das Grundeinkommen ermöglicht es, Hier und Heute den Kampf um die nachkapitalistische Gesellschaft zu beginnen.«<sup>106</sup> Reitter analysiert die Auflösung sozialer Identitäten. Er schreibt: »Gegenwärtig sind wir Zeugen massiver Transformationen der alltäglichen Lebenssituation der Menschen. Als wichtigste ist zu nennen, daß sich die sozialen Identitäten tendenziell immer mehr auflösen. Begriffe wie »Arbeiter«, »Student« oder »Hausfrau« werden zunehmend zu trügerischen und brüchigen Fehlbegriffen, die die Stellung in der Gesellschaft, die Lebensläufe aber auch das Selbstverständnis der Individuen mehr verschleiern, statt erhellen. Tatsächlich oszillieren immer mehr Individuen im Dreieck Arbeit, inklusive prekärer Formen (Teilarbeit, Leiharbeit), Ausbildung (Studium, Kurse, Umschulungen) und offenen sowie versteckten Formen von Arbeitslosigkeit. Dazu gesellt sich zunehmend ein

104 Siehe ebenda.

105 Siehe Lothar Breuer / Dominik Hübner: Das garantierte Grundeinkommen. Trier 1996. [Http://www.uni-trier.de/uni/krass/bib/96ss-1b.htm](http://www.uni-trier.de/uni/krass/bib/96ss-1b.htm).

106 Karl Reitter: Warum garantiertes Grundeinkommen? Eine Antwort auf Ernst Lohoff. O. O. o. J. [Http://mailbox.univie.ac.at/Karl.Reitter/grundeinkommen.htm](http://mailbox.univie.ac.at/Karl.Reitter/grundeinkommen.htm).

viertes Element, Scheinselbständigkeit. Die Zahl der Selbständigen ist in den letzten Jahren gestiegen, aber viele dieser selbständig Erwerbstätigen sind in Wirklichkeit Arbeitnehmer, denen eine reguläre Anstellung verwehrt wird. Die sozialen Identitäten werden brüchig und verschwimmen. Ist z.B. die Person X eine Studentin, die dringend einen Job sucht, (und fallweise einen findet), oder eine Arbeitslose, die studiert, oder eine Hausfrau, die entgegen traditionellen Mustern ihren intellektuellen Interessen nachgeht? Ist die Person Y ein eigenständiger Unternehmer, da er auf Basis eines Werkvertrages ein EDV-System wartet, oder eigentlich ein Arbeitsloser, der sich nun auf eigene Faust durchschlägt? Es ist zumindest gedankenlos, sich in der politischen Argumentation ständig auf soziale Großgruppen zu beziehen, (>die Arbeiter<, >die Studenten<), wo doch in der Realität diese Großgruppen massiven Erosionen unterliegen. Besonders lächerlich ist es, wenn gerade jene, die selbst und ihr gesamtes Umfeld solche Existenzen führen, trotz im Namen abstrakter Entitäten (>die Interessen der Arbeiterklasse ...<) das Konzept des Basiseinkommens verwerfen. Selbstverleugnung gehörte in bestimmten Kreisen der Linken immer schon zu guten [sic!] Ton. Als ein Faktor der Auflösung traditioneller sozialer Identitäten ist die technologische und organisatorische Umstrukturierung der Produktion, aber auch der Verwaltungs- und Forschungsinstitutionen, zu nennen. [...] Die Phase des Fordismus, mit gigantischen Produktionsstätten, tausenden Arbeitern, die täglich das selbe Fabriktor durchschreiten und zu den gleichen Bedingungen arbeiteten, gehört der Geschichte an. Der gigantischen Konzentration der Kapitale entspricht keineswegs die Konzentration der Produktion, im Gegenteil. Auslagerungen, kleine, flexible Einheiten sind das Gebot der gegenwärtigen Epoche. Die technologischen Erfindungen, das Anschwellen des sogenannten tertiären Sektors (Dienstleistungen, Verwaltung) zu Lasten der materiellen Produktion, haben sein übriges getan. Der ehrwürdige Beruf, die kontinuierliche Ausübung der Erwerbsarbeit, gestützt auf fachlich erworbenes Wissen und speziellen Fähigkeiten, verbunden mit einem gesellschaftlich klar umrissenen Habitus, wird vom Job abgelöst.«<sup>107</sup>

Reitter nennt absurde Beispiele wie dies, dass diejenigen, die in den Kursen des Arbeitsmarktservices Arbeitslose auf ihren (Wieder-)Einstieg in das Berufsleben vorbereiten sollen, selbst in der Regel bloß über Werkverträge angestellt sind, also ohne Urlaubs- und Weihnachtsgeld arbeiten,

107 Ebenda.

ohne Arbeitslosenversicherung, ohne Rechte.<sup>108</sup> Ausgehend davon, dass soziale Identität jedoch traditionell vorrangig durch Arbeit entsteht, raube Arbeitslosigkeit dem Menschen diese. Der Kampf um Arbeitsplätze sei also nicht nur ein wirtschaftlicher Kampf, sondern auch ein Kampf um die moralische und rechtliche Integration der unteren Schichten in die Gesellschaft. Damit sei die »sogenannte Verbürgerlichung der Arbeiterbewegung« nicht Resultat ihres Scheiterns, sondern Ergebnis ihres Erfolges. Die Lohnarbeit durchziehe alle Sphären der Gesellschaft, also dürfe, wer nach Arbeitsplätzen ruft, sich nicht wundern »wenn die Werktätigen sich mit den Werten und Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft identifizieren. Radikales Klassenbewußtsein einzuklagen, bedeutet Schizophrenie einzufordern. Das ist wohl niemanden [sic] zuzumuten.«<sup>109</sup> Zwar würde mit der Einführung eines Grundeinkommens die Lohnarbeit nicht abgeschafft, wohl aber die Lohnabhängigkeit. Reitter geht ferner davon aus, dass in unserer entsolidarisierten Gesellschaft das alles entscheidende Argument gegen das Grundeinkommen darin besteht, dass es unmoralisch und illegitim sei, daß ein Teil der Menschen »auf Kosten anderer« lebe. Strategisch führt er deshalb aus, dass das Grundeinkommen nur dann als realistisches Ziel formuliert werden könne, wenn die Akkumulation des Reichtums in den Händen weniger in Frage gestellt werde und wenn immer mehr Menschen den herrschenden gesellschaftlichen Zusammenhang als negativ erlebten und Bedürfnisse nach anderen sozialen Formen laut würden.

In eine Reihe mit bekannteren linksradikalen Forderungen und Überlegungen gehört zweifellos auch das »Epikurlohn-Modell« des Querdenkers und ehemaligen Sozialdemokraten Kalupner. Er betont die Dimension der Umverteilung durch die Zinshöhe und setzt auf Zinssenkungseffekte.<sup>110</sup> Wenige große Kapitaleigner zwängen fast alle ArbeitnehmerInnen und MittelständlerInnen in die Knie. Hebel zur Lösung aus diesem »Herrschaftsbetrug« sei eben der »Epikurlohn«, also ein garantiertes Grundeinkommen für alle.<sup>111</sup>

108 Der diese Zeilen schreibt, befindet sich, als arbeitslos Gemeldeter, zur Zeit in einem Werkvertrag (prekäres Arbeitsverhältnis) zwecks Ausarbeitung eines Papiers zum Thema Grundsicherung!

109 Ebenda.

110 Siehe Rüdiger Kalupner: Über Trick und Trug des Rumpelstilzchen-Clans in Deutschland. O.O. 2003. S. 3 (Manuskript).

111 Siehe ebenda. S. 4.

Ribolits geht von der Absurdität der Tatsache aus, dass die Entwicklung der Produktionsmittel weniger Arbeit für alle ermöglichen könnte, jedoch (fast) alle politischen Akteure sich in der Forderung nach mehr Arbeitsplätzen einig sind. Dabei steige die durchschnittliche Wertschöpfung pro geleisteter Arbeitsstunde auch derzeit massiv an. Die dadurch steigenden Arbeitslosenzahlen (trotz Wirtschaftswachstums und damit einher gehender Umweltzerstörung) deuten nach Ribolits das »Ende der Arbeit« an. Notwendig sei daher die Überwindung des allgemein verinnerlichten Arbeitsethos, denn eingedenk der Marxschen Erkenntnis, dass das Reich der Freiheit erst jenseits der Arbeitsnotwendigkeiten beginne, »gilt es nicht um neue Arbeitsplätze zu kämpfen sondern um das Herstellen gesellschaftlicher Bedingungen, die allen Menschen maximale kulturelle Teilhabe bei einem Minimum an geforderter Arbeit ermöglichen.«<sup>112</sup>

Aus linksradikaler Sicht werden Grundsicherungsmodelle als nicht weit gehend genug abgelehnt, da sie weiterhin die Lohnarbeit ins Zentrum der Gesellschaft rücken und lediglich die bisherigen Sozialversicherungen durch eine steuerfinanzierte Grundsicherung sockeln.<sup>113</sup>

## 2.5.7 Vorschläge und Programmatik der PDS

Die bestehenden sozialen Sicherungssysteme reichen nicht (mehr) aus, um allen EinwohnerInnen der Bundesrepublik Deutschland ein Leben frei von Armut zu ermöglichen. Die vielfach vernehmbaren Forderungen nach »Arbeit, Arbeit, Arbeit«, die im letzten Bundestagswahlkampf auch von der PDS plakatiert wurden, sind in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation nicht nur unrealistisch. »Arbeit, Arbeit, Arbeit« meint häufig nichts anderes »als die Ausweitung von prekärer, nichtexistenzsichernder Beschäftigung in den Randsektoren von Produktion und Dienstleistung, als Risiko-Selbstständige und mit billigem [sic] »Serviceangeboten« (für eine schrumpfende Schicht von vollzeitknüppelnden »Besserverdienern«, die ihr Leben, ihren

112 Erich Ribolits: Die Arbeit hoch? Bildung und Bildungspolitik für eine menschenwürdige Gesellschaft. [Vortrag auf der Veranstaltung »Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften« am 21. November 2001.] [Http://www.oekonux.de/liste/archive/msg04276.html](http://www.oekonux.de/liste/archive/msg04276.html).

113 Siehe Christian Brütt: Linksradikale Suche nach dem Sozialstaat. Die Existenzgeldforderung und ihre bürgerliche Konkurrenz. In: AK – Analyse & Kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis. Hamburg, Jg. 7. Nr. 421, 17. Dezember 1998.



Konsum, Urlaub und Kindererziehung schon gar nicht mehr ohne solchen ›Service‹ organisieren können). ›Mehr Beschäftigung‹ meint eine Ausweitung der Markt- und Ware-Geld-Beziehung noch in die letzten Nischen des Lebens.«<sup>114</sup>

Das Ziel diverser Umbaukonzepte der sozialen Sicherungssysteme liegt zumeist darin, Druck auf das Lohnsystem auszuüben zum unmittelbaren Nachteil der lohnabhängig Arbeitenden. In Übereinstimmung mit zahlreichen sozialen Bewegungen fordert die PDS deshalb einen Mindestlohn<sup>115</sup>, Arbeitszeitverkürzung – mit dem Ziel, vorhandene Arbeit unter möglichst vielen Arbeitswilligen aufzuteilen – und eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung. Vor zehn Jahren – 1993 – hat sich die PDS die Forderung nach einer sozialen Grundsicherung ins Programm geschrieben und dabei die Entkoppelung von Sozialleistungen und individuell geleisteter Erwerbsarbeit betont: »Wir kämpfen um eine bedarfsorientierte Grundsicherung für Menschen aller Altersgruppen, die sich am gesellschaftlichen Durchschnittseinkommen orientiert. Die soziale Grundsicherung soll nicht die herkömmlichen sozialen Leistungen ersetzen, die auf Versicherungsleistung basieren, sondern sie durch steuergünstige Leistungen ergänzen. Die entwürdigende Bedürftigkeitsprüfung wird abgeschafft.«<sup>116</sup>

Während im Programm von 1993 die Grundsicherung bestehende Leistungen lediglich *ergänzen* soll, geht das Programm zur Bundestagswahl 2002 hier weiter: »Ansprüche an verschiedene Sozialleistungseinrichtungen, die in der Summe oft kaum mehr als das Existenzminimum ergeben, kann eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung *unbürokratisch zusammenführen*.«<sup>117</sup> Das Attribut »bedarfsorientiert« signalisiert jedoch, dass die Grundsicherung nur bei Bedarf und nicht, wie in den Forderungen nach Grundeinkommen, an alle BürgerInnen ausbezahlt werden soll. In den Leitlinien der PDS zur Sozialpolitik 1998–2005 heißt es unter Berufung auf Erfahrungen in anderen europäischen Ländern: »Auch wenn die Konzepte zur Umgestaltung sozialer Sicherungssysteme ihren Anstoß vor allem durch

114 Existenzgeld – der König unter den Peanuts. Einkommen statt Trinkgeld! Hrsg. von der Arbeitslosenhilfe Oldenburg. Oldenburg o.J.

[http://www.also-zentrum.de/wir/also\\_alt/ar\\_exis1.htm](http://www.also-zentrum.de/wir/also_alt/ar_exis1.htm).

115 Siehe Partei des Demokratischen Sozialismus: Programm und Statut. Berlin 1998. S. 9f.

116 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Berlin 1993. S. 16.

117 Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft! Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002. Beschluss der 3. Tagung des 7. Parteitages der PDS am 17. März 2002 in Rostock. S. 11 (Hervorhebung vom Autor).

die Finanzkrise der sozialen Sicherungssysteme und durch deutliche Verarmungstendenzen erfahren haben, verstehen wir die soziale Grundsicherung nicht vorrangig als eine Antwort auf Verarmung der Gesellschaft. Vor allem ist sie für uns eine Antwort auf die in ihrem reicher und vielfältiger werden liegenden Möglichkeiten, auf ihren wachsenden geistig-kulturellen Reichtum, auf die Pluralisierung von Lebensstilen und die gewachsene Fähigkeit von Menschen, ihr Leben in und mit der Gesellschaft selbstbestimmt und verantwortlich zu gestalten. Sie ist eine Möglichkeit, Leben und Arbeit menschlicher zu machen. Soziale Sicherung bedeutet vor diesem Hintergrund nicht mehr vorrangig Lohnersatz sondern jedem Menschen aus jeder Lebenssituation heraus Entwicklungschancen zu bieten. Die Steuer- und Haushaltspolitik muss diesen neuen Möglichkeiten, die die Gesellschaft allen Menschen bieten könnte, angepasst werden. Das von der PDS vertretene Modell einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung bedeutet dementsprechend nicht Abbruch der bisherigen sozialen Sicherungssysteme, aber auch nicht ihre Konservierung.«<sup>118</sup>

Interessant ist eine Akzentverschiebung von einer Ergänzung der bisherigen Sicherungssysteme hin zu einer vagen Formulierung, die das Verhältnis zwischen einzuführender Grundsicherung und bestehenden Sicherungssystemen offen lässt. Im Wahlprogramm von 2002 schließlich wird angedeutet, dass die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung die bestehenden Systeme zusammenführen könne: »Die PDS hält an ihrem Ziel fest, eine einheitliche bedarfsorientierte soziale Grundsicherung als Fundament des sozialen Sicherungssystems einzuführen. Nur so kann gewähr/leistet werden, dass niemand mit seinem Einkommen unter die Armuts-grenze von 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens rutscht. Ansprüche an verschiedene Sozialleistungseinrichtungen, die in der Summe oft kaum mehr als das Existenzminimum ergeben, kann eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung unbürokratisch zusammenführen. Sie ist flexibel und offen für die wachsende Vielfalt von Erwerbsbiographien und sozialen Lebensweisen.«<sup>119</sup>

118 Leitlinien der PDS zur Sozialpolitik 1998–2005. In: Pressedienst. Presse- und Informationsdienst des Parteivorstandes der PDS. Berlin. Nr. 36, 3. September 1998.

119 Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft! Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002. Beschluss der 3. Tagung des 7. Parteitagess der PDS am 17. März 2002 in Rostock. S. 11.

Wahlprogramm und Leitlinien fußen auf dem 1996 entwickelten Konzept »Soziale Grundsicherung gegen Armut und Abhängigkeit, für mehr soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben«, das auf dem Schweriner Parteitag 1997 beschlossen wurde. In Anlehnung an Kaltenborn<sup>120</sup> fasst Eichler das Konzept wie folgt zusammen: »Ziel ist ein stark pauschaliertes Grundsicherungssystem, das auf Individuen ausgerichtet ist. Soziale Grundsicherung erhalten alle Menschen, die kein oder nur ein geringes Einkommen beziehen. D. h. RentnerInnen, Arbeitslose und NiedrigeinkommensbezieherInnen. Kinder und Jugendliche erhalten ein bedarfsdeckendes Kindergeld. Einer Person ab 16 Jahren soll eine Pauschale von DM 1.425 zzgl. Krankenversicherungsbeitrag zustehen. Also wird bei geringem Einkommen (egal aus welcher Quelle) auf DM 1.425 aufgestockt, solange das eigene Einkommen unter dieser neuen Armutsgrenze liegt. Allen jüngeren Personen steht ein Betrag zwischen DM 570,- und 740,- zu. Die Höhe des Betrages bemisst sich einerseits an der 50% NEK-Armutregelung, andererseits an einem Warenkorbmodell. Der Warenkorb soll von einer Expertenkommission aus Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften, Betroffenenverbänden und Initiativen zusammengestellt werden. Da die Pauschale nicht explizit das Wohngeld mit einschließt, kann offensichtlich außerdem Wohngeld bezogen werden. Unterhaltsansprüche bestehen nur unter nicht getrennt lebenden Ehegatten und offenbar eingeschränkt zwischen Eltern und Kindern. [...] Offensichtlich soll [...] jegliches eigenes Einkommen voll auf die Grundsicherung angerechnet werden. Die Verwaltung soll weitestgehend von den Sozialämtern an die Sozialversicherungsträger übergehen. Die zusätzlichen Kosten werden auf DM 164,5 Mrd. bis 175 Mrd. geschätzt und werden vom Bund getragen. Die Finanzierung soll v.a. durch Einsparungen und Steuererhöhungen in folgenden Bereichen gesichert werden:

- Die Ausdehnung der (Sozial-)Versicherungspflicht auf alle Erwerbstätigen, eine deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen,
- die Heranziehung des betriebswirtschaftlichen Ertrages als zusätzliche Beitragsbemessungsgrundlage (für die Beiträge zur Sozialversicherung),
- eine Ausdehnung der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer, wie sie von der Einkommensteuer-Kommission vorgeschlagen wurde,
- eine Reduktion steuerlicher Subventionen,

120 Siehe Bruno Kaltenborn: Von der Sozialhilfe zu einer zukunftsfähigen Grundsicherung. 2. Aufl. Baden-Baden 1998. S. 95.

- eine wirksamere Bekämpfung von Steuermisbrauch, -hinterziehung und -flucht sowie
- die Einführung einer Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte.

Das Modell sieht zusätzlich vor, die einmaligen Hilfen, die Arbeitslosenhilfe und das Erziehungsgeld langfristig zu streichen. Für Auszubildende soll eine Mindestvergütung von 40% des NEK eingeführt werden. Eine Mindestlohnregelung soll durchgesetzt werden, die Erwerbseinkommen bei Vollzeitbeschäftigung über der sozialen Grundsicherung sichert.<sup>121</sup>

Ausführlich heißt dies: »Um die Arbeitslosenunterstützung ›armutsfest‹ zu machen, wird in die Arbeitslosenversicherung eine ›Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit‹ integriert. Es wird ein Mindestsockel in Höhe des geltenden sozio-kulturellen Existenzminimums – also in Höhe des Sozialhilfebedarfs – eingebaut: Erwerbslose, die keine Ansprüche gegenüber der Arbeitslosenversicherung aufbauen konnten, erhalten diesen Mindestbetrag, niedrige Leistungsansprüche werden auf den Mindestbetrag aufgestockt. Dadurch werden lohnbezogene Leistungsansprüche nicht ersetzt, sondern unzureichende Ansprüche auf ein existenzsicherndes Mindestniveau aufgestockt. Das Versicherungs- und Äquivalenzprinzip wird um das Bedarfsdeckungsprinzip ergänzt. Der zusätzliche Gang zum Sozialamt entfällt. [...]

Anspruch auf Grundsicherung haben alle Erwerbslosen, die beim Arbeitsamt gemeldet sind und ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen bestreiten können. Analog zur Sozialhilfe umfasst der Grundsicherungsbedarf nicht nur den Lebensunterhalt des/der Arbeitslosen selbst, sondern bei Mehrpersonenhaushalten auch den Lebensunterhalt des Partners / der Partnerin sowie den Lebensunterhalt minderjähriger und unverheirateter, im Haushalt lebender Kinder (›Bedarfsgemeinschaft‹). Denn das Ziel der Armutsbekämpfung kann nur erreicht werden, wenn der nach Haushaltsgröße und -zusammensetzung variierende Gesamtbedarf berücksichtigt und zielgenau abgedeckt wird. Damit wird auch sichergestellt, dass nicht für Angehörige ein zusätzlicher Antrag auf Sozialhilfe gestellt werden muss (›Alle Hilfen aus einer Hand‹).

Die materielle Absicherung von 228.000 Arbeitslosen, die heute ergänzende Sozialhilfe erhalten, und von 379.000 bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen, die ausschließlich Sozialhilfe beziehen (sowie jeweils deren Angehörige), wird unter das Dach der Arbeitsverwaltung zurückverlagert.

121 Eichler: Armut. S.179f.

### Leistungshöhe

Die Grundsicherung entspricht der Summe aller Sozialhilfeleistungen, also den jeweiligen Regelsätzen für die einzelnen Personen, den Unterkunftskosten und den einmaligen Beihilfen. Abweichend zum Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) sollen nur regelmäßig anfallende und standardisierbare Einmalbeihilfen pauschaliert werden. Die Pauschale beträgt 15% des maßgebenden Regelsatzes. Unregelmäßig und/oder nur vereinzelt anfallende Bedarfe wie Umzugskosten, Erstausstattung einer Wohnung usw. werden weiterhin auf Antrag als einmalige Leistung gewährt. BezieherInnen von Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit werden kranken-, pflege-, und rentenversichert.

### Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen

Aus der Orientierung am Bedarfsdeckungsprinzip und dem Abstellen auf den Bedarf auf Haushaltsebene folgt in der Konsequenz, dass im Grundsatz wie bei der Sozialhilfe das Einkommen und das Vermögen der Personen einer ›Bedarfsgemeinschaft‹ berücksichtigt werden. Die ausgezahlte Grundsicherung ergibt sich als Differenz zwischen dem gesamten Grundsicherungsbedarf abzüglich anzurechnendem Einkommen. Dabei wird die Anrechnung im Vergleich zur heutigen ›Bedürftigkeitsprüfung‹ in der Sozialhilfe in einigen Punkten entschärft und weniger restriktiv ausgestaltet: der Freibetrag für das Einkommen des/der Partnerin [sic] wird auf 20% der Erwerbseinkünfte, mindestens jedoch auf die Hälfte des Eckregelsatzes festgesetzt.

Der Vermögensfreibetrag wird auf 4100 EUR pro Person – das ist der Mindestfreibetrag in der Arbeitslosenhilfe – angehoben und somit in etwa verdoppelt. Unterhaltsansprüche des/der Arbeitslosen gegenüber Eltern und Kindern bleiben – ähnlich der Regelung im GSiG – unberücksichtigt. Diese Änderungen sollen gewährleisten, dass das Sicherungsziel der Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit nicht durch weitere Hürden von Anspruchsvoraussetzungen ausgehebelt wird.

Die hier vorgeschlagene Grundsicherung zielt darauf ab, das sozialhilfe-rechtliche Existenzminimum als Mindestsockel in die Arbeitslosenversicherung zu implementieren. Die Tragweite dieses Reformprojektes und die Unterschiede zu den Positionen der anderen Parteien werden jedoch erst in der Gesamtschau mit einem anderen von der PDS vertretenen Reformprojekt, nämlich der Neubemessung des Existenzminimums in der Sozialhilfe, offensichtlich.

Daher sollten bei parlamentarischen Initiativen und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit immer beide Reformprojekte – die bedarfsgerechte Erhöhung der Sozialhilfesätze und deren Übernahme als Mindestsockel in der Arbeitslosenversicherung – benannt werden.

### Finanzierung

Die Ausgaben für die ausgezahlte Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit, die Sozialversicherungsbeiträge an die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie die Mehraufwendungen aufgrund der Öffnung der aktiven Arbeitsförderung für alle Erwerbslosen werden aus Steuermitteln des Bundes finanziert.«<sup>122</sup>

Gleichzeitig schlug die PDS in Schwerin eine umfassende Steuerreform vor, deren Ziel neben radikaler Entbürokratisierung des Steuersystems die Besteuerung von Ressourcenverbrauch statt von Arbeit war.<sup>123</sup> Neben einer Grundsicherung wird in den Schweriner Beschlüssen freilich auch an dem Ziel der Schaffung sinnvoller Arbeitsplätze festgehalten.<sup>124</sup> Allerdings: »Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis, das sich am männlichen Arbeitsleben orientiert, wird für immer weniger Menschen zur Regel.«<sup>125</sup>

Künkler schlägt im Gegensatz zur bisherigen PDS-Position vor, den Grundsicherungsbedarf nicht individuell, sondern analog zur Sozialhilfe am Bedarf von Haushalten zu orientieren. Dies habe den Vorteil, dass damit der Lebensunterhalt für die anderen Mitglieder der so genannten Bedarfsgemeinschaften sichergestellt werden könne, ohne dass zusätzlich ein Anspruch auf Sozialhilfe geprüft werden müsse.<sup>126</sup>

Im Bundestagswahlkampf 2002 spielte die soziale Grundsicherung für die PDS keine übergeordnete Rolle. Die Partei warb jedoch für ihr Konzept mit einem Flyer, in dem die Grundsicherung nicht nur ökonomisch und

122 Martin Künkler: Zukunft der Arbeitslosenhilfe. In: Weg mit der Arbeitslosenhilfe? Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenführen? Hrsg. von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, Dresden 2002. S. 11f. (Sozialpolitik aktuell. 9).

123 Siehe PDS-Positionen für eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben. Beschluß der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS. In: Disput/Pressedienst. Berlin. Jg. 8. 1997. Nr. 1. S. 50f.

124 Siehe Vorschläge zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau. Beschluß der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS. Ebenda. S. 45.

125 Ebenda. S. 47.

126 Siehe Martin Künkler: »Zukunft der Arbeitslosenhilfe«. Im Auftrag der PDS-Bundestagsfraktion, Arbeitskreis Arbeit/Soziales/Gesundheit, MdB Pia Maier. O.O. 2002. S. 43 (Manuskript).

sozial, sondern auch bürgerrechtlich und emanzipatorisch begründet wurde: »Eine aktive Rolle in der Gesellschaft kann nur spielen, wer sich nicht mehr um die nötigsten Dinge im Leben kümmern muss. erst eine gewisse soziale Sicherheit macht persönliche Freiheit möglich. Allen Menschen diese soziale Sicherheit und damit persönliche Freiheit zu geben – das ist Ziel des PDS-Konzepts der sozialen Grundsicherung.«<sup>127</sup>

Die PDS hat ihre Position im Laufe der letzten Jahre also geringfügig – aber vielleicht entscheidend – korrigiert, hält sich jedoch in bezug auf die Zukunft bestehender Sozialsysteme bedeckt, wobei hier insgesamt ein Wandel zugunsten der Ersetzung bisheriger Systeme durch eine Grundsicherung deutlich wird (von 1993 über 1998 zu 2002). Die programmatischen Aussagen spiegeln unterschiedliche Positionen in Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik innerhalb der Partei wider. Im Januar 2003 formulierte der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung in Elgersburg Forderungen, die anlässlich der Veröffentlichung der Arbeitslosenzahlen für Januar 2003 von Gabriele Zimmer in einer Presseerklärung am 5. Februar vorgetragen wurden:

- »– regionalisierte Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung,
- steuerfinanzierter, öffentlicher Beschäftigungssektor,
- abgestimmte Regionalentwicklungsprogramme,
- Sonderwirtschaftsgebiet, auch Innovationsfeld Ost für wirtschaftliche Erneuerung und mehr Beschäftigung,
- konzertierte Investitions- und Standortoffensiven,
- kommunale Infrastrukturinitiative für den Osten.

Die Arbeitslosenzahlen zeigen, dass es kein Vertun mehr geben darf, kein Hinhalten und kein Verwässern konstruktiver Ansätze. Die Menschen in Deutschland brauchen eine aktive Arbeitsmarktpolitik.«<sup>128</sup>

Recht verschieden davon ist die Presseerklärung vom gleichen Tag von Lars Kleba, dem jugendpolitischen Sprecher der sächsischen PDS: »Dieses Land ist einfach nicht mehr in der Lage jedem Menschen Vollbeschäftigung zu garantieren – die Gesellschaft muß sich von dem Glauben lösen in einer industriellen Arbeitsgesellschaft wie in der Zeit des 19. und 20. Jahrhunderts

127 Siehe Soziale Grundsicherung. Menschenwürde braucht soziale Sicherheit. [Flugblatt der] PDS im Bundestag, AG Soziales. [Berlin] 2001.

128 Gabriele Zimmer: 4,623 Millionen Menschen ohne Arbeit – eine Schande! Presseerklärung der PDS vom 5. Februar 2003.

zu leben. Am Beginn des 21. Jahrhunderts muß die Gesellschaft neu darüber nachdenken, was unter Arbeit zu verstehen ist.

Die Lösung könnte darin bestehen, von der Arbeitsgesellschaft zu einer auf freier und notwendiger Tätigkeit beruhenden Gesellschaft überzugehen.

Statt Arbeitslosigkeit zu verwalten und zu finanzieren und die Repressalien gegenüber Erwerbslosen mit dem menschenfeindlichen Hartz-Konzept weiter auszubauen, sollten die finanziellen Mittel für den Einstieg in eine soziale Grundsicherung für alle genutzt werden.«<sup>129</sup>

Einer Position, die sich eher an den traditionellen Forderungen der Gewerkschaften orientiert, steht eine Haltung, wie sie unter anderem von der *Neuen Linken*, aber – wie gesehen – auch von christlichen und anderen Verbänden vertreten wird, gegenüber.

## 2.5.8 Parlamentarische Initiativen der PDS

1993 brachte die PDS auf der Grundlage ihres Parteiprogramms eine Gesetzesvorlage über eine soziale Grundsicherung in der Bundesrepublik Deutschland ein.<sup>130</sup> Nach einem 1996 von der PDS vorgelegten Entwurf würden folgende Personen Grundsicherung erhalten:

- »– Lohnabhängige, deren Einkommen nicht ausreicht, das sie durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse erzielen.
- Arbeitslose, die als solche registriert sind, also auch
- Frauen, die sich arbeitslos melden, auch wenn sie keine vorherigen Anwartschaftszeiten erfüllt haben,
- Frauen und Männer, wenn sie auch und insbesondere als Alleinerziehende Kinder erziehen oder aber Pflegearbeit leisten,
- SozialhilfebezieherInnen, so auch Behinderte, die im Großteil aller Fälle Grundsicherung über das Arbeitsamt erhalten,
- AsylbewerberInnen, Flüchtlinge,
- Ehrenamtlich Tätige (Frauen und Männer), die aber auch als solche gemeldet sein müssen, RentnerInnen über die Rentenversicherung,

129 Lars Kleba: Arbeit anders denken. Pressemitteilung des PDS-Landesverbandes Sachsen. Nr. 11, 5. Februar 2003.

130 Siehe Antrag der Gruppe der PDS / Linke Liste. Vorlage eines Gesetzes über eine soziale Grundsicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Deutscher Bundestag. Drucksache 12/5044, 27. Mai 1993.



- Kinder und Jugendliche (Erhöhtes Kindergeld bis 16 Jahre),
- Jugendliche in Ausbildung über 16 Jahre (Eigenständige Ausbildungssicherung), Studierende (BAFÖG in Grundsicherungshöhe).<sup>131</sup>

Die Höhe soll bei 50 Prozent des Durchschnittseinkommens (etwas über 700 Euro) liegen. Die bisherigen Sozialversicherungssysteme sollen zusätzlich bestehen bleiben, die Sozialhilfe soll abgeschafft, Ehegattensplitting und Kinderfreibetrag gestrichen werden. Die Finanzierung soll vor allem über erhöhte Einkommens- und Vermögenssteuer sowie eine Wertschöpfungsabgabe erfolgen. Steuerhinterziehung und -flucht soll stärker unterbunden werden.<sup>132</sup>

Während seitens der Initiativen und von Sozial- und Politikwissenschaft andere Aspekte im Vordergrund stehen können und sollen, ist die Frage der Finanzierbarkeit eines Grundeinkommens beziehungsweise einer Grundsicherung für eine parlamentarische Kraft, die zumindest langfristig in der Lage sein könnte, diesbezügliche Forderungen politisch durchzusetzen, elementar. Paul Schäfer bemerkte unlängst in »Utopie kreativ«, dass die Menschen nicht nur Recht haben, sondern auch Recht bekommen wollten: »Eine Partei, die soziale Gerechtigkeit auf ihre Fahnen geschrieben hat, muß sich vor allem *wirtschaftspolitisch* profilieren.«<sup>133</sup> Insbesondere den »Reformlinken« weist er die Aufgabe zu, zur Popularisierung auch des Themas der sozialen Grundsicherung beizutragen.<sup>134</sup> Während der Linken – in und außerhalb der PDS – natürlich die Bedeutung und Brisanz des Themas klar ist, sind nicht nur Wege der Umsetzung und Finanzierbarkeit diffus, sondern auch Strategien zur Popularisierung (nicht nur bei »Reformlinken«) unklar. Das paulinische Diktum, eingegangen in die Verfassung der UdSSR »wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« richtet sich eben nicht (nur) gegen die Profiteure des Kapitalismus, sondern gegen die von gesellschaftlicher Teilhabe weitgehend ausgegrenzten unteren Schichten. Hier zeigt sich eine gefährliche Umwertung eines Satzes im Sinne protestantischen Arbeitsethos, denn »im Mund der frühen Arbeiterbewegung war dieser Spruch ein Ar-

131 Nach Garms: »Wer nicht arbeitet ...«. Kap. 2.

132 Siehe ebenda.

133 Paul Schäfer: Die Wahl 2002 und die Krise der PDS. In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 13. 2002. H. 146. S. 1092.

134 Siehe ebenda. S. 1093.

gument gegen die Ausbeuter – gegen Couponschneider und Landrentiers –; in anderem Sinn haben ihn nur Reaktionäre und Faschisten benützt.«<sup>135</sup>

Zumindest im Osten unseres Landes müsste klar sein, dass potentiell jeder von existentiellen Problemen betroffen sein kann. Ein Paradigmenwechsel bis in die Mitte der Gesellschaft hinein ist von heute auf morgen jedoch nicht zu bewerkstelligen. Auf Verständnis und Wählerstimmen allein bei den unmittelbar Betroffenen (immerhin auch mindestens sechs Millionen) zu setzen, wäre jedoch riskant und könnte Sympathien bei der bessergestellten und im Sinne eines protestantisch-bürgerlich-sozialistischen Arbeitsethos sozialisierten Stammwählerschaft verscherzen. Schäfer führt zudem aus, das alle Versuche, bei den Marginalisierten (häufig sind diese auch Nichtwähler) Protestpotential zu organisieren, belegen würden, wie schwierig es sei, sie in die politische Praxis einzubeziehen: »Die existentiellen Sorgen des Alltags scheinen dort übermächtig und blockieren politisches Handeln. Die *outcasts* sind tendenziell ohnmächtig. Parteien, die sich auf die rebellierenden Ausgestoßenen des Kapitalismus stützen wollen, bleiben daher ghettoisiert und letztlich wirkungslos.«<sup>136</sup>

Die Grundsicherung des PDS-Modells soll im Großen und Ganzen als ein die bestehenden Sicherungssysteme ergänzendes Sockelmodell verstanden werden. »Mit der Sockelung wird versucht, die dysfunktionalen Folgen des auf Erwerbsarbeit ausgerichteten Versicherungsprinzips mit einer Mischung aus Fürsorge- und Versorgungselementen aufzufangen.«<sup>137</sup> Dies wird in der oben bereits zitierten Wahlkampfbroschüre deutlich gemacht.

»Jede und jeder soll über ein Einkommen verfügen, das oberhalb der Armutsgrenze liegt. Reicht das eigene Einkommen dafür nicht, wird es durch die soziale Grundsicherung aus Steuergeldern aufgestockt. Die sozialen Sicherungssysteme – Kranken-, Unfall-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung – sollen bestehen bleiben. Die Sozialhilfe als Hilfe zum Lebensunterhalt erübrigte sich. Wer arbeitslos ist, bekäme mindestens einen Betrag in Höhe der Grundsicherung ausgezahlt. [...]

135 Peter Glotz: Freiwillige Arbeitslosigkeit? Zur neueren Diskussion um das »garantierte Grundeinkommen«. In: Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Hrsg. von Michael Opielka und Georg Vobruba. Frankfurt am Main 1986. S. 138.

136 Paul Schäfer: Die Wahl 2002 und die Krise der PDS. In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 13. 2002. H. 146. S. 1099.

137 Kuettel: Basic Income. S. 9.

Nach dem PDS-Konzept stünde die soziale Grundsicherung jeder und jedem zu, wenn alle anderen Einkommen für den eigenen Lebensunterhalt nicht ausreichen – auch bei Krankheit oder Unfall, bei Weiterbildung, Teilzeitarbeit und Verwandtenpflege. Für Vollzeitbeschäftigte sollte künftig ein gesetzlicher Mindestlohn die Existenz sichern und Armut trotz Arbeit verhindern. Rente und Arbeitslosengeld sollen mindestens in Höhe der sozialen Grundsicherung ausgezahlt werden.«<sup>138</sup>

Den potentiellen WählerInnen wird in der Flugschrift vermittelt, eine Grundsicherung könne nur schrittweise eingeführt werden; als Erste sollten Kinder davon profitieren<sup>139</sup> – psychologisch sicher keine ungeschickte Wahlkampfstrategie.

Auch in anderen Politikfeldern, zum Beispiel der Ökologie, wird der soziale Ausgleich als Kern jeder linken politischen Strategie betrachtet.<sup>140</sup> Die bedarfsorientierte Grundsicherung berührt dabei keineswegs nur die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Das Thema fügt sich konsistent in die aktuelle Parteiprogrammatik, da die PDS in ihren Beschlüssen nirgends davon ausgeht, die Erwerbsarbeit solle aus dem Zentrum der Gesellschaft rücken. Auch André Brie<sup>141</sup> verweist zurecht auf die niedrigen Arbeitslosenzahlen in anderen Staaten der EU und zieht den Schluss, dass es offenbar auch im Zeitalter der Globalisierung Spielräume für Beschäftigungsaufbau gebe. Er ist sich dabei allerdings im Klaren darüber, dass die so genannten »Jobwunder« zum Teil auf statistischen Tricks und prekären Arbeitsverhältnissen beruhen. Brie tritt für eine Vollbeschäftigung neuen Typs ein, deren Eckpunkte er wie folgt skizziert:

- »– Arbeitswillige und -fähige Personen sollen Zugang zu existenzsichernder und sozial gesicherter Erwerbsarbeit erhalten können, allen anderen soll durch die soziale Grundsicherung das sozio-kulturelle Existenzminimum garantiert werden. Die Entscheidung für oder gegen Erwerbsarbeit soll eine freiwillige sein;
- das beinhaltet, dass die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und persön-

138 Soziale Grundsicherung. Menschenwürde braucht soziale Sicherheit. [Flugblatt der] PDS im Bundestag, AG Soziales. [Berlin] 2001.

139 Siehe ebenda.

140 Siehe Sachsen gerecht werden: ökonomisch, ökologisch und sozial. Positionen der PDS Sachsen. Beschluss der 1.Tagung des 7. Landesparteitages der PDS Sachsen am 24./25. November 2001 in Glauchau.

141 Siehe Brie: Zukunft. S. 207.

- licher Lebensführung umfassend hergestellt sein soll, was durch drastisch verkürzte und flexibilisierte Arbeitszeiten erfolgen kann;
- das setzt voraus, dass auch Zeiten, in denen das Individuum keiner Erwerbsarbeit nachgeht unter vollem sozialen Schutz stehen;
  - Erwerbsarbeit jedoch muss nachhaltiges, dauerhaft umweltverträgliches Wirtschaften fördern.«<sup>142</sup>

»Vollbeschäftigung neuen Typs« kann nur gelingen als umfassende Transformation der Arbeitsgesellschaft – sowohl in der Sphäre der Erwerbsarbeit als auch der unbezahlten Versorgungsarbeit. Sie ist gebunden an eine Perspektive der nachhaltigen Entwicklungen in ihren drei Dimensionen – ökonomisch, sozial und ökologisch. Dabei geht es nicht mehr vorrangig um mehr Wirtschaftswachstum, sondern um Verteilung und umweltverträgliches Wohlstand für alle.«<sup>143</sup>

Zur Finanzierbarkeit einer Grundsicherung favorisiert Brie eine höhere Besteuerung der einkommensstarken Haushalte und bemerkt, dass diese nicht dämpfend auf die Nachfrage wirke.<sup>144</sup> Ergänzend stellt Müller fest, dass die Abkehr vom undifferenzierten – nicht von jeglichem! – Wachstum die Chance zur Arbeitszeitverkürzung biete.<sup>145</sup> Das heißt freilich, dass seitens der PDS-Vordenker dem »Ende der Arbeitsgesellschaft« eine Absage erteilt wird: »*Erstens* kann für die Thesen vom ›Ende der Arbeit‹ und vom ›beschäftigungslosen Wachstum‹ die internationale Entwicklung in den neunziger Jahren kaum als Beleg dienen – das ›Ende der Arbeitsgesellschaft‹ wurde wieder einmal zu früh verkündet. *Zweitens* gibt es offenbar auch im Zeitalter der Globalisierung Spielräume für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die einen Beschäftigungsaufbau ermöglichen.«<sup>146</sup>

Setzt sich das PDS-Konzept durch die Sockelung einerseits deutlich von den bisher bestehenden Sozialhilferegulungen ab, so ist andererseits das linkssozialistische Modell als Weiterentwicklung und Ergänzung der bestehenden Sicherungssysteme zu verstehen, nicht als wirkliche Alternative.

142 Ebenda. S. 214f.

143 Ebenda. S. 220.

144 Siehe ebenda. S. 216. – Klaus Müller: Das neoklassische Lohn- und Beschäftigungsmodell – Kritik seiner wirtschaftspolitischen Ableitungen. In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 14. 2003. H. 148. S. 163.

145 Siehe Klaus Müller: Das neoklassische Lohn- und Beschäftigungsmodell – Kritik seiner wirtschaftspolitischen Ableitungen. In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 14. 2003. H. 148. S. 168.

146 Brie: Zukunft. S. 207.

Die PDS tritt also für eine doppelte soziale Sicherung ein mit einem (wie bisher) beitragsfinanzierten Element und einem (deutlich gestärkten) steuerfinanzierten Element. Diese Position hob unlängst Dürrschmidt hervor: »Um für den Einzelnen Armutsrisiken auszuschließen und ihm ein Leben in Selbstbestimmtheit und Würde zu sichern, ist es notwendig, die bestehenden sozialen Sicherungssysteme zu stärken. Zusätzlich treten wir für die Einführung einer sozialen Grundsicherung ein. Diese gewährleistet eine finanzielle Absicherung für jede und jeden, die mindestens auf der Höhe des sozio-kulturellen Existenzminimums ist.«<sup>147</sup>

Nach Dürrschmidt sei die soziale Grundsicherung über der Armutsgrenze, das heisst über der Hälfte des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens, anzusiedeln. Das Lohnabstandsgebot wird nicht angetastet, denn die »Einführung der sozialen Grundsicherung ist natürlich zu koppeln mit der Festschreibung eines gesetzlichen Mindestlohnes, der über der Höhe der Grundsicherung liegen muss, damit sich Arbeit lohnt.«<sup>148</sup> Auch Dürrschmidt verweist auf die schrittweise Umsetzung des Grundsicherungsmodells, wobei er davon ausgeht, dass bei den Kindern begonnen werden sollte und in einem zweiten Schritt die älteren Mitbürger einbezogen würden. Damit profitierten vom PDS-Konzept bei dessen Umsetzung zunächst die Kinder unvermögender Eltern sowie Kleinrentner. Nicht zu Unrecht wird deshalb im Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung betont, dass Bedarfsorientiertheit vielleicht nach Bedürftigkeit der Ausgegrenzten klinge, genau dies aber nicht gemeint sei. Allen BürgerInnen solle die Grundsicherung Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern, auch unabhängig von Erwerbsarbeit<sup>149</sup> Damit aber rückt letztlich die Erwerbsarbeit, Grundlage der beitragsfinanzierten Sicherungssysteme, aus dem Zentrum der Gesellschaft. Dies ist nur konsequent, denn aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte sinke auch der Bedarf an Arbeitskräften unwiederbringlich: »Die Entwicklung von Technik und Technologie bewirkt, dass es nie mehr Vollbeschäftigung für alle arbeitsfähigen Menschen geben kann. Der Mythos Arbeitsethos, der so viele Jahrzehnte unser Leben bestimmte, steht auf dem

147 Jürgen Dürrschmidt: Wie bleibt das System sozialer Sicherung sicher? In: Parlament von links (pvl). Dresden. Jg. 13. 2003. Nr. 3–4. S. 11.

148 Ebenda.

149 Siehe Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Hrsg. von Dieter Klein. Berlin 2003. S. 202 (Manuskripte Rosa-Luxemburg-Stiftung, 38).

Prüfstand.«<sup>150</sup> Zugespitzt formuliert der arbeitsmarktpolitische Sprecher der sächsischen PDS-Fraktion: »Arbeit ist auf Profit ausgerichtet [sic] Unterwerfung des eigenen Lebens. Glaube ich nicht an den Tellerwäschermillionär, muss ich an ein ›Einkommen ohne Arbeit‹ glauben. Kann es ein Einkommen ohne Arbeitszwang geben? Nicht die Faulheit treibt diesen Gedanken in die Hirne vornehmlich junger Menschen, sie wollen ihr Leben nichts und niemanden [sic] unterwerfen. Es ist die Freiheit des Einzelnen, die zu mehr Selbstbestimmung führt, so heißt es im Programmwurf der PDS. Deshalb ist die Forderung nach einem Einkommen ohne Arbeitszwang mehr als legitim.«<sup>151</sup>

Ein »Einkommen ohne Arbeit« aber ist etwas anderes als ein »Einkommen ohne Arbeitszwang« und auch verschieden von der oben skizzierten »Vollbeschäftigung neuen Typs«. Die Programmatik der PDS in Bezug auf eine Grundsicherung lässt also durchaus Spielraum, um zwischen den eher populistischen Polen *Recht auf Arbeit* und *Recht auf Faulheit* Akzentverschiebungen zuzulassen. Dabei ist die Tragweite der Differenzen bei Details der Umsetzung sicher nicht groß; es wird jedoch deutlich, dass bezüglich der längerfristigen Konsequenzen einer Grundsicherung durchaus unterschiedliche Auffassungen existieren. Harry Nick fragte unlängst im Neuen Deutschland, ob »Sozialisten nicht grundsätzlich für die Dominanz der Lebenszeit über die Arbeitszeit streiten«<sup>152</sup> müssten. Und ähnlich wie Zais weist Lars Kleba auf das Ende der Vollbeschäftigung und den Übergang von der Arbeitsgesellschaft »zu einer auf freier und notwendiger Tätigkeit beruhenden Gesellschaft«<sup>153</sup> hin. Nicht nur soziale Randgruppen sollten von der Grundsicherung profitieren, sondern alle.<sup>154</sup> Damit bewegt sich die Forderung nach sozialer Grundsicherung in die Richtung eines Grundeinkommens, dass die Rahmenbedingungen für ein zwangsfreies *Recht auf Arbeit*

150 Karl-Friedrich Zais: Zum Geleit. In: Arbeit – auf Teufel komm raus? Workshop vom 26. April 2001 »Politische Strategien für eine menschenwürdige Gestaltung von Arbeit und Leben«. Hrsg. von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Teil 1. Dresden 2001. S. 1.

151 Karl-Friedrich Zais: Einkommen ohne Arbeitszwang. In: Opp! Zeitung des Landesverbandes der PDS Sachsen. Dresden. Jg. 9. 2003. H. 4. S. 2.

152 Harry Nick: Arbeit und Faulheit. In: »Neues Deutschland«. Berlin. 1. August 2003. S. 13.

153 Lars Kleba: Arbeit anders denken. Pressemitteilung des PDS-Landesverbandes Sachsen. Nr. 11, 5. Februar 2003.

154 Siehe Lars Kleba: Zu den Arbeitsmarktzahlen Februar. Pressemitteilung des PDS-Landesverbandes Sachsen. Nr. 20, 6. März 2003.

schaffen würde.<sup>155</sup> Damit aber trifft die Diskussion »ins strukturelle Zentrum der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse.«<sup>156</sup>

Die PDS übt mit ihrem Konzept einen Spagat zwischen gewerkschaftsnahen Forderungen nach Vollbeschäftigung und Modellen eines Rechts auf vor Armut schützendem Einkommen ohne Erwerbsarbeit. Zwischen diesen Polen bewegten sich auch die offiziellen Verlautbarungen der ehemaligen Parteivorsitzenden, die sowohl eine aktive Arbeitsmarktpolitik einforderte<sup>157</sup> als auch für die schrittweise Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung eintrat, wobei sie an deren Bezug Bedingungen knüpfte, die stark an Bürgergeld-Modelle erinnern, allerdings verbunden mit klassischen Arbeitnehmerpositionen: »Schließlich könnte ein Bürgerrecht auf ein bedarfsorientiertes Grundeinkommen in Abhängigkeit von einer zu bestimmenden Anzahl Arbeitsjahre und in angemessener Höhe den Erwerbsabhängigen erlauben, ›Nein!‹ zu unzumutbaren Löhnen und Arbeitsbedingungen zu sagen«<sup>158</sup>.

Kämpferisch zeigte sich die Partei in ihrem jüngsten Beschluss »Gerechtigkeit ist das Brot des Volkes«. Es wurden konkrete Vorschläge zur Umgestaltung der sozialen Sicherung gemacht. Es ist allerdings auch hier wieder nur von einer Grundsicherung für Erwerbslose die Rede (in die RenterInnen, Kinder, StudentInnen eingeschlossen sein dürften). Die PDS bleibt damit ihrem Grundsicherungsmodell treu und verwirft implizit Grundeinkommensmodelle: »Die Einnahmen der sozialen Sicherungssysteme hängen viel zu stark von den Löhnen ab. Die Sozialversicherungsbeiträge belasten die Löhne gerade dann zunehmend, wenn sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert, die versicherungspflichtigen Arbeitsplätze oder die beitragspflichtigen Lohnsummen zurückgehen. Der Wandel in der Arbeitswelt, die Zunahme anderer Erwerbsformen gegenüber der versicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung fördern diese Spirale. Sie kann durchbrochen werden, wenn die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme stärker vom Faktor Arbeit abgekoppelt wird. So kann eine Senkung der Beitragssätze für

155 Siehe Eichler: Armut. S. 134.

156 Hans-Peter Krebs / Harald Rein: Vorwort. In: Existenzgeld: Kontroversen und Positionen. Hrsg. von Hans-Peter Krebs und Harald Rein. Münster 2000.

157 Siehe Gabriele Zimmer: 4,623 Millionen Menschen ohne Arbeit – eine Schande! Presseerklärung der PDS vom 5. Februar 2003. – Dieselbe: Endlich die Schaffung von Arbeitsplätzen in das Zentrum der Politik stellen! Presseerklärung der PDS vom 6. März 2003.

158 Gabriele Zimmer: Finden Sie endlich den Mut zu gerechten Reformen, Herr Bundeskanzler! Presseerklärung der PDS vom 14. März 2003.

versicherungspflichtige Beschäftigung erreicht werden, so können die Einnahmen unabhängiger von der Konjunktur am Arbeitsmarkt gemacht werden. Die PDS tritt deshalb für andere Weichenstellungen ein:

In der Renten- und Arbeitslosenversicherung wollen wir die Ausweitung der Beitragspflicht auf alle Erwerbseinkommen, also Beamte, Freiberufler und Selbstständige einbeziehen. Aus den Arbeitnehmersicherungen sollen Erwerbstätigenversicherungen werden. Damit wird der Grundgedanke der Solidarität aller Erwerbstätigen gegenüber dem Risiko durch Verlust der Erwerbsarbeit oder Alter erneuert.

Für die Kranken- und Pflegeversicherung schlagen wir die Ausweitung der Beitragspflicht auf alle Einkommensarten, also auch auf Einkommen aus Geldvermögen, Grundstücken und Immobilien, vor. Aus diesen beiden Versicherungen soll eine Bürgerversicherung werden. Krankheit und Pflegebedarf betrifft alle, unabhängig von der Art ihres Einkommens.

Die Berechnung des Arbeitgeberbeitrags allein nach der Lohnsumme benachteiligt arbeitsintensive, vor allem handwerkliche Betriebe und fördert die Vernichtung von Normalarbeitsverhältnissen. Der Arbeitgeberbeitrag muss die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe berücksichtigen und nach der realen Wertschöpfung des Unternehmens berechnet werden.

Schließlich: Eine Reihe von allgemeinpolitischen Aufgaben sind in die Sozialversicherungen verschoben worden und werden durch Beiträge finanziert. Hier wollen wir eine stärkere Finanzierung durch Steuern. [...]

Wir wollen für Erwerbslose, die keinen Anspruch auf Versicherungsleistungen haben, eine die Existenz gewährleistende Grundsicherung – als Leistung aus einer Hand.<sup>159</sup>

Die hier skizzierte Programmatik der PDS fand und findet freilich nicht nur Widerhall in Publikationen und Äußerungen der Parteiprominenz und Diskussionen der Basis, sondern auch in parlamentarischen Initiativen der PDS-Fraktionen. Interessant daran ist unter anderem, dass die linkssozialistischen Parlamentarier sich tendenziell nach und nach eher kurzfristigen pragmatischen Lösungen öffnen, während die Partei sich – zumindest auf Funktionärebene – in der Frage der Umgestaltung sozialer Sicherungssysteme mehr und mehr radikalisiert.

159 Gerechtigkeit ist das Brot des Volkes. Beschluss der zweiten außerordentlichen Tagung des 8. Parteitages der PDS am 28./29. Juni 2003 in Berlin.



Im folgenden soll eine Auswahl parlamentarischer Initiativen im Bundestag und im sächsischen Landtag vorgestellt werden. Dem Selbstverständnis der PDS als linker Kraft entspricht es, stärker als andere Parteien, die »zwischen Produktion und Konsumtion liegenden Verteilungs- und Umverteilungsprozesse«<sup>160</sup> auch in die parlamentarischen Vorgänge einzubringen. 1993 wurde entsprechend dem Parteiprogramm eine »Vorlage eines Gesetzes über eine soziale Grundsicherung in der Bundesrepublik Deutschland«<sup>161</sup> in den Bundestag eingebracht. Der Antrag war das Ergebnis der Tätigkeit einer Arbeitsgruppe, die aus Ost- und Westdeutschen, älteren und jüngeren, Parteimitgliedern und Sympathisanten bestand.<sup>162</sup> Unterschiedliche Erfahrungen und Bedürfnisse konnten so in die Vorlage einfließen. In die gleiche politische Richtung, wenn auch bescheidener, zielte ein Antrag von 1995<sup>163</sup> bezüglich der Sicherung der Aufgaben des Bundessozialhilfegesetzes, solange es noch keine Grundsicherung gibt. Die oben skizzierten Forderungen der PDS, eine Grundsicherung für Kinder als ersten Schritt zu einer umfassenderen Lösung einzuführen, fanden in der 14. Legislaturperiode Niederschlag in einer Kleinen Anfrage von PDS-Abgeordneten.<sup>164</sup> Vielsagend die Antwort der rot-grünen Bundesregierung:

»Sozialhilfe und die vorgelagerten Transferleistungen leisten einen wirksamen Beitrag zur Prävention von Familien- und Kinderarmut. Hierzu zählt voll auch das Kindergeld bei Haushaltseinkommen unterhalb der Besteuerungsgrenze. Gerade in diesem Bereich trägt das Kindergeld wesentlich zu einer Existenzsicherung des Kindes bei. Der Bundesregierung sind Überlegungen bekannt, diesen Akzent weiter zu verstärken.

160 Lutz Brangsch. Soziale Grundsicherung – ein zukunftsfähiges Konzept für PDS-Politik? O.O. 2001. S. 1 (Manuskript).

161 Siehe Antrag der Gruppe der PDS / Linke Liste. Vorlage eines Gesetzes über eine soziale Grundsicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Deutscher Bundestag. Drucksache 12/5044, 27. Mai 1993.

162 Siehe Lutz Brangsch. Soziale Grundsicherung – ein zukunftsfähiges Konzept für PDS-Politik? O.O. 2001. S. 3f. (Manuskript).

163 Siehe Antrag der Gruppe der PDS. Sicherung der Aufgaben des Bundessozialhilfegesetzes bis zur Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung. Deutscher Bundestag. Drucksache 13/2438, 26. September 1995.

164 Siehe Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Rosel Neuhäuser, Dr. Christa Luft, Dr. Uwe-Jens Rössel, Dr. Dietmar Bartsch, Roland Claus und der Fraktion der PDS. Grundsicherung für Kinder. Deutscher Bundestag. Drucksache 14/4856, 19. Dezember 2000.

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, unabhängig vom Einkommen der Eltern Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz auf alle Kinder auszudehnen bzw. Kindergeld in Höhe des Existenzminimums bei allen Kindern vorzusehen. Dies liefe dem Solidaritäts- und Subsidiaritätsgedanken entschieden zuwider.«<sup>165</sup>

Damit betrachtet die Regierung die derzeitigen Sicherungssysteme als ausreichend (allerdings einschließlich jener der Sozialhilfe vorgelagerten Leistungen, deren Abbau zur Zeit auf der Tagesordnung steht) und spricht von einer Existenzsicherung des Kindes, obgleich das Kindergeld bekanntlich mit der Sozialhilfe verrechnet wird. Einer Grundsicherung für alle<sup>166</sup> wird eine eindeutige Absage erteilt.

Die Einführung einer Grundsicherung für Arbeitslose wurde von Pia Maier und anderen PDS-Abgeordneten beantragt.<sup>167</sup> Dabei wurde deutlich Bezug genommen auf die mittlerweile von der Bundesregierung selbst eingebrachten und vom Bundestag beschlossenen Grundsicherung für RentnerInnen: »Mit der Einführung einer steuerfinanzierten Grundsicherung für Rentnerinnen und Rentner im Zuge der Rentenreform wurde deutlich: Es ist möglich, im Kontext eines Sozialversicherungszweiges eine Grundsicherung einzuführen.

Die Einführung einer Grundsicherung in Höhe der Summe aller Sozialhilfeleistungen für einen Haushaltsvorstand ist auch in der Arbeitslosenversicherung notwendig. Die Grundsicherung kann institutionell in der Arbeitslosenversicherung verankert werden, sie greift genauso als steuerfinanzierte Leistung wie die Sozialhilfe.

Durch eine solche Reform hätten alle beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung in der Arbeitslosenversicherung. Damit wäre die finanzielle Unterstützung zur Sicherung

165 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Rosel Neuhäuser, Dr. Christa Luft, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/4856 – Grundsicherung für Kinder. Deutscher Bundestag. Drucksache 14/5031, 9. Januar 2001.

166 Siehe Lars Kleba: Zu den Arbeitsmarktzahlen Februar. Pressemitteilung des PDS-Landesverbandes Sachsen. Nr. 20, 6. März 2003.

167 Siehe Antrag der Abgeordneten Pia Maier, Dr. Klaus Grehn, Dr. Heidi Knake-Werner, Monika Balt, Dr. Ruth Fuchs, Dr. Ilja Seifert, Rosel Neuhäuser, Heidemarie Lüth, Dr. Uwe-Jens Rössel, Petra Bläss und der Fraktion der PDS. Eine Grundsicherung in die Arbeitslosenversicherung einführen. Deutscher Bundestag. Drucksache 14/7294, 17. November 2001.

ihres Lebensunterhaltes aus einer Hand und ohne überflüssige Doppelverwaltung gewährleistet. Gleichzeitig entstände ein einheitlicher Anspruch auf Beratung, Betreuung und Förderung durch die Arbeitsämter für alle Arbeitslosen auf Grundlage des SGB III. [...] Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Durch entsprechende Änderungen des SGB III eine Grundsicherung für die Arbeitslose [sic] einzuführen, die
  - a) im Bedarfsfall der bzw. dem Arbeitslosen die Lohnersatzleistungen bis zum Existenzminimum aufstockt. Dadurch wären bis zu 230 000 Arbeitslose nicht mehr auf Leistungen des Sozialamtes angewiesen. Die Nettokosten für den Bundeshaushalt beliefen sich dabei um 0,8 bis 1,1 Mrd. DM jährlich, in gleichem Umfang würden die kommunalen Haushalte entlastet.
  - b) den Anspruch auf Lohnersatzleistung mit Grundsicherung für alle beim Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen sicher stellt [...].
  - c) auch den eigenen Lebensunterhalt bei Erwerbstätigen mit niedrigem Einkommen sichert, indem die Löhne und Gehälter gegebenenfalls aufgestockt werden. Hierzu ist lediglich eine Rechtsänderung im SGB III erforderlich. Nach heutigem Recht wird einem Arbeitslosen, der ein Nebeneinkommen erzielt, ein monatlicher Freibetrag in Höhe von mindestens 50% der Geringverdiener-Grenze (315 DM) im Monat zugestanden. Dieser Mindestfreibetrag soll auch in der Grundsicherung seine Gültigkeit haben. Allerdings gilt heute, dass bei einer wöchentlichen Arbeitszeit ab 15 Stunden (18 Std. bei Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen) in der Regel der Leistungsanspruch erlischt, weil keine Arbeitslosigkeit mehr vorliegt. Diese Vorschrift ist dahin gehend zu ändern, dass der Leistungsanspruch auch bei längerer Wochenarbeitszeit fortbesteht, wenn aus dem Erwerbseinkommen allein der Lebensunterhalt (Existenzminimum plus Freibetrag) nicht gedeckt werden kann.
2. Eine Reform der Verwaltungswege zu entwickeln, deren Ziel darin besteht, Aufgaben der Arbeits- und Sozialämter bei der Bewilligung von finanziellen Leistungen zusammenzufassen und effektive Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler Ebene zusammenzuführen.«<sup>168</sup>

Neben der Armutsvermeidung durch Sockelung der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beinhaltet der Antrag Forderungen nach einem Finanzausgleich zu Gunsten der kommunalen Haushalte sowie einer Straffung der Verwaltung, was letztlich weitere Einsparungen nach sich ziehen könnte. Ein weiterer Antrag forderte eine soziale Grundsicherung für behinderte und chronisch kranke Menschen.<sup>169</sup> Auch nach dem Verlust der Bundestagsfraktion setzten sich ehemalige Abgeordnete weiterhin für eine Grundsicherung ein.<sup>170</sup> Beinhaltete die Strategie der PDS-Gruppe im Bundestag anfänglich noch die Forderung nach einer umfassenden Grundsicherung, forderte die Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode die Grundsicherung lediglich für unterschiedliche (Rand-)Gruppen der Gesellschaft. Mag dies auch der Überlegung geschuldet sein, jeweils konkret zu verschiedenen Politikfeldern Position beziehen zu wollen, ist es letztlich als Verwässerung der Forderung nach einer Grundsicherung zu bewerten und steht damit in gewissem Widerspruch zu den in den vergangenen Jahren konkreter und in gewisser Weise auch radikaler werdenden Positionen der Partei.

Auch wenn die sozialen Sicherungssysteme gezwungenermaßen eher bundes- als landespolitisches Thema sind, wurde die soziale Grundsicherung im Sächsischen Landtag nicht nur im Zusammenhang mit dem Ausführungsgesetz zur vom Bundestag beschlossenen bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter<sup>171</sup> thematisiert. Wies die Landtagsvizepräsidentin Brigitte Zschoche bereits 1996 auf die »gewaltige Ausdifferenzierung der Einkommen«<sup>172</sup> hin, forderte der sozialpolitische Sprecher der sächsischen PDS-Landtagsfraktion Dietmar Pellmann 2002 eine soziale Grundsicherung zunächst für Arbeitsunfähige sowie Kinder und Jugendliche: »Wie gehen wir

169 Siehe Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Monika Balt, Dr. Ruth Fuchs, Dr. Klaus Grehn, Dr. Heidi Knake-Werner, Heidemarie Lüth, Pia Maier, Rosel Neuhäuser, Christina Schenk und der Fraktion der PDS zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/5074, 14/5531, 14/5786, 14/5800. Deutscher Bundestag, Drucksache 14/5823, 6. April 2001.

170 Siehe zum Beispiel Barbara Höll: Arbeitslosengeld ist kein Almosen. Pressemitteilung des PDS-Landesverbandes Sachsen. Nr. 21, 7. März 2003.

171 Siehe Sächsisches Ausführungsgesetz zum Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SächsAGGSiG). Gesetzentwurf. Sächsischer Landtag des Freistaates Sachsen. Drucksache 3/7643, 16. Januar 2003.

172 Brigitte Zschoche: [Rede im Sächsischen Landtag des Freistaates Sachsen, 10. Oktober 1996]. In: Plenarprotokoll. 2. Wahlperiode. 44. Sitzung. Dresden 1996. S. 3150.

mit denen um, die auch nach einer solchen Reform eben außen vor sind, weil sie nicht arbeitsfähig sind? Wir wissen, dass von den Sozialhilfeempfängern in Deutschland und Sachsen eigentlich nur ein Drittel überhaupt arbeitsfähig ist. Für diese zwei Drittel, meine sehr verehrten Damen und Herren – da greife ich auf eine in diesem Hause schon sehr oft formulierte Forderung zurück –, müssen wir eine soziale Grundsicherung einführen. Wir werden es nicht anders richten können.

Wenn behauptet wird, soziale Grundsicherung sei nicht finanzierbar und überhaupt nicht möglich, dann erinnere ich Sie daran, dass mit der Rentenreform, wie sie der Bundestag kürzlich beschlossen hat, der Einstieg in eine soziale Grundsicherung für einen Teil beschlossen worden ist. Es geht also. Vielleicht beginnen wir zunächst damit, dass wir erst eine Grundsicherung für Kinder und Jugendliche, nämlich für diese rund 40%, einführen.<sup>173</sup>

Ebenfalls richtete Dietmar Pellmann eine Kleine Anfrage an die Staatsregierung, deren Abstimmungsverhalten im Bundesrat betreffend. Im November 2002 fasste der Bundesrat eine EntschlieÙung, mit der die Bundesregierung aufgefordert wurde, das oben genannte Grundsicherungsgesetz aufzuheben.

Besondere Bedeutung haben Aktivitäten der Landtagsfraktion, die auf die Anhörung von Experten und Bündnisse in der Sozialpolitik zielen. Im April 2001 führte die Fraktion einen Workshop mit dem Titel »Arbeit – auf Teufel komm raus?« durch, um »Politische Strategien für eine menschenwürdige Gestaltung von Arbeit und Leben« – so der Titel – auszuloten. Einige Stellungnahmen seien im Folgenden auszugsweise skizziert.

Christoph Rathert, stellvertretender Vorsitzender des sächsischen Arbeitslosenverbandes machte Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen deutlich: »Für den sächsischen Arbeitslosenverband ist die Verminderung der für die Herstellung von Gütern erforderlichen Arbeit ein zivilisatorischer Fortschritt ohne Vergleich in der Geschichte. Aber dieser Fortschritt setzt in wachsendem Maße das frei, was ihn trägt – bezahlte Erwerbsarbeit als Grundlage für den Absatz, den Konsum und die Erneuerung der Güter. Bleibt es bei der gegenwärtigen Verkoppelung von Produktivität, Lohn und Konsum –, dann entsteht die Frage, wie man aus dieser Abwärtsspirale – weniger Arbeit → geringeres Lohnvolumen → sinkende Nachfrage → steigende Arbeitslosigkeit – herauskommt. Ein wirkliches Aufbrechen der verkrusteten Arbeitsmarktstrukturen, das Öffnen von Räumen für neue

173 Dietmar Pellmann: [Rede im Sächsischen Landtag des Freistaates Sachsen, 8. Februar 2002]. In: Plenarprotokoll. 3. Wahlperiode. 56. Sitzung. Dresden 2002. S. 3928.

Entwicklungen, wird aber erst durch die Umverteilung der Arbeit durch die Verteilung von Arbeit und Einkommen auf alle Erwerbstätigen möglich. Diese Neuausrichtung ist auch mit einer Arbeitszeitverkürzung verbunden.«<sup>174</sup>

Ronald Blaschke, Sprecher der Sächsischen Armutskonferenz äußerte grundsätzliche Kritik an Erwerbsarbeit und sprach bei dieser Gelegenheit von ihren Folgen für die Gesundheit. Er rückte darüber hinaus die sozial-ethische Dimension von Arbeit in den Vordergrund: »Erwerbsarbeit und der dazugehörige Konsum und Lebensstil zerstören zunehmend die Gesundheit der Menschen. Wir haben eine Zunahme von Herz-Kreislauf-Erkrankung infolge von Überarbeitung, Überstunden etc., Arbeitsstress, Mobbing usw. Wir haben zunehmende Defekte des Immunsystems des Menschen zu verzeichnen – Stichwort Krebs und Allergie. Wir haben Angsterkrankungen, Depressionen zu verzeichnen, und zwar hauptsächlich auch bei Arbeitenden. Und, wir sind gebeutelt von einer neuen Sucht zur Arbeit. Es gibt Diskussionen der WHO – Arbeitssucht als eine ernstzunehmende Erkrankung aufzunehmen. Die Japaner können das noch ein bisschen besser. Die lösen das Problem durch den Karoshi – Tod durch Überarbeitung. Jeder Zehnte überarbeitete Erwerbstätige dort bringt sich glattweg gleich einmal um. Das hat etwas mit konfuzianischer Arbeitsethik zu tun. Die protestantische ist da nicht weit weg davon.«<sup>175</sup>

In ähnliche Richtung ging der Beitrag von Kitzmüller: »Wenn der Vertreter der Neoliberalen, die Regierung, verlautbart, wer arbeiten kann, aber nicht will, hat kein Anrecht auf Solidarität und wenn Umfragen ergeben, dass 80 Prozent, also eine große Mehrheit, dem eigentlich zustimmt, d.h. geprägt ist von einem Leben [...], das unter diesem Training stand des Arbeitsethos und des sich Bereitmachens zum Funktionieren in der Arbeitsgesellschaft, dann ist das skandalös zu sagen, es gibt ein Leben, es gibt auch Einkommen, das sich von dem Arbeitszwang abkoppeln kann und abkoppeln soll.«<sup>176</sup>

174 Christoph Rathert: Anforderung an eine aktive Arbeitsmarktförderung. In: Arbeit – auf Teufel komm raus? Workshop vom 26. April 2001 »Politische Strategien für eine menschenwürdige Gestaltung von Arbeit und Leben«. Hrsg. von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Teil 2. Dresden 2001. S. 13.

175 Ronald Blaschke: Arbeit um jeden Preis? Über die Arbeit der Arbeitsloseninitiativen in Sachsen. Ebenda. S. 16.

176 Erich Kitzmüller: Grundeinkommen ohne Arbeit. Politische Strategien zur Gestaltung einer menschwürdigen Gesellschaft. In: Arbeit – auf Teufel komm raus? Workshop vom

Kitzmüller ging dabei weit über die Forderung nach sozialer Grund-  
sicherung hinaus. An einer Grundsicherung kritisierte er, dass man ein Sym-  
ptom vorweisen müsse (Krankheit, Jugend, Alter etc.), um sie beziehen zu  
können. Ein bedingungsloses Grundeinkommen hingegen würde womög-  
lich auch von Unternehmern begrüßt werden, da es kostengünstiger sei als  
ein Polizeistaat zum Schutz der Besitzenden vor den Besitzlosen. In eine  
ähnliche Richtung geht die Argumentation Kuettels, wenn er schreibt: »Eine  
unbedingte Variante des Garantierten Mindesteinkommens, ein Grundein-  
kommen also, das allen Mitgliedern der Gesellschaft eine stigmatisierungs-  
freie Existenzsicherung zugesteht, wäre ein geeignetes Instrument, um den  
aufgezeigten Spaltungen und dem *Auseinanderdriften der Gesellschaft* ent-  
gegenzuwirken. Davon profitieren letztlich auch die Angehörigen des privi-  
legierten und geschützten Segmentes, denn gerade sie sind darauf ange-  
wiesen, dass ihre Positionen nicht als illegitim betrachtet werden. Eine  
fehlende Identifikation mit dem meritokratischen System führt zu abwei-  
chendem Verhalten, Gewalt und Kriminalität. Hier spätestens zahlen An-  
gehörige des privilegierten und geschützten Systems ihren Tribut, sei es  
durch private Ausgaben für Alarmanlagen und Sicherheitspersonal, sei  
es durch Steuern für die Finanzierung eines schlagkräftigen Polizei- und  
Justizapparats.«<sup>177</sup>

Ein Grundeinkommen entlaste den Arbeitsmarkt und schaffe persön-  
liche Freiräume für alle BürgerInnen. Auf europäischer Ebene sei ein sol-  
ches Modell praktikabler als auf nationalstaatlicher.<sup>178</sup> Die größte Schwierig-  
keit bei der Umsetzung sei das anerzogene Arbeitsethos, »dass es zum  
Skandal macht, dass jemand Geld bekommen soll, für das er kein Symptom  
aufweist und keine Arbeitsbereitschaft.«<sup>179</sup> Doch auch die Umsetzung auf  
EU-Ebene dürfte beim derzeitigen Stand der Konvergenz der Mitgliedsstaat-  
ten äußerst problematisch sein.

— 26. April 2001 »Politische Strategien für eine menschenwürdige Gestaltung von Arbeit und Leben«. Hrsg. von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Teil 2. Dresden 2001. S. 9.

177 Kuettel: Basic Income. S. 51.

178 Siehe Erich Kitzmüller: Grundeinkommen ohne Arbeit. Politische Strategien zur Gestal-  
tung einer menschwürdigen Gesellschaft. In: Arbeit – auf Teufel komm raus? Workshop  
vom 26. April 2001 »Politische Strategien für eine menschenwürdige Gestaltung von  
Arbeit und Leben«. Hrsg. von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Teil 1. Dresden  
2001. S. 9ff.

179 Ebenda. S. 14.

Anneliese Braun thematisierte in erster Linie den Horror der Selbstvermarktung und Selbstausbeutung unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen und entwickelte emanzipatorische Strategien um dem zu begegnen.<sup>180</sup>

Wesentlicher Bestandteil der Strategie der sächsischen PDS ist es, bestehende Kontakte mit Experten und Sozialbewegungen weiter zu entwickeln. Hierzu ist etwa zu beobachten, dass sich die parteiinternen Medien für Nichtmitglieder öffnen, unter anderem um das Grundsicherungskonzept der Parteibasis zu vermitteln. Ein Beispiel dafür ist das Interview mit Ronald Blaschke in der ersten Ausgabe der »Opp!« des Jahres 2003. Blaschke nimmt die PDS in die Pflicht: »Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherungssysteme sind die Themen. Ich glaube, dass die PDS einige gute Ansätze in diesen Politikbereichen hat. Nur bedarf es dringend der inhaltlichen Ausarbeitung und der Entwicklung politischer Strategien zur Umsetzung dieser.«<sup>181</sup> Bewährungsprobe der Partei sei es, traditionelle linke Ideen mit modernen Ansätzen einer sozialen und ökologischen Gesellschaftsgestaltung zu verbinden.<sup>182</sup> Anders gesagt: Das *Recht auf Arbeit* mit dem *Recht auf Muße* zu verbinden. Blaschke geht dabei über das PDS-Konzept hinaus: »Eine soziale Grundsicherung, besser ein Grundeinkommen ohne Arbeit – übrigens schon längst finanzierbar –, hat den Charme eines trojanischen Pferdes in einer von unsinniger, überflüssiger Produktion geprägten Gesellschaft. Eine Produktion, die zunehmend Mensch und Natur gefährdet. Produktion in einer von verantwortungsloser Verausgabung menschlicher schöpferischer Kräfte geprägten Gesellschaft. Frei von der alltäglichen Sorge um das Lebensnotwendige und frei vom Beherrschtsein durch Andere kann sich der Reichtum menschlicher Schöpferkraft, Genussfähigkeit und Gemeinschaftlichkeit entfalten. Wir haben inzwischen eine Produktivität erreicht, die unter minimalstem Einsatz von Arbeit für alle das Lebensnotwendige absichern könnte. Nur mit der

180 Siehe Anneliese Braun: Notwendige Gesamtarbeit aus ganzheitlicher Sicht. Emanzipatorische Strategien nicht nur aus Frauenperspektive. In: Arbeit – auf Teufel komm raus? Workshop vom 26. April 2001 »Politische Strategien für eine menschenwürdige Gestaltung von Arbeit und Leben«. Hrsg. von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Teil 1. Dresden 2001. S. 3.

181 Ronald Blaschke: Nichts ist spannender als Querdenken. Ronald Blaschke im Gespräch mit Opp! In: Opp! Zeitung des Landesverbandes der PDS Sachsen. Dresden. Jg. 9. 2003. H. 1–2. S. 11.

182 Siehe ebenda.



gerechten Verteilung dieses Lebensnotwendigen, orientiert an der Anerkennung unterschiedlicher schöpferischer Anlagen statt am Marktwert der Menschen, hapert es noch. Im trojanischen Pferd verbirgt sich die Machtfrage und deren Beantwortung.«<sup>183</sup>

## 2.6 Bündnispolitische Erwägungen für Deutschland und Europa

Bei allen Unterschieden der Modelle, der ihnen zu Grunde liegenden Ideologie und der sie diskutierenden Akteure: Ein gesellschaftliches Bündnis zum Thema Grundeinkommen/Grundsicherung ist möglich, ein gemeinsamer Nenner von KAB bis in linksradikale Kreise hinein vorhanden. Es gilt also, sollte man das Ziel überhaupt weiter verfolgen wollen, die Menschen – von sozialer Ausgrenzung Betroffene wie Nicht-Betroffene – von Nutzen und Finanzierbarkeit eines solchen gesellschaftlichen Umbaus zu überzeugen. Die PDS als politische Partei sollte diejenigen Kräfte, denen an einem Grundeinkommen / einer Grundsicherung liegt, bündeln und sich als parlamentarische Kraft, außerparlamentarisch von zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen flankiert, an die politische Durchsetzung machen. Garms bemerkt völlig zurecht: »Der vermeintlich gut verdienende Facharbeiter kann übermorgen schon der Erwerbslose sein. Diese Erfahrung wurde nicht nur im Osten schon von sehr vielen Menschen gemacht. Und manche Verkäuferin wird sich auch beschweren, dass sie weniger als eine Sozialhilfeempfängerin verdient, den Gang zum Sozialamt selber scheuend. Sinnvolle Sozialpolitik muß vielmehr Menschen in dieser Gesellschaft in ihrer jeweiligen Lebenslage, lohnarbeitend oder nicht, soziale Unterstützung gewähren und gleichzeitig sozial gerecht sein, um solidarisiertend zu wirken.«<sup>184</sup>

Dies gelänge jedoch nur im Bündnis mit anderen politischen Parteien und wohl auch nicht allein auf nationaler, sondern längerfristig nur auf europäischer Ebene. Schulte forderte bereits 1986<sup>185</sup> ein EU-weites Grundeinkommen, mit dem er nicht nur soziale Absicherung aller BürgerInnen,

183 Ebenda.

184 Garms: »Wer nicht arbeitet ...«. Kap. 10.

185 Siehe Bernd Schulte: Mindesteinkommensregelungen im internationalen Vergleich. Ansatzpunkte in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und auf Gemeinschaftsebene. In: Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Hrsg. von Michael Opielka und Georg Vobruba. Frankfurt am Main 1986. S. 118–131.

sondern auch die Hoffnung auf stärkere Identifikation der EuropäerInnen mit Europa verband. Deutlich werden sollte, dass die Linke Abstand nehmen müsste von der Illusion einer Vollbeschäftigung unter kapitalistischen Bedingungen. »Die Frage wäre nämlich auch: Vollbeschäftigung wo? In der BRD? In der EU? Weltweit? Spätestens hier wird ja der illusionäre und letztlich rückwärtsgerichtete Charakter dieser Forderung nach Vollbeschäftigung deutlich, die auf dem Produktions- und Gesellschaftsmodell der fordistischen Epoche beharrt.«<sup>186</sup> Eine erhebliche Erweiterung der gesellschaftlichen Basis würde sich ergeben, wenn die Gewerkschaften sich zur Forderung nach Grundsicherung durchringen könnten, oder eine solche mitvertreten würden. Ob die PDS eine diesbezügliche Bewegung von unten abwartet, um sie politisch aufzufangen, oder ob sie sich selbst zum Motor der Bewegung macht, dies wird die strategische Frage der Partei in der Sozialpolitik der nächsten Monate und Jahre sein. In Schwerin wurde dazu ebenso zutreffend wie vage beschlossen: »Der Aufbau einer wirksamen Gegenmacht gegen global agierende Großunternehmen erfordert die internationale Vernetzung und Zusammenarbeit der Gegenbewegungen. Bemühungen zur internationalen Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Arbeitsloseninitiativen, sozialen Bewegungen, linken Parteien und Umweltschutzorganisationen müssen daher ein besonderer Schwerpunkt linker Politik sein.«<sup>187</sup>

Die inhaltliche Frage liegt auf der Hand: Wollen wir eine Grundsicherung wirklich? Oder ein Grundeinkommen? Und wie soll auf diesem Hintergrund mit den bestehenden Sozialsystemen verfahren werden? Über diese Fragen sollte innerparteilich Klärung erfolgen – über die geltende Programmatik der PDS hinaus.

186 Garms: »Wer nicht arbeitet ...«. Kap. 10.

187 Vorschläge zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau. Beschluß der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS. In: Disput/Pressedienst. Jg. 8. 1997. Nr. 1. S. 47.



### 3 Paradigmenwechsel: Entkoppelung von Arbeit und Einkommen

Josef Aber bestimmte Sachen müssen immer gemacht werden. Wer würde denn freiwillig zum Beispiel im Kanal arbeiten, wenn er ein Grundeinkommen bekäme?

Maria Nur wer genug Geld dafür bekäme. Als Hobby machen das wohl die wenigsten.

Josef Und dann steigen die Kosten für Abwasser, dann frisst mir die Inflation mein Grundeinkommen auf.

Maria Vielleicht wird dann einiges teurer. Vieles würden die Menschen dann aber auch selbst organisieren können, in Tauschringen, regionalen Kooperativen und vielem mehr. Ich glaube, einiges würde sich ändern, wenn niemand mehr gezwungen wäre zu arbeiten, wenn alle ein Grundeinkommen erhalten könnten als ein Bürgerrecht. Für Rechtsstaat, Wahlrecht und so weiter müssen wir ja auch nichts bezahlen. Ein Grundeinkommen nur dafür, dass ich als Mensch das Recht habe zu existieren, könnte bald genauso selbstverständlich sein.

Josef Dann wären alle Schmarotzer, oder?

Maria In gewisser Weise würden dann alle vom Fortschritt der Produktivkräfte profitieren. Sie wissen doch selbst, wie viel Arbeit uns heute schon die Computer abnehmen. Wenn wir das Geld, das die erwirtschaften, auf alle Menschen gerecht verteilen würde, wie wäre das?

Josef Dann könnten die Kapitaleigner auch niemanden mehr erpressen, es sei denn sie hätten die Verfügungsgewalt über das Grundeinkommen.

Maria Das müsste verhindert werden.

Josef Es wäre doch aber ungerecht, wenn die Reichen auch das Grundeinkommen erhalten würden.

Maria Wir können sie aber wohl kaum viel stärker als bisher zur Kasse bitten und ihnen dann auch noch ein Bürgerrecht vorenthalten.

- Josef Stimmt eigentlich. Wenn es denn dazu käme, zu so einem Grundeinkommen, wäre das denn die Revolution?
- Maria Es könnte, denke ich, revolutionäre Auswirkungen haben. Zunächst aber wäre es eine Reform, die diesen Namen verdient. Die heutigen Reformen sind ja eigentlich die Rücknahme von früher bereits erfolgten Reformen. Eine Reform wäre das, die unser Wirtschaftssystem entscheidend verändern würde.
- Josef Die dafür sorgen könnte, dass das Geld an der richtigen Stelle ausgegeben wird: für die Menschen.
- Maria Nicht gegen sie, wie etwa in der Rüstung.
- Josef Oder durch unsinnige Produktion, die die Umwelt belastet. Wäre das dann aber nicht auch irgendwie ein Schritt zurück in die Steinzeit?
- Maria Eben nicht: Die Menschen hätten endlich Zeit zu ihrem eigentlichen Menschsein, zu zweckgerichteter und selbstbestimmter Tätigkeit. Und noch was: Das ganze funktioniert ja nur mit technischem Fortschritt. Heute hingegen müssen Menschen in Handarbeit Gräben ausheben um zu rechtfertigen, dass sie einen ABM-Lohn erhalten, anstatt dass Maschinen eingesetzt werden und man den Menschen dennoch Geld gibt, mit dem sie sicher etwas sinnvolles anzufangen wüssten.
- Josef Bier kaufen.
- Maria Sicher täten das einige. Das und nichts anderes. Aber wer beschwert sich darüber, dass Millionäre Bier kaufen? Die meisten würden sicher etwas tun, was ihnen und vielen anderen Menschen nützt. Mehr nützt jedenfalls als die derzeitige Wirtschaftsordnung.
- Josef Ich glaube, wir sollten für ein solches Grundeinkommen kämpfen. Aber wie werden wir Erfolg haben?
- Maria Das ist schwer zu sagen: Bündnisse eingehen, Druck auf der Straße machen und sehn, wer unsere Ideen im Parlament unterstützen würde.
- Josef Im Parlament? Wer könnte das sein?

### *3.1 Arbeitsethos und Sozialutopie*

In den vorderasiatischen Mythen, die uns im Alten Testament erhalten sind, wird die Arbeit als ein Fluch Gottes verstanden, der gleichermaßen zu Beginn der Menschwerdung erfolgt, nach dem Ausschluss aus dem Paradies. Dieses Verlassen des selbstgenügsamen narzisstischen Urzustandes erfolgte

bekanntermaßen durch das Kosten vom »Baum der Erkenntnis« und markiert sozialgeschichtlich die neolithische Revolution: »Zu Adam sprach er: Weil du auf deine Frau gehört und von dem Baum gegessen hast, von dem zu essen ich dir verboten hatte: So ist verflucht der Ackerboden deinetwegen. Unter Mühsal wirst du von ihm essen alle Tage deines Lebens. Dornen und Disteln läßt er dir wachsen, und die Pflanzen des Feldes mußt du essen. Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen, bis du zurückkehrst zum Ackerboden; von ihm bist du ja genommen. Denn Staub bist du, zum Staub mußt du zurück.« (Gen. 3, 17–19)

Die Arbeit ist hier also keineswegs »Sinn des Lebens«, sondern ein Fluch, eine bittere Notwendigkeit. Dass der Mensch erfinderisch ist und sich Werkzeuge einfallen lässt, um die Mühen zu erleichtern, dass unterscheidet ihn unter anderem vom Tier. Engels ist von Anhängern wie Gegnern oft missverstanden worden, als er schrieb, die Arbeit sei »die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens, und zwar in einem solchen Grade, daß wir in gewissem Sinn sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen.«<sup>1</sup> Menschliches Schaffen, die Fähigkeit zum planmäßigen Gestalten der Umwelt ist hier wohl gemeint, nicht die Lohn- oder Erwerbsarbeit. Letztere ist ein Fluch, allenfalls bittere Notwendigkeit, Lohnarbeit ein sehr junges sozio-ökonomisches Phänomen, menschliche Kreativität eine anthropologische Konstante. Menschliche Arbeit ist freilich ebenso Grundlage für unsere Kultur und Zivilisation wie mögliche Ursache für deren Abschaffung.

Bei den Israeliten entstand der Sabbat, der siebte Tag, an dem dieses Schaffen ruhen sollte, um – zumindest temporär und partiell – den Urzustand der Ruhe und des Friedens mit der Natur wieder herzustellen (Lev. 23). Dass diese Bestimmung keineswegs nur eine spirituelle und ökologische Funktion sondern auch eine soziale hatte, zeigt ihre Erweiterung auf das Sabbatjahr, das Erlass- oder Jubeljahr: »Erklärt dieses fünfzigste Jahr für heilig, und ruft Freiheit für alle Bewohner des Landes aus! Es gelte euch als Jubeljahr. Jeder von euch soll zu seinem Grundbesitz zurückkehren, jeder soll zu seiner Sippe heimkehren« (Lev. 25, 10). Genau wird geregelt, wie durch Kapitalakkumulation entstandene Ungleichheit in der nunmehr durch Privateigentum charakterisierten frühgeschichtlichen Gesellschaft ausgeglichen werden kann: »Wenn dein Bruder bei dir verarmt und sich dir verkauft, darfst du ihm keine Sklavenarbeit auferlegen; er soll dir wie ein Lohnarbeiter oder ein Halbbürger gelten und bei dir bis zum Jubeljahr

1 Friedrich Engels: Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen [1876]. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke. Bd. 20. Berlin 1962. S. 444.

arbeiten. Dann soll er von dir frei weggehen, er und seine Kinder, und soll zu seiner Sippe, zum Eigentum seiner Väter zurückkehren.« (Lev. 25, 39 bis 41)

Alle fünfzig Jahre war also eine Redistribution gesellschaftlichen Reichtums an alle Gesellschaftsmitglieder vorgesehen. Die Vorstellung, dass Lebensunterhalt und Besitz etwas mit Arbeit und Leistung zu haben, scheint nicht im Vordergrund gestanden zu haben. In der griechischen Antike hingegen muss sie vorhanden gewesen sein: Wohl wollten die männlichen griechischen Bürger Athens der Erwerbsarbeit entfliehen, um sich der *scholé*, der zweckfreien Muße und der Philosophie widmen zu können; eine Kopplung zwischen Arbeit und Lohn bei den unteren freien Schichten war dennoch vorhanden, darauf verweist das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg, in dem diejenigen Arbeiter, die den ganzen Tag im Weinberg waren, murren, dass sie den gleichen Lohn erhalten, wie diejenigen, die – obwohl sie ganztägig dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen – nur eine Stunde gearbeitet hatten (Matt. 20, 1–16). Von der israelitischen Sozialutopie der Propheten bis zum frühchristlichen Liebeskommunismus geht eine biegungsreiche doch erkennbare Linie.<sup>2</sup> Freilich: »Das Sich-Schicken in Furcht, Knechtschaft und Jenseits-Vertröstung sind die sozialen Prinzipien eines Christentums, die von Marx verachtet und von Joachim [di Fiore] in den Orkus geworfen werden; es sind aber nicht die Prinzipien eines längst verlassenem Urchristentums und einer sozialrevolutionären Ketzergeschichte aus ihm her.«<sup>3</sup> Eine große Rolle in jüdisch-christlichen Sozialutopien spielte der Sabbat, nicht nur als arbeitsfreier Tag, sondern als spirituelles Ziel: Der Kirchenvater Augustin sagt im Gottesstaat: »Der siebente Tag werden wir selbst sein. Dies septimus nos ipsi erimus.« (De civitas Dei XXII).<sup>4</sup> Er entwirft damit eine Lebensperspektive ohne Arbeitszwang.

Die Idee des Arbeitslohns in der Moderne ist untrennbar an die Idee des Gotteslohns in der jüdisch-christlichen Tradition gebunden. Frühbürgerliches Streben nach Gewinnmaximierung, calvinistische Prädestinationslehre und lutherisches Berufsethos traten in komplexe Überbau–Unterbau-Beziehungen ein und mündeten in eine verweltlichte Religion der Arbeit (die nicht ausschließt, dass »christliche« Tugenden auch – neben dem Berufsleben – in Ehe und Staat praktiziert werden können und sollen): »Denn hier

2 Siehe Ernst Bloch: Freiheit und Ordnung, Abriß der Sozialutopien. 2. Aufl. Leipzig 1987. S. 38 (Reclams Universal-Bibliothek. Bd.1090).

3 Ebenda. S. 57.

4 Zitiert ebenda. S. 51.

ist nicht nur ein entwickeltes Verantwortungsgefühl schlechthin unentbehrlich, sondern überhaupt eine Gesinnung, welche mindestens *während* der Arbeit von der steten Frage: wie bei einem Maximum von Bequemlichkeit und einem Minimum von Leistung dennoch der gewohnte Lohn zu gewinnen sei, sich loslöst und die Arbeit so betreibt, als ob sie absoluter Selbstzweck – »Beruf« – wäre. Eine solche Gesinnung aber ist nichts Naturgegebenes. Sie kann auch weder durch hohe noch durch niedere Löhne unmittelbar hervorgebracht werden, sondern nur das Produkt eines lang andauernden Erziehungsprozesses sein.«<sup>5</sup>

In dem Maße aber, wie der Bevölkerungsmehrheit seitens der herrschenden Schichten zur Existenzsicherung der Zwang zur entfremdeten Lohnarbeit mehr und mehr auferlegt wurde, flankiert durch eine Ideologie, die dort, wo sie zum Tragen kam, die Entwicklung des Kapitalismus erst voll und ganz ermöglichte,<sup>6</sup> meldeten sich auch Stimmen zu Wort, die eine Existenzsicherung jenseits des Diktats der Lohnarbeit forderten und/oder beschreiben. Dies konnte emanzipatorische wie auch regressive Züge annehmen. In die Reihe dieser Autoren gehören Morus (*Utopia* 1517), Campanella (*La città del sole* 1623), Bacon (*Neu-Atlantis* 1638), Paine (*Agrarian Justice* 1796), Herka (*Freiland* 1892) und Bellamy (*Looking Backward* 1892). Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang Fichte mit seiner Forderung nach »Grundsicherung«: »Wenn einer nicht soviel hat, um leben zu können, so hat er nicht, was er zu haben berechtigt ist; er hat das Seinige nicht. Im Vernunftstaat erhält er es«<sup>7</sup>. Zu erwähnen sind ebenfalls Frühsozialisten und Anarchisten wie Fourier, Proudhon und Bakunin mit ihrer Arbeits- und Eigentumskritik. Die Geschichte der Utopien zeigt, dass der Sozialismus in dem Archetyp *Goldenes Zeitalter* weit älter ist als das Abendland.<sup>8</sup> Die Grundkonstante ist der Wunsch nach Selbstbestimmung, Freiheit von Furcht und Existenzsicherung. Freiheit als Utopie des derzeitigen herrschenden Kapitalismus hingegen kann mit Bloch nur als Chloroform begriffen werden.<sup>9</sup>

Eine arbeitskritische Zielrichtung verfolgte ebenfalls Lafargue in seinem 1887 erschienenen »Recht auf Faulheit«. Seine Satire beginnt – parodistisch

5 Max Weber: Die protestantische Ethik. Teil 1: Eine Aufsatzsammlung, 7., durchges. Aufl. Gütersloh 1984. S. 51f. (Gütersloher Taschenbücher Siebenstern. Bd. 53).

6 Siehe ebenda.

7 Zitiert in Ernst Bloch: Freiheit und Ordnung, Abriß der Sozialutopien. 2. Aufl. Leipzig 1987. S. 102 (Reclams Universal-Bibliothek. Bd. 1090).

8 Siehe ebenda. S. 142.

9 Siehe ebenda. S. 144.



angelehnt an das Kommunistische Manifest – mit den Worten: »Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht. Diese Sucht ist die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommenschaft gehende Arbeitssucht.«<sup>10</sup> Der Teufelskreis des Zwangs zur Lohnarbeit zur Existenzsicherung wird treffend charakterisiert: »Arbeitet, arbeitet, Proletarier, vermehrt den Nationalreichtum und damit euer persönliches Elend. Arbeitet, arbeitet, um, immer ärmer geworden, noch mehr Ursache zu haben, zu arbeiten und elend zu sein. Das ist das unerbittliche Gesetz der kapitalistischen Produktion.«<sup>11</sup>

Anders als Karl Marx, sein Schwiegervater, interessiert sich der Marxist Lafargue mehr für die Konsumtionssphäre als für die Produktionssphäre. Seine Unbeliebtheit bei vielen klassischen Marxisten erklärt Holuba damit, dass die »Aufgaben, die vor den neuen sozialistischen Ländern standen (Industrialisierung, Auseinandersetzung mit dem großen Gegner Kapitalismus), [...] keine andere als eine asketische Moral zu[ließen]. [...] In dieser Situation ein Recht auf Faulheit einzuräumen, wäre hochgradig inopportun gewesen.«<sup>12</sup> Anders ausgedrückt: »Die Arbeiterbewegung war es, die die feudale parasitäre Faulheit endgültig desavouierte und das bürgerliche Leistungsstreben definitiv in den Köpfen der Menschen verankerte. In einer beispiellosen Überhöhung der Ideologie ihrer Unterdrücker hat sie den geknechteten und unterdrückten Arbeiter zum Heroen der Geschichte und die entfremdete Arbeit zum Hohelied des Industriezeitalters umgedeutet.«<sup>13</sup> Und weiter schreibt Ribolits: »Es gehört wohl zu den großen Erstaunlichkeiten unseres Jahrhunderts, dass das permanente Hervorkehren der Unterschiede zwischen den westlichen und den östlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen die tiefgreifende ideologische Gemeinsamkeit, die in der Idealisierung der Arbeit liegt, völlig verdeckt hat.«<sup>14</sup>

10 Paul Lafargue: Das Recht auf Faulheit. Widerlegung des »Rechts auf Arbeit« von 1848. 2. Aufl. Grafenau, Ütze 1999. S. 20. (Erstausgabe 1887.)

11 Ebenda. S. 29.

12 Stefanie Holuba: An der Grenze des Marxismus – Arbeiten Paul Lafargues. Mit einem Vorwort von Eckhard Tramsen. Schkeuditz 2002. S. 124 (Schriften der Förderpreisträger der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.).

13 Erich Ribolits: Die Arbeit hoch? Bildung und Bildungspolitik für eine menschenwürdige Gesellschaft. [Vortrag auf der Veranstaltung »Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften« am 21. November 2001.] [Http://www.oekonux.de/liste/archive/msg04276.html](http://www.oekonux.de/liste/archive/msg04276.html).

14 Ebenda.

Lafargue hingegen entwickelt eine ökologisch fortschrittliche Vision regionaler Wirtschaftskreisläufe und der Maschinisierung bei gleichzeitiger Verteilung sowohl des so erwirtschafteten Mehrwerts als auch der gewonnenen Freizeit.<sup>15</sup> Der klassische Marxismus übernahm hingegen das kapitalistische Arbeitsethos (eine Tatsache, die freilich zu ideologischen Widersprüchen führte). Dies erklärt jedoch nur zum Teil, weshalb Ideen ein Grundeinkommen, eine Grundsicherung oder ein Existenzgeld betreffend eher unter den Bedingungen des Kapitalismus, denn unter denen des real existierenden Sozialismus mit seinem Vollbeschäftigungsanspruch gedeihen konnten.

Aus meiner Sicht entscheidend wäre, neben den sozio-ökonomischen Implikationen einer Grundsicherung beziehungsweise eines Grundeinkommens auch die sozialpsychologischen in den Mittelpunkt der Betrachtung zu rücken. Hier wären etwa die Überlegungen des eingangs bereits erwähnten Humanisten und Psychoanalytikers Erich Fromm zu berücksichtigen: »Am meisten ins Auge fällt wohl, daß wir uns in einer Situation befinden, in der *Überfluß* und *Mangel* sich sowohl auf wirtschaftlichem wie auch auf psychologischem Gebiet schroff gegenüberstehen. Solange Menschen ihre Hauptenergie darauf verwenden müssen, ihr Leben gegen Angriffe zu verteidigen oder nicht zu verhungern, muß die Liebe zum Leben ja verkümmern und die Nekrophilie gedeihen. Eine weitere wichtige soziale Vorbedingung für die Entwicklung der Biophilie ist die Abschaffung der *Ungerechtigkeit*. Ich vertrete damit keine Auffassung des Hortens, für die es als Ungerechtigkeit gilt, wenn nicht jeder genau das gleiche besitzt wie der andere. Ich wende mich aber gegen eine gesellschaftliche Situation, in der die eine soziale Klasse die andere ausbeutet und ihr Bedingungen aufzwingt, welche die Entfaltung eines erfüllten, menschenunwürdigen Lebens nicht zulassen, oder – um es anders auszudrücken – wo einer sozialen Klasse die einer anderen zugestandene Lebensweise vorenthalten wird. Letzten Endes verstehe ich unter Ungerechtigkeit eine gesellschaftliche Situation, in welcher der Mensch nicht Selbstzweck ist, sondern zum Mittel wird, damit andere ihr Ziel erreichen.«<sup>16</sup>

15 Siehe Stefanie Holuba: An der Grenze des Marxismus – Arbeiten Paul Lafargues. Mit einem Vorwort von Eckhard Tramsen. Schkeuditz 2002. S. 92f. (Schriften der Förderpreisträger der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.).

16 Erich Fromm: Die Seele des Menschen: ihre Fähigkeit zum Guten und zum Bösen. Frankfurt am Main [u.a.] 1981. S. 49 (Ullstein Buch. Nr. 35076. – Erstveröffentlicht als: The Heart of man. Its genius for Good and Evil. New York [u.a.] 1964.)

Ein radikales Umdenken ist erforderlich, weg vom anerzogenen Arbeitsethos, weg vom ungezügelter Konsum. Denn dass wir immer weniger arbeiten, war der Wunsch der Menschen von der Antike über Marx bis heute. Der Begriff *Arbeit* implizierte stets auch Mühsal und Abhängigkeit. »Was ganz anderes ist die Mühsal, die ich mir selbst auferlege – unabhängig von der Sorge um das Lebensnotwendige und von der Fremdbestimmung durch Andere. [...] Der I-Punkt auf dem Ganzen ist die Besinnlichkeit und die innere Einkehr in einem ausgedehnten Müßiggang. Denn dieser Müßiggang ist Voraussetzung dafür, sich und die Gemeinschaft zu befragen, wie das Leben lebenswerter gestaltet werden kann. Nichts mehr als solchen Müßiggang haben die Herren der Arbeitsgesellschaft gefürchtet – und sie fürchten ihn heute noch.«<sup>17</sup>

Ein radikales Umdenken beträfe nicht nur die ökologische und die soziale Frage, sondern innerhalb letzterer auch das Verhältnis zwischen den Geschlechtern. Frauen stehen in der Tat, wenn sie Kinder bekommen, vor einem doppelten Reproduktionsproblem, indem sie nun nicht mehr nur für ihre eigene Existenz, sondern auch für die ihrer Kinder sorgen müssen. Das hat nun in der patriarchalen kapitalistischen Gesellschaft nicht dazu geführt, dass Frauen mit dem Verkauf ihrer Zeit und Arbeitskraft diese beiden Reproduktionsprobleme lösen können, sondern im Gegenteil dazu, dass ihre Einkommen niedriger sind als die der Männer, ihre Arbeitslosenquote höher.<sup>18</sup> Frauen erledigen UNO-Schätzungen zufolge zwei Drittel der weltweit anfallenden Arbeit, erhalten dafür aber nur ein Zehntel aller Einkommen und besitzen nur ein Hundertstel aller Produktionsmittel.<sup>19</sup> Ein garantiertes Einkommen *für alle* stünde im Gegensatz »zum familiären Lohn, dieser grundlegenden Waffe sexueller Arbeitsteilung, wonach der Lohn, den man für die produktive Arbeit des Mannes zahlt, zugleich auch als Bezahlung für die unentgeltliche reproduktive Arbeit gilt, welche die Frau und die Familienangehörigen des Arbeiters zu Hause leisten.«<sup>20</sup> Dieser her-

17 Ronald Blaschke: Nichts ist spannender als Querdenken. Ronald Blaschke im Gespräch mit Opp! In: Opp! Zeitung des Landesverbandes der PDS Sachsen. Dresden. Jg. 9. 2003. H. 1–2. S. 11.

18 Siehe Michael Schreyer: Mindesteinkommen – Stolper- oder Meilenstein für eine grüne Zukunft? In: Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Hrsg. von Michael Opielka und Georg Vobruba. Frankfurt am Main 1986. S. 164.

19 Siehe Angelika Blickhäuser / Monika Molter: Garantierte Lebenssicherung für Frauen. Bemerkungen zur Mindesteinkommensdiskussion. Ebenda. S. 107.

20 Michael Hardt / Antonio Negri: Empire. Die neue Weltordnung. Aus dem Engl. von Thomas Atzert und Andreas Wirthensohn. Frankfurt am Main, New York 2002. S. 409.

kömmliche familiäre Lohn Sorge dafür, dass die Kontrolle über die Familie in den Händen des meist männlichen Lohnverdieners bleibt und perpetuiere damit eine falsche – aber verbreitete – Vorstellung davon, welche Arbeit produktiv ist und welche nicht. Da die Unterscheidung zwischen Produktion und Reproduktion verblasse, so auch die Legitimation für den familiären Lohn, weshalb ein garantiertes Einkommen für die gesamte Bevölkerung auf der Tagesordnung stehe.<sup>21</sup>

Alle Menschen ohne Vermögen aber betrifft: Wenn wir nicht bereit sind, die uns auferlegten Bedingungen in Bezug auf unsere Erwerbsarbeit zu akzeptieren, sind wir – mehr oder minder – vom Hungertod bedroht.<sup>22</sup> Erst wenn dieses Diktat der Erwerbsarbeit gebrochen ist, kann wirkliche Emanzipation stattfinden, kann ein Zustand erreicht werden, in dem der Mensch wirklich Mensch sein kann.

### 3.2 *Bildung und Erziehung*

Ebenso wie Wissen ein allgemeines Grundeinkommen begründen kann, wird sich der Charakter von Bildung und Wissen nach dessen Einführung voraussichtlich verändern. Denn ein Grundeinkommen »kann als eine Kompensation dafür angesehen werden, dass ökonomisch dominante Gruppen kollektive Wissensressourcen gratis in Anspruch nehmen. Da sie davon profitieren, schulden sie jenen, die davon ausgeschlossen bleiben, Kompensation.«<sup>23</sup> Damit wird allerdings nicht der Anspruch aufgegeben, Wissen möglichst gleichmäßig zu verbreiten. Doch würde eben mit der Einführung eines Grundeinkommens der Bedarf an Wissen steigen, das den Menschen zu ihrem eigentlichen Menschsein verhilft, nicht zu effektiverer Lohnarbeit. Denn die »Teilhabe an einem ›Produktionssystem«, gleichgültig welcher Art, hat von jeher [...] die Bildungsfunktion der Schule bedroht.«<sup>24</sup> Anders gesagt: Der Wert spezialisierter Ausbildung würde zugunsten des Werts ganzheitlicher Bildung abnehmen. Da der Anteil von

21 Siehe ebenda. S. 409f.

22 Siehe Erich Fromm: *Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle*. In: Derselbe: *Über den Ungehorsam und andere Essays*. München 1982. S. 105.

23 Christian Fuchs: *Informationsgesellschaftlicher Kapitalismus und die Forderung nach einem universellen, bedingungslosen Grundeinkommen*. O. O. 2002.

[Http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/infogestechn/grundeinkommen.html](http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/infogestechn/grundeinkommen.html).

24 Illich: *Schulen helfen nicht*. S. 16.

Eigenarbeit vermutlich steigen würde, stiege auch das Bedürfnis nach allgemeinen Kenntnissen und Fertigkeiten. Wird als lästig empfundene Lohnarbeit durch die Einführung eines Grundeinkommens zu teuer, müssten die mit ihr verbundenen Tätigkeiten vorrangig in lokalen Netzwerken erfolgen. Derartige »Kooperationsringe« dürften jedoch weder als eine Rückkehr zur dörflichen Ökonomie verstanden werden, noch als isolierte Maßnahme zugunsten von Randgruppen,<sup>25</sup> vielmehr als Möglichkeit zu individueller Persönlichkeitsbildung, Entfaltung und Bedürfnisbefriedigung. Sie korrespondieren in gewisser Hinsicht mit dem, was Mühsam als Zielvorstellung des Föderalismus vor Augen hatte.<sup>26</sup> Durch die Orientierung an überschaubaren ländlichen Strukturen haftet vielen anarchistischen Strömungen bis heute etwas Regressives an.<sup>27</sup> Die Chance für eine menschenwürdige, freie Gesellschaft liegt jedoch darin, die Aufhebung der Entfremdung in der Subsistenzwirtschaft auf einer höheren technologischen Ebene in den.

Eine Politik hingegen, die Erwerbsfähigkeit auf Kosten von Mußfähigkeit und Ausbildung auf Kosten von Bildung fördert, obwohl die Ökonomie immer weniger Arbeit braucht und immer mehr Zeit freisetzt, erzeugt Abkehr vom Politischen, fördert damit die Suche nach Sündenböcken, protofaschistische Ideologien und Gewalttätigkeit.<sup>28</sup>

Für die Bildungsinstitutionen hätte eine gesellschaftliche Umwälzung in diesem Sinn freilich weitreichende Folgen, denn Erziehung ist nunmal nicht nur eine gesellschaftliche Funktion:

»Das wissen Erzieher und Pädagogen, die früher oder später immer in Konflikt mit der Gesellschaft, der Institution, der Administration und mit den zu angepaßten, sprich zu sozialisierten Eltern geraten. Sie wissen es um so mehr, als sie sich dazu berufen fühlen, das Kind zu Selbstachtung und damit zu sich selbst zu bringen, anstatt es durch die Einschärfung der geltenden Normen der Gesellschaft anheimzugeben.

So »stellt« die Sozialisierung sehr wohl, wie Laville anmerkt, »ein Problem dar«, aber im entgegengesetzten Sinne: Das Übermaß an Sozialisierung, nicht der Mangel, verhindert die individuelle Autonomie. Genauer gesagt ist es die Priorität, die besorgte Eltern der schulischen Sozialisierung gegenüber der Erziehung geben, dem Schulerfolg gegenüber der sensorischen

25 Siehe Gorz: Arbeit. S. 153.

26 Siehe Erich Mühsam: Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat. Was ist kommunistischer Anarchismus? Berlin o. J. S. 25.

27 Siehe ebenda. S. 63.

28 Siehe Gorz: Arbeit. S. 83.

und affektiven Entfaltung, dem Erwerb von sozialen ›Kompetenzen‹ gegenüber der Entwicklung imaginativer und kreativer Fähigkeiten und der Befähigung, sich seiner selbst anzunehmen und Selbstachtung jenseits vorgegebener Wege zu gewinnen. Die Sozialisierung wird solange frustrierte, unangepaßte, verstümmelte und hilflose Individuen hervorbringen, wie sie daran festhält, alles auf die Integration in eine ›Arbeitnehmergesellschaft‹, in der alle Tätigkeiten nur als ›Mittel, seinen Lebensunterhalt zu verdienen‹, geschätzt werden.«<sup>29</sup>

Für die Produktion hätte der hier geforderte Prioritätenwandel letztendlich weitreichende Konsequenzen: Zunächst könnten wir uns von der Vorstellung befreien, dass die Qualifikation der Arbeitskräfte deren Anstellung, dass Ausbildung der produktiven Arbeit vorausgehen müsse.<sup>30</sup> Zwischen vorgegebenem schulischen Fächerkanon und Arbeitsteilung gibt es offensichtliche Wechselwirkungen; hebt man die eine partiell auf, bricht der andere mehr und mehr in sich zusammen, Sicherheit suggerierende Kategorien würden nach und nach ihren Wert verlieren.<sup>31</sup> Junge Menschen bräuchten nicht mehr vorneweg von den Schulen entfremdet zu werden, die heute »den Anspruch erheben, sowohl Erzeuger als auch Verbraucher ihres Wissens zu sein, das sie als eine Ware verstehen, die in der Schule auf den Markt gebracht wird. Die Schule macht die Entfremdung zur Vorbereitung auf das Leben, und so spaltet sie Erziehung von Wirklichkeit ab und Arbeit von Kreativität.«<sup>32</sup> Durch die steigende Bedeutung nicht entfremdeter Eigenarbeit sänke der Bedarf an technischen Spielereien und stiege die Nachfrage nach einfachen und langlebigen Produkten, die ohne größeren Aufwand von den sie Benutzenden auch repariert werden können.<sup>33</sup> Eine Wirtschaft für haltbare Waren wäre eben nicht nur ökologisch und sozial nachhaltig, sondern das Gegenteil der kapitalistischen Wirtschaftsform, die das Veralten und »Kaputt-Gehen« von Produkten einplant. Damit soll keineswegs dem Menschen dienlicher technischer Fortschritt verteufelt werden; es sei aber der Umkehrschluss gestattet, dass wirkliche Nachhaltigkeit und Kapitalismus sich widersprechen, sich nicht vertragen, mithin das Eine nur ohne das Andere möglich ist. Die »Erziehung für eine

29 Gorz: Arbeit. S. 97f.

30 Siehe Illich: Schulen helfen nicht. S. 32f.

31 Siehe Ivan Illich: Entschulung der Gesellschaft. Aus dem Engl. von Helmut Lindemann und Thomas Lindquist. 4., überarb. und erw. Aufl. München 1995. S. 65.

32 Ebenda. S. 74.

33 Siehe ebenda. S. 181.

Konsumgesellschaft«<sup>34</sup> sollte durch eine Erziehung für eine Multiaktivitätsgesellschaft<sup>35</sup> ersetzt werden. Das heißt: »Jede und jeder muß von Kindheit an durch die Fülle der sie umgebenden Gruppen, Verbände, Werkstätten, Klubs, Kooperativen, Vereinigungen und Organisationen, die sie für ihre Tätigkeiten und Projekte zu gewinnen suchen, mitgerissen und umworben werden. Es geht dabei um künstlerische, politische, wissenschaftliche, ökosophische, sportliche, handwerkliche und Beziehungsaktivitäten, Selbstversorgungs- und Reparaturarbeiten, Restaurierungsarbeiten des natürlichen und kulturellen Erbes, um die Gestaltung des Lebensraums und Energieersparnisse, um ›Kinderläden‹, ›Gesundheitsläden‹, Netzwerke zum Austausch von Dienst- und Hilfeleistungen, gegenseitiger Unterstützung etc.«<sup>36</sup>

Fernerhin: Statt den Stempel der Minderwertigkeit aufgedrückt zu bekommen, muss diskontinuierliches, unregelmäßiges Arbeiten zu einem wünschenswerten Recht und Ziel, einer geachteten Form der Vielseitigkeit und Alltagskultur werden und nicht zuletzt sozial abgesichert sein.<sup>37</sup> Zurzeit jedoch fordern die spärlichen Besucher von Protestkundgebungen »Wir wollen Arbeit!« und verkünden damit »den Sieg des Kapitals über eine Menschheit von unterworfenen Arbeitnehmern, die keine mehr sind, jedoch auch nichts anderes zu sein vermögen.«<sup>38</sup> Notwendig hingegen scheint die Forderung nach einer Wiederaneignung der Zeit!

In Gorz' »Multiaktivitätsgesellschaft« ist durchaus Platz für das menschliche Streben nach Anerkennung und Erfolg, für das Sich-Messen mit Anderen. Ziel einer solchen Gesellschaft wäre, dass »jeder einem kooperativen Selbstversorgungsunternehmen, einem Selbsthilfenetzwerk, einer wissenschaftlichen Forschungsgruppe, einem Orchester oder Chor, einer Theater-, Tanz- und/oder Malereiwerkstatt, einem Sportverein, einer Yoga- oder Judo-Schule etc. angehört. Und daß das Ziel der Sport- oder Kunst-›Gesellschaften‹ nicht die Auslese, die Ausscheidung, die Hierarchisierung ist, sondern *darin besteht, jedes einzelne Mitglied dazu zu ermutigen, sich fortlaufend im Wettstreit und im Zusammenspiel mit den anderen neu zu definieren und zu überbieten. Dieses Streben jedes Einzelnen nach Vortrefflichkeit ist das gemeinsame Ziel aller.*«<sup>39</sup>

34 Ebenda. S. 173.

35 Siehe Gorz: Arbeit. S. 92.

36 Ebenda. S. 144.

37 Siehe ebenda. S. 77f.

38 Ebenda. S. 78.

39 Ebenda. S. 109.

Voraussetzung für eine derartige Gesellschaft sei ein unbedingtes Grundeinkommen als Bedingung für ein wirkliches Recht auf Arbeit, auf konkrete Arbeit, nicht auf entfremdete und abstrakte.<sup>40</sup> Unbedingt deshalb, da es kaum zu vermitteln wäre – so der gesellschaftlich Reichtum gerechter verteilt werden soll, sprich: eine Umverteilung von oben nach unten angestrebt wird – den Wohlhabenden, denen ja von ihrem Reichtum genommen werden soll, nun ausgerechnet das Grundeinkommen zu verwehren (und sie damit zu Bürgern zweiter Klasse zu stempeln). Bedingungen für den Bezug eines Grundeinkommens stellen, hieße auch, alle Lebenszusammenhänge dem Geld unterzuordnen, etwa Erziehungsarbeit der Erwerbsarbeit gleichzustellen und Mutter- und Vaterschaft dem Warentausch.<sup>41</sup> Ein unbedingtes Grundeinkommen rechtfertigt sich aus dem gesellschaftlichen Charakter des Reichtums und einer egalitären Moral: Alle sollen am gesellschaftlichen Reichtum ohne Gegenleistung teilnehmen dürfen. Existenzrecht als Grundrecht wie Freiheit und Sicherheit, für die schließlich auch keine Gegenleistungen verlangt werden. »Wer ein solches Bürgergehalt fordert, will also nicht ungerechtfertigt umverteilen, sondern im Gegenteil die alltägliche Umverteilung und private Aneignung gesellschaftlichen Reichtums unter dem ideologischen Deckmantel von Privateigentum und Leistungsmoral korrigieren.«<sup>42</sup>

Eine Umgestaltung der Gesellschaft muss sinnvollerweise Hand in Hand gehen mit einer Umgestaltung unserer Städte und Gemeinden: »Die Wiederherstellung einer gelebten und lebbareren Welt setzt polyzentrische, intelligible Städte voraus, in denen jedes Viertel oder jede Nachbarschaft eine Reihe von allen jederzeit zugänglichen Orten für die selbständigen Aktivitäten, die Eigenversorgung, die selbständige Bildung, den Austausch von Dienstleistungen und Wissen bereitstellt, eine große Fülle von Kinderkrippen, öffentlichen Parkanlagen, Versammlungsorten, Sportgeländen, Turnhallen, Werkstätten, Musiksälen, Schulen, Theatern und Biblio- und Videotheken, Wohngebäude, die mit Begegnungsstätten, Spielzimmern für Kinder, Speiseküchen für alte oder behinderte Menschen etc. ausgestattet sind.«<sup>43</sup>

40 Siehe ebenda. S. 111ff.

41 Siehe ebenda. S. 123.

42 Michael Th. Greven: Von der Sozialleistung zum Bürgergehalt. Die Entprivatisierung des gesellschaftlichen Reichtums. In: Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Hrsg. von Michael Opielka und Georg Vobruba. Frankfurt am Main 1986. S. 65.

43 Gorz: Arbeit. S. 146.



### 3.3 *Befreiung der Gesellschaft – Befreiung des Individuums*

Die Erziehung zu einer solchen Gesellschaft setzt paradoxerweise deren Existenz bereits voraus, denn »Schule kann und wird nie völlig anders sein als die Gesellschaft, die sie schafft und umgibt.«<sup>44</sup> Emanzipatorische Elemente in Erziehung und Bildung müssen jedoch als trojanisches Pferd in unsere nicht emanzipierte Gesellschaft zurückwirken. Wenn ein Bruch mit der bisherigen Gesellschaftsordnung notwendig ist, »so ist doch gleichfalls richtig, daß 1. dieser Bruch theoretisch vorweggenommen werden kann nur in Kategorien, Denkweisen und Träumen, die von der bestehenden Gesellschaft und der in ihr praktizierten Unterdrückung, Unfreiheit und Ausbeutung nicht nur leiden, sie erkennen und sie abschaffen wollen, sondern von ihnen auch bis in ihre feinsten Regungen und Verhaltensweisen geprägt und verstümmelt sind und daß 3. die freie Gesellschaft nur auf den – gefesselten und verstümmelten – Kapazitäten der unfreien Gesellschaften aufbauen kann.«<sup>45</sup>

Vobruba beschreibt, dass die biografische Mobilität der Personen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen erstaunlich hoch sei<sup>46</sup> und beobachtet neue Uneindeutigkeiten zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit,<sup>47</sup> die freilich durch die hohe Transferenzugsrate in die Illegalität verwiesen werden. An die Gesellschaft wäre jedoch der Anspruch zu stellen, das Recht auf Existenz mit dem auf selbstbestimmte Arbeit sinnvoll zu verbinden.

Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, dass eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft gelingt? Gesellschaftlicher Wandel ist wenig erfolgreich ohne eine Veränderung der Individuen. Andererseits bestimmt gesellschaftliches Sein auch individuelles Bewusstsein und Unterbewusstsein. Die Befreiung der Gesellschaft ist somit Voraussetzung für die Befreiung der Individuen. Letzteres wiederum Bedingung dafür, dass die Gesellschaft frei bleibt. Anale, nekrophile und narzisstische Elemente der

44 Jens-Eberhard Jahn: Reform statt Reförmchen. Zusammenfassende Zwischenbilanz zur Arbeit der sächsischen Zukunftskommission Bildung. In: Zukunftswerkstatt Schule. Hrsg. von der AG Bildungspolitik beim Parteivorstand der PDS. Berlin. Jg. 13. 2003. H. 3. S. 38.

45 Reimut Reiche: Sexualität und Klassenkampf. Zur Abwehr repressiver Entsublimierung. Frankfurt am Main, Hamburg 1971. S. 170 (Fischer-Bücherei. Bd. 6082).

46 Siehe Vobruba: Alternativen. S. 106.

47 Siehe ebenda. S. 129.

Persönlichkeitsstruktur der Menschen müssten deshalb in einem langwierigen und mühsamen Prozess zurück gedrängt werden: »Wenn wir unseren politischen und religiösen Idealen, dem christlichen wie auch sozialistischen Ideal der Selbstlosigkeit und Brüderlichkeit treu bleiben wollen, so besteht unsere Aufgabe darin, das Maß des Narzißmus in jedem einzelnen von uns zu reduzieren. Obwohl dies Generationen in Anspruch nehmen wird, ist es heute leichter als je zuvor, weil der Mensch die Möglichkeit hat, die materiellen Bedingungen für ein menschenwürdiges Dasein eines jeden zu schaffen. Die Entwicklung der Technik wird das Bedürfnis zum Verschwinden bringen, daß eine Gruppe die andere versklavt und ausbeutet; sie hat bereits den Krieg als eine wirtschaftlich vernünftige Aktion zu einer veralteten Einrichtung gemacht. Zum erstenmal wird nun der Mensch aus seinem halb-tierischen Zustand in einen voll-menschlichen hineinwachsen und deshalb auf die narzißtische Befriedigung verzichten können, mit der er seine materielle und kulturelle Armut bisher kompensiert hat.«<sup>48</sup>

Eine solche Aufgabe wird freilich zur Quadratur des Kreises, wenn die Mittel, die Methoden nicht mit den gesellschaftlichen Zielen übereinstimmen. Nur durch wirksame Vermehrung demokratischer Verfahren in allen gesellschaftlichen Bereichen kann verhindert werden, dass ein Staat, der alle mit einem Grundeinkommen ernährt, zu einer Muttergottheit mit diktatorischen Eigenschaften wird.<sup>49</sup> Im Gegenteil soll das Grundeinkommen jeder Bürgerin und jedem Bürger zur maximal möglichen Freiheit verhelfen, dazu, dass »das Bedürfnis, zu wirken, zu werken und von anderen anerkannt zu werden, nicht mehr die Form einer bezahlten und fremdbestimmten Arbeit annehmen«<sup>50</sup> muss. Einige Folgen, die die Einführung eines allgemeinen und unbedingten Grundeinkommens hätte, sind bereits angedeutet worden. Welche Konsequenzen sich aber konkret daraus ergeben würden und ob eine solche Maßnahme sozialhygienisch reformistisch wirken würde oder die Fanfare zum Ende des Kapitalismus wäre, kann freilich vorab nicht entschieden werden. Ebenso wenig kann geklärt werden, was die Menschen mit dem Grundeinkommen anfangen werden, ob ArbeitnehmerInnen im

48 Erich Fromm: Die Seele des Menschen: ihre Fähigkeit zum Guten und zum Bösen. Frankfurt am Main [u. a.] 1981. S. 49 (Ullstein Buch. Nr. 35076). S. 94.

49 Siehe Erich Fromm: Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle. In: Derselbe: Über den Ungehorsam und andere Essays. München 1982. S. 115.

50 Gorz: Arbeit. S. 102f.

Niedriglohnbereich kündigen werden und Arbeitskräftemangel eintritt. Wir wissen nicht, was ein Grundeinkommen für Auswirkungen auf die Schwarzarbeit hätte. Da regelmäßige Lohnarbeit auch diszipliniert – wird es durch ein Grundeinkommen zu Undiszipliniertheit kommen? Würden Lebensängste und Abhängigkeiten tatsächlich gemindert? Jugendliche nicht mehr von ihren Eltern und LehrerInnen, Ehefrauen nicht mehr von ihren Ehemännern, ArbeitnehmerInnen nicht mehr von ArbeitgeberInnen abhängen?<sup>51</sup> Vielleicht wäre auch eine Enthierarchisierung aller Lebensbereiche die Folge, verursacht durch ein Anwachsen nicht-professioneller Arbeit, die an keine Institution mehr gebunden wäre, und in diesem Zusammenhang eine Abnahme der Bedeutung von Institutionen, eine Emanzipation der Menschen von selbsternannten, geschaffenen oder vorgestellten Autoritäten.

Lebt der Liberale ohnehin in der besten Welt aller möglichen, sieht der Konservative das Heil in der Rückkehr zu Vergangenen, Überwundenem und strebt der Faschist eine Veränderung an, die durch die Vernichtung von Sündenböcken zur »Verbesserung« der Situation für eine Elite wird, so verhält es sich bei den Linken anders: Veränderung ist nur als soziale Veränderung des Gesellschaftssystems vorstellbar. »Gerade Marx hat sehr deutlich gemacht, daß es nicht die Börsartigkeit von Herrschenden ist, die das System funktionieren läßt, sondern daß das System funktioniert und die Menschen in ihm – was nicht bedeuten soll, das Handeln stets ökonomistisch determiniert ist, aber es ist doch wesentlich davon bestimmt.«<sup>52</sup> Möglich wäre es, alle Menschen vom Zwang zur Erwerbsarbeit zu befreien – die verbleibende Frage ist deshalb, ob es wünschenswert und politisch durchsetzbar ist. Sollte die Frage bejaht werden, so ist dieses Ziel meines Erachtens am Besten mit einer Sozialdividende als allgemeinem steuerfinanziertem Grundeinkommen zu erreichen.

51 Siehe Luise Gubitzer / Peter Heintel: Koppeln oder Entkoppeln: Grundsicherung versus Grundeinkommen. In: Alternative Ökonomie. Hrsg. von Erich Kitzmüller und Ina Paul Horn. Wien, New York 1998. S. 37–42 (IFF-Texte. Bd. 4).

– Siehe auch <http://www.univie.ac.at/iffgesorg/ifftexte/band41gph.htm>.

52 Friederike Habermann: Nach dem Ende der Geschichte wird gemacht. In: Christin und Sozialistin, Christ und Sozialist. Hrsg. vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen Deutschlands (BRSD) e.V. Tübingen. Jg. 4. 1997. H. 3–4. – Siehe auch [http://www.brsd.de/archiv/CuS\\_Archiv/CuS\\_3-4\\_1997/Geschichte\\_wird\\_gemacht\\_geschichte\\_wird\\_gemacht\\_.html](http://www.brsd.de/archiv/CuS_Archiv/CuS_3-4_1997/Geschichte_wird_gemacht_geschichte_wird_gemacht_.html).

## 4 Perspektiven einer Sozialdividende

Maria Es sollte eine Strategie entwickelt werden, die außerparlamentarische mit parlamentarischen Initiativen verknüpft, um mittelfristig eine Sozialdividende durchzusetzen.

Josef Klingt gut. Sagense mal, was ganz anderes: Was tun Sie denn eigentlich so den ganzen Tag?

Maria Ich bin alleinerziehende Mutter. Da hab ich gut zu tun. Aber das Geld ist knapp. Ich arbeite 15 Stunden die Woche und kriege meinen Lohn vom Sozialamt aufgestockt. Wenn der durch Vertretungs- oder Überstunden mal höher ist als sonst gibt das 'nen riesigen bürokratischen Aufwand mit dem Sozi. Die bestrafen einen, wenn man arbeiten geht. Das hat mit der ungerechten Transferenzugsrate zu tun. Dann kommt noch dazu, dass ich mich bald frage, wo ich die Kinder lassen soll: Bei den Einrichtungen fehlt's auch an allen Ecken und Enden.

Josef Sie haben Recht. Wo Geld gebraucht würde, da fehlt's, und andererseits gehen Milliarden Steuergeschenke an die, die ohnehin genug haben. Dazu leisten wir uns militärische Abenteuer. Wir müssen den Mut finden, offensiv die Frage nach der Verteilung zu stellen und allen ins Bewusstsein zu rücken.

### 4.1 *Ein erotisches Projekt?*

Die einzige politische Partei in Deutschland, in deren Programmatik ohne größere Veränderung derselben die Forderung nach einem Grundeinkommen eingefügt werden könnte, ist die PDS. Im März 2003 belehrte André Brie seine GenossInnen, erfolgreiche Politik verlange Selbstbewusstsein, Faszination und Erotik eines politischen Projekts.<sup>1</sup> Würde die PDS die

1 Siehe André Brie: Zur Lage der PDS. Dresdner Rede. Dresden 2003 (Manuskript).

Erotik eines Grundeinkommens ertragen? Oder sind die bisherigen Grund-sicherungskonzepte bereits erotisch genug? Es ist klar, dass Kritik am derzeitigen PDS-Konzept von unterschiedlichster Seite kommt und sich mal an der Frage der Finanzierbarkeit, mal an der gesellschaftlichen Perspektive (wie bei Blaschke) festmacht. Da zur Finanzierung keine detaillierten Berechnungen vorliegen, bleibt die Kritik vage und kann demnach auch nur allgemein pariert werden. Generell ist es dabei wichtig, die immer wiederkehrende Parole von der hohen Steuerlast am »Standort Deutschland« als Mythos zu entlarven (siehe S. 24). Darüber hinaus darf nicht länger hingenommen werden, dass die den Staat treffenden finanziellen Krisenlasten über die Lohnarbeitszentriertheit sozialer Sicherungssysteme gerade an die Schwächsten weiter gereicht werden. Allein diese offensichtliche Widersinnigkeit lässt es angeraten erscheinen, das System sozialer Sicherung aus seiner Lohnarbeitszentriertheit zu lösen.<sup>2</sup> Arbeitsmarktpolitisch kontraproduktiv ist auch die Regelung, dass das Arbeitslosengeld nach dem letzten Einkommen berechnet wird: Denn dadurch wird es individuell rational, in Zeiten unsicherer Beschäftigung eine Vollzeitstelle anzustreben, was gesamtwirtschaftlich freilich irrational ist und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Teilzeitarbeit blockiert.<sup>3</sup> Ratsam scheint deshalb ein Grundeinkommen für alle als Bürgerrecht, eine Entkoppelung von Existenzgeld, Einkünften durch Erwerbsarbeit und geleistete Arbeitszeit. Ich plädiere deshalb dafür, ein Grundeinkommen in Form einer Sozialdividende – trotz der damit verbundenen Kosten – zu *dem* erotischen politischen Projekt der Linken, einschließlich der PDS, zu machen.

Mechthild Veil wies in der »Frankfurter Rundschau« zu Recht auf die grundsätzliche Schwierigkeit hin, in Deutschland eine allgemeine steuerfinanzierte soziale Sicherung einzuführen:

»Völlig tabuisiert waren Überlegungen, in der Bundesrepublik eine Einheitsversicherung, wie sie in der DDR galt einzuführen, d.h. eine soziale Sicherung, die allen Bewohnern des Landes unabhängig von der Beitragszahlung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und Alter einheitliche Leistung gewährt. Obwohl die Einheitsversicherung durch den in den Nachkriegsjahren breit diskutierten Beveridge-Plan europaweit Anerkennung

2 Siehe Georg Vobruba: Die Entflechtung von Arbeiten und Essen. Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik und garantiertes Grundeinkommen. In: Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Hrsg. von Michael Opielka und Georg Vobruba. Frankfurt am Main 1986. S. 44f.

3 Siehe ebenda. S. 50.

erhielt, war seine Umsetzung in der Bundesrepublik auf Grund des ideologischen Tabus nicht möglich. Ein egalisierender Sozialstaat stand in schlechtem Ruf und wurde z. B. von W. Schreiber als Versorgungsstaat und Kathedersozialismus diffamiert.

Diese Traditionslinie wirkt gegenwärtig noch in den Kontroversen über die Einführung einer steuerfinanzierten Grundsicherung nach. Die Kontroverse ist ideologisch besetzt. Denn im Unterschied zu anderen europäischen Ländern herrscht in der Bundesrepublik noch die Meinung vor, daß beitragsfinanzierte Leistungen einen moralisch höheren Stellenwert haben.«<sup>4</sup>

Diesen ideologischen Vorbehalten begegnet etwa Dürrschmidt, indem er die Parallelität von Grundsicherung und bestehenden Sicherungssystemen betont;<sup>5</sup> die Schwierigkeiten, die sich andererseits daraus ergeben, sind oben angedeutet worden. Eine Möglichkeit, die Forderung nach konsequent steuerfinanzierten Sicherungssystemen mit dem Reziprozitätsgebot (keine Leistung ohne Gegenleistung) zu verbinden, bestünde in der Adaption der früheren Vorschläge von André Gorz. Auf »Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft« antwortete er, dass jeder Bürger und jede Bürgerin das Recht auf einen normalen (was immer das heißt) Lebensstandard haben müsse, »aber jeder und jede muss auch die Möglichkeit (das Recht und die Pflicht) dazu besitzen, für die Gesellschaft das Arbeitsäquivalent dessen aufzubringen, was er oder sie verbraucht.«<sup>6</sup> Das Äquivalent für ein lebenslanges existenzsicherndes Einkommen wäre (in Weiterentwicklung der Entwürfe von Popper-Lynkeus) eine Lebensarbeitszeit von 20 000 Stunden<sup>7</sup> In jüngerer Zeit schlägt Gorz eine prinzipielle Trennung von Einkommen und Arbeit vor, das heißt ein Grundeinkommen ohne Verpflichtung zu einer Gegenleistung.<sup>8</sup>

Von linker Seite ertönt die Kritik, dass weder mit einer Grundsicherung noch mit einem Grundeinkommen die Eigentumsverhältnisse berührt würden. Die Einführung solcher Modelle wirkten sich sogar systemstabilisierend aus, denn gerade »für die kapitalistische Gesellschaft gilt, dass sich

4 Mechthild Veil: Ideologische Tabus und Traditionslinien. Deutschland und Frankreich im Vergleich. In: »Frankfurter Rundschau«. 10. März 2000. Dokumentationsseite.

5 Siehe Jürgen Dürrschmidt: Wie bleibt das System sozialer Sicherung sicher? In: Parlament von links (pvl). Dresden. Jg. 13. 2003. Nr. 3–4.

6 André Gorz: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Aus dem Franz. von Otto Kallscheuer. 3. Aufl. Berlin 1990. 291f.

7 Siehe Kuettel: Basic Income. S. 16.

8 Siehe Gorz: Arbeit.

alles verändern muss, damit das Alte erhalten bleibt.«<sup>9</sup> Brütt etwa kritisiert, dass die Verkoppelung von Lohnarbeit und Existenzsicherung erhalten bleibe, selbst das Lohnabstandsgebot tauche bei der PDS wieder auf.<sup>10</sup> Das Lohnsystem aber schließlich ist für die radikale Linke *das* Kennzeichen der Ausbeutung.<sup>11</sup> Eine weitere verbreitete Kritik der Linken betrifft die Tatsache, dass die Einführung von besseren sozialen Standards in einem bestimmten Territorium (zum Beispiel Deutschland oder der EU) nichts an den weltweiten Ausbeutungsverhältnissen ändern würde, ja zu deren Verschleierung beitragen könnte. Fuchs fordert deshalb folgerichtig die weltweite Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (siehe Zitat auf S. 46). Wengleich diese Forderung nicht nur schwerlich praktikabel sondern auch in höchstem Maße gerecht klingt, handelt es sich doch um die Folgerung aus einem »Totschlag-Argument«: Natürlich beteiligt sich Jede und Jeder in unserem Teil der Welt – ob er/sie will oder nicht – an der Ausbeutung der so genannten Dritten Welt. Dies sollte jedoch nicht als Argument dafür herhalten, sozialen Fortschritt – in Solidarität mit allen Menschen – nicht auch vor der eigenen Haustür zu erkämpfen.

Wesentlich erscheint mir, die zwischen Produktion und Konsumtion liegenden Verteilungs- und Umverteilungsprozesse zur Disposition zu stellen und eben nicht der Platttheit neoliberaler Mythen auf den Leim zu gehen: »Wirtschaft, genauso wie Massenarbeitslosigkeit und Krise der sozialen Sicherung, ist kein Naturereignis, kein technisch-mechanischer Ablauf, sondern primär ein Prozess der Interessenrealisierung, ein Prozess, der von Menschen mit bestimmten Zielen ›gemacht‹ wird. Diese Seite des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftlichem und Sozialem soll wieder stärker in die Debatte gebracht werden.«<sup>12</sup>

Trostlos kommt allerdings die Kritik der Krisis-Gruppe an Grundsicherungs- und Grundeinkommenskonzepten daher<sup>13</sup> weshalb Reitter polemi-

9 Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin, Amsterdam 1995. S. 65.

10 Siehe Christian Brütt: Linksradikale Suche nach dem Sozialstaat. Die Existenzgeldforderung und ihre bürgerliche Konkurrenz. In: AK – Analyse & Kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis. Hamburg. Jg. 7. Nr. 421, 17. Dezember 1998.

11 Siehe Erich Mühsam: Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat. Was ist kommunistischer Anarchismus? Berlin o. J. S. 30.

12 Lutz Brangsch. Soziale Grundsicherung – ein zukunftsfähiges Konzept für PDS-Politik? O.O. 2001. S. 3f. (Manuskript).

13 Siehe Ernst Lohoff: Zuckerguß für eine bittere Pille. Zur Diskussion um das garantierte

siert, die Krisis-Gruppe habe »ein riesiges Verbotsschild aufgestellt auf dem steht: ›Politischer Kampf um emanzipatorische Ziele im Kapitalismus ist verboten!‹ Dieses dumme Prinzip, das vollmundig als ›Kritik der Politik‹ verkauft wird, führt zu seltsamen Konsequenzen.«<sup>14</sup> Warten auf den finalen Zusammenbruch des Kapitalismus, wie es Krisis vorschwebt, genüge nicht. Vielmehr ermögliche ein Grundeinkommen zum Beispiel, hier und heute den Kampf um die nachkapitalistische Gesellschaft zu beginnen. In seiner Polemik verweist Reitter auf den sinnstiftenden Wert der Lohnarbeit für die Integration der Individuen in die Gesellschaft. Um der Arbeit an sich einen sinnstiftenden Wert im emanzipatorischen Sinne jenseits der Disziplinierung zurück zu geben, sei ein Grundeinkommen, das vom Zwang zur Lohnarbeit befreit, unverzichtbar.<sup>15</sup>

Rheinlaender<sup>16</sup> betrachtet das Grundsicherungsmodell als reaktionäres – da systemkonformes – Gegenstück zur Grundeinkommens- beziehungsweise Existenzgeldforderung. Freilich muss es jedoch möglich sein, die Forderung nach kurzfristiger Einführung einer Grundsicherung für bestimmte soziale Gruppen und deren mittelfristiger Einführung für alle BürgerInnen (nicht notwendigerweise nur StaatsbürgerInnen) durch das Konzept einer langfristigen Einführung eines Grundeinkommens zu ergänzen. Dieses Grundeinkommen könnte in der Tat alle zur Zeit existierenden Sicherungssysteme ersetzen. Ebenso wie bei der derzeit geplanten Abschaffung der Arbeitslosenhilfe wäre dabei jedoch zu klären, welche Sozialleistungen unter dem Eigentumsschutz von Artikel 14 des Grundgesetzes stehen.<sup>17</sup>

Mindesteinkommen. In: Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit. Hrsg. von Robert Kurz, Ernst Lohoff und Norbert Trenkle. Hamburg 1999. S. 209–227.

14 Karl Reitter: Warum garantiertes Grundeinkommen? Eine Antwort auf Ernst Lohoff. O.O. o.J. <http://mailbox.univie.ac.at/Karl.Reitter/grundeinkommen.htm>.

15 Siehe ebenda.

16 Siehe Martin Rheinlaender: Wir brauchen keine Zauberformeln. Die Existenzgelddebatte drückt sich um eine Kritik der Arbeit. In: Analyse & Kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis. Hamburg. Nr. 425, 15. April 1999. S. 27.

17 Siehe DGB-Landesbezirk Sachsen: Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. In: Weg mit der Arbeitslosenhilfe? Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenführen? Hrsg. von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Dresden 2002. S. 38–42 (Sozialpolitik aktuell. 9).



## 4.2 *Stimmungen, öffentliche Meinung und die Linke*

Die bisherigen Überlegungen zur PDS haben gezeigt, dass diese Partei

- auf der programmatischen Ebene über konkrete Vorstellung zur Reform der bisherigen nicht ausreichenden sozialen Sicherungssysteme verfügt, wobei sie die existierenden Systeme stärken und durch eine soziale Grundsicherung ergänzen will. Diese Grundsicherung soll oberhalb der Armutsgrenze liegen, wodurch sie für BezieherInnen ohne weiteres Einkommen aus Transferleistungen oder Erwerbsarbeit de facto zu einem Grundeinkommen wird. Deshalb kann die Grundsicherungsdebatte in der PDS als Teil einer umfassenderen Grundeinkommensdebatte verstanden werden;
- auf der parlamentarischen Ebene durch Anträge, Anfragen, öffentliche Stellungnahmen von Abgeordneten, Hearings und Workshops bemüht ist, ihre Positionen wahrnehmbar in die Öffentlichkeit zu tragen und somit zu zeigen, dass sie über Konzepte für eine Reform der derzeitigen Gesellschaft verfügt.

Wenn sich die PDS nach dem Debakel bei der Bundestagswahl 2002 stärker als bisher konstruktiv in die Gesellschaft und die öffentliche Meinung einbringen möchte, sollte in Übereinstimmung mit den Geraer Beschlüssen die soziale Sicherheit eines der vier Themen sein (neben Frieden, »Osten« und Bildung), in dem sie unverwechselbares sozialistisches Profil zeigen kann. Hierbei müsste meines Erachtens das Grundsicherungskonzept an Schärfe gewinnen und eben als Konzept – und nicht als Stückwerk – mit einer mittelfristigen Strategie in die Öffentlichkeit getragen werden. Neben der Partei kommt den Landtagsfraktionen (und der Europafraktion) dabei eine besondere Bedeutung zu, nicht zuletzt auf Grund des Wegfalls der Bundestagsfraktion. Die Verantwortung der Fraktionen kann sich dabei nicht nur auf parlamentarische Initiativen im engeren Sinne beschränken, denn die »Entscheidung über die Ausgestaltung des letzten allgemeinen sozialen Sicherungssystems ist von fundamentaler gesellschaftspolitischer Bedeutung. In ihr manifestiert sich die Haltung der Gesellschaft gegenüber ihren ärmsten Mitgliedern. Entsprechend sollte die Diskussion nicht nur den Fachleuten aus Politik und Wissenschaft überlassen, sondern ein breiter gesellschaftlicher Diskurs geführt werden.«<sup>18</sup>

18 Bruno Kaltenborn: Von der Sozialhilfe zu einer zukunftsfähigen Grundsicherung. 2. Aufl. Baden-Baden 1998. S. 13.

Dies soll im Folgenden ausgeführt werden. Um Stimmungen in der Bevölkerung nutzen beziehungsweise verändern zu können ist es zunächst notwendig, diese zu kennen und sich mit ihnen auseinander zu setzen. Da meines Erachtens ein Grundeinkommen mittel- bis langfristig auf europäischer Ebene zur Debatte steht, gilt dies auch EU-bezogen. Gallie und Paugam<sup>19</sup> weisen in ihrem Bericht für die Europäische Kommission zur sozialen Prekarität und Integration auf unterschiedliche Einstellungen zur Armut in den EU-Mitgliedsstaaten hin, die sozialistische Politik zu berücksichtigen hat: »Auch was die Ursachen von Armut betrifft, herrschen in den einzelnen Ländern große Meinungsunterschiede. Der Anteil der Personen, die Armut persönlichen Eigenschaften zuschreiben, war in Portugal am höchsten (48%), gefolgt von Dänemark (47%), dem Vereinigten Königreich (43%) und Irland (41%). Im Unterschied dazu herrschte vor allem in Schweden und Ostdeutschland (69%), Finnland (66%), Frankreich und Westdeutschland (59%) die Meinung vor, Armut sei auf gesellschaftliche Ursachen zurückzuführen. [...]

Welchen Ursachen Armut zugeordnet wird, hängt stark von der Konjunkturlage ab. In den meisten nord- und mitteleuropäischen EU-Ländern (sowie Spanien) waren die Argumente der Eigenverschuldung, etwa persönliche Faulheit, zwischen 1989 und 1993 im Zuge der Verschlechterung der Wirtschaftslage stark rückläufig, während sie in den Jahren zwischen 1993 und 2001 bei einer verbesserten Wirtschaftslage wieder an Boden gewannen. [...] Die Bevölkerung in den südlichen Ländern der EU war eher geneigt, von einer ›Vererbung‹ der Armut auszugehen: 53% der Bevölkerung in Griechenland und Portugal und 46% in Italien und Spanien waren der Ansicht, Arme seien schon immer arm gewesen.«<sup>20</sup>

Die Ansicht, Armut sei Folge gesellschaftlicher Ursache – und nicht individueller Schuld – ist in Deutschland, und hier vor allem im Osten, relativ weit verbreitet; hier könnte eine sozialistische Sozial- und Wirtschaftspolitik anknüpfen. Die Studie kommt außerdem zu dem Schluss, dass in Europa nur knapp die Hälfte der Arbeitnehmer auch dann weiterarbeiten würden, wenn sie es finanziell nicht nötig hätten, bei ungelerten Arbeitern noch weniger.<sup>21</sup> Kuettel bemerkt kritisch aus Schweizer Perspektive: »Strukturelle

19 Siehe Duncan Gallie / Serge Paugam: Soziale Prekarität und soziale Integration. Bericht für die Europäische Kommission auf der Grundlage von Eurobarometer 56.1. Brüssel 2002.

20 Ebenda. S. iif.

21 Siehe ebenda. S. viii.

Bedingtheiten werden kaum mehr als solche wahrgenommen, sondern mit individueller Leistung bzw. persönlichem Versagen in Verbindung gebracht. An die Stelle von strukturellen Diagnosen und systembezogenen Problemlösungsansätzen, die z.B. die gegenwärtigen Bedingungen und Dysfunktionen des Erwerbsarbeitsmarktes miteinbeziehen und zu verändern trachten, treten personenbezogene Beratungen und Therapien, Arbeitslosigkeit, auch Massenarbeitslosigkeit, wird als Einzelschicksal erfahren, das nicht mehr Klassen oder Schichten trifft, sondern einzelne Markt-Individuen, die in bestimmten Phasen ihres Lebens ein persönliches Problem zu lösen haben. Je lebensphasenspezifischer die Arbeitslosigkeit ist, je weniger sie also in Dauerarbeitslosigkeit umschlägt, desto mehr wird die erneute Beschäftigung als persönlicher Erfolg empfunden: gleichzeitig impliziert das Abgleiten in Dauerarbeitslosigkeit Unfähigkeit oder mangelnden Leistungswillen. Während in der Blütezeit des Fordismus Arbeitslosigkeit individuell verursacht war und als individuell wahrgenommen wurde, ist Arbeitslosigkeit heute ein kollektives, strukturell bedingtes Problem, dessen Verarbeitung aber nach wie vor auf individueller Ebene erfolgt.«<sup>22</sup>

Niedrige Arbeitsverbundenheit könnte im Falle der Einführung eines Grundeinkommens inflationäre Tendenzen unterstützen, denn für Arbeiten, die niemand mehr ausführen möchte, müssten stärkere finanzielle Anreize geschaffen werden. Kuettels Bemerkungen zur Problematik der Arbeitsmotivation implizieren inflationäre Risiken: »Bei gefährlicher, lästiger, mühsamer, monotoner Arbeit allerdings, die gleichzeitig sehr niedrig bezahlt ist, sind durch die Einführung eines Grundeinkommens Veränderungen im Arbeitsangebot zu erwarten. Darauf wird der Arbeitsmarkt mit einer entsprechenden Anpassung reagieren. Ist *schlecht bezahlte, nicht prestigeträchtige Arbeit* gesellschaftlich unverzichtbar, so wird diese nach der Einführung eines Grundeinkommens besser bezahlt werden müssen.«<sup>23</sup>

Die Alternative, ein Grundeinkommen nur an Staatsbürger auszuzahlen und unliebsame, gefährliche, schwere oder schmutzige Arbeiten von einem Immigrantenheer verrichten zu lassen, kann keine Option emanzipatorischer, sozialistischer Politik sein. Die Angst, die von vielen geäußert wird, nach der Einführung eines Grundeinkommens würde niemand mehr arbeiten wollen, scheint indes unbegründet: Der materielle Anreiz ist schließlich keineswegs das einzige Motiv, sich anzustrengen, da gibt es auch noch

22 Kuettel: Basic Income. S. 58f.

23 Ebenda. S. 76.

Prestige, soziale Kontakte und Selbstbestätigung. Nicht zu leugnen ist jedoch, dass der »Umstand, dass Arbeit gegen Entlohnung stattfindet,« dafür spricht, »dass der Leidaspekt von Arbeit überwiegt.«<sup>24</sup> Ein anderer oft gehörter Einwand, das Grundeinkommen würde »missbraucht« scheint von einem zweifelhaften Klassenstandpunkt aus geäußert. Wer schließlich macht sich Gedanken über den »Missbrauch« des Vermögens der Reichen? Wissen Erben und Vermögensmillionäre mit ihrem Reichtum besser umzugehen?<sup>25</sup> Wer nimmt auch ernsthaft an, dass nach Einführung des Nulltarifs für Öffentliche Verkehrsmittel die Menschen rastlos von morgens bis tief in die Nacht Bus und Bahn fahren würden?<sup>26</sup> »Vermutlich würde der Mißbrauch des garantierten Einkommens nach kurzer Zeit wieder verschwinden, genauso wie auch die Leute, wenn sie für Süßigkeiten nichts zu bezahlen brauchten, sich nach ein paar Wochen nicht mehr daran überfressen würden.«<sup>27</sup> Nichtsdestotrotz gibt es »die Horrorvorstellung des isolierten Video-Guckers, der mit dem Mindesteinkommen befriedigt wird« oder der missbräuchlich Grundsicherung beziehenden Zahnarztgattin.<sup>28</sup> Niemand käme auf die Idee, die Krankenkassen würden von ZahnarztgattInnen missbraucht. Reiche zahlen ja in der Regel auch mehr Krankenkassenbeiträge als etwa ein Tellerwäscher. Und als Bezieherinnen einer steuerfinanzierten Grundsicherung würden ZahnarztgattInnen eben auch mehr Steuern bezahlen als dieser. Inhalt einer sozialpolitischen Bündnisstrategie sollte es daher sein, die im protestantischen Arbeitsethos<sup>29</sup> wurzelnden Parasitismusvorwürfe zu entlarven und zu einer gewandelten Einstellung Arbeit und Leben gegenüber beizutragen. Darüber hinaus kann die »Tatsache allein, dass Menschen nichts mehr mit sich anzufangen wissen, wenn sie nicht mehr arbeiten, [...] doch nicht als Argument dafür herhalten, dass alle Menschen arbeiten sollten. Vielmehr drückt dies doch die Beschränktheit eines Lebens aus, das sich allein auf Erwerbsarbeit und das zugehörige Umfeld fixiert. Sollte nicht deshalb die Ursache dieser Pathologie des Sozialen untersucht und beseitigt werden?«<sup>30</sup>

24 Vobruba: Alternativen. S. 94.

25 Siehe Kuettel: Basic Income. S. 71.

26 Siehe Erich Fromm: Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle. In: Derselbe: Über den Ungehorsam und andere Essays. München 1982. S. 108f.

27 Ebenda. S. 109.

28 Siehe Garms: »Wer nicht arbeitet ...«. Kap. 1.

29 Siehe Max Weber: Die protestantische Ethik. Teil 1: Eine Aufsatzsammlung. 7., durchges. Aufl. Gütersloh 1984 (Gütersloher Taschenbücher Siebenstern. Bd. 53).

30 Eichler: Armut. S. 131.

Die Thesen von der »sozialen Hängematte« und der »Armutsfalle« gehen beide ins Leere, denn Längsschnittdaten zeigen, dass die Mobilität zwischen Sozialhilfebezug und anderen Einkommens- und Lebenslagen hoch und der Anteil der DauerbezieherInnen unter allen BezieherInnen von Sozialhilfe gering ist: »Von 100%, die innerhalb eines Jahres Sozialhilfe beanspruchen, beziehen nach mehr als fünf Jahren nur noch ungefähr 8% diese Hilfeleistung.«<sup>31</sup>

Gallie und Paugam zeigen in ihrer oben bereits zitierten Untersuchung auch, »dass Armut aufgrund prekärer Lebens- und Arbeitssituationen in engem Zusammenhang mit einer negativeren Einstellung gegenüber der Gesellschaft und größerer Unzufriedenheit mit der Demokratie steht.«<sup>32</sup> Schwach ausgeprägt sei diese Unzufriedenheit in Dänemark, wesentlich stärker in den ostdeutschen Bundesländern, Frankreich, Italien und Griechenland. Unzufriedenheit kann sich in allgemeiner Politik- oder zumindest Parteienverdrossenheit äußern, aber auch in größerer Bereitschaft zu gesellschaftlichen Veränderungen und diesbezüglichen Experimenten. Solidarische Haltungen, gekoppelt mit der Bereitschaft, höhere Steuern zu bezahlen, wenn diese zur Verbesserung der Situation der Armen zugute kommen, waren am ausgeprägtesten in Dänemark, Großbritannien, Schweden, Luxemburg, Italien und Spanien. In allen europäischen Ländern vertrat jedoch ein hoher Prozentsatz der Befragten die Ansicht, Arbeitslose sollten verpflichtet werden, auch schlechter bezahlte Jobs anzunehmen. Allerdings: »Arbeitslose, von Armut Betroffene und Personen, die einem erhöhten Beschäftigungsrisiko ausgesetzt sind, sind wesentlich weniger geneigt, diese Ansicht zu teilen.«<sup>33</sup>

Mögen diese Daten für eine linke europäische Strategie unverzichtbar sein, für die PDS sind in erster Linie die auf Deutschland bezogenen Zahlen interessant, und hier vor allem jene, die die Einstellungen der Ostdeutschen zum Gegenstand haben. Für Sachsen gehen Schneider-Haase und Huxoll<sup>34</sup> davon aus, dass die Bevölkerung bezüglich wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeitsmarkt eher pessimistisch in die Zukunft blickt. In einer Unter-

31 Vobruba: Alternativen. S. 80.

32 Duncan Gallie / Serge Paugam: Soziale Prekarität und soziale Integration. Bericht für die Europäische Kommission auf der Grundlage von Eurobarometer 56.1. Brüssel 2002. S. ix.

33 Ebenda. S. x.

34 Siehe Torsten Schneider-Haase / Johannes Huxoll: [EMNID-]Politogramm Freistaat Sachsen, Dezember 2002, 24. Welle. Bielefeld 2003. S. 12f.

suchung von Chrapa stimmen 80 Prozent der in Sachsen Befragten der Aussage zu, die Gesellschaft müsse sich in Zukunft grundlegend ändern, nur 14 Prozent sahen das Prinzip der Chancengleichheit (im Gegensatz zum »Recht des Stärkeren«) realisiert.<sup>35</sup> 79 Prozent meinten, der Konflikt zwischen Arm und Reich sei stark oder gar sehr stark ausgeprägt, immer noch 70 Prozent nahmen das für den Konflikt zwischen »Arbeitgebern« und »Arbeitnehmern« an.<sup>36</sup> Von der neuen Bundesregierung erwarteten 92 Prozent der Befragten die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit; auch ein Indiz dafür, dass die WählerInnen davon ausgehen, eine solche Bekämpfung sei durchführbar. Nur acht Prozent erwarteten die Förderung von Großunternehmen.<sup>37</sup> Förster stellte in einer interessanten Längsschnittstudie den politischen Mentalitätswandel junger Ostdeutscher zwischen 1987 und 2002 fest: So wurden die jungen Leute unter Anderem gefragt, was sie vor beziehungsweise nach der Wende besser fanden. Die Zahlen von 2002 sprechen eine deutliche Sprache: Während nur ein Prozent der Befragten das Ausmaß persönlicher Freiheiten vor der Wende für höher hielt als heute (gegen 90 Prozent die das Gegenteil annahmen), befand ebenfalls nur ein Prozent der Befragten die soziale Sicherheit heute für besser als vor der Wende (gegen 91 Prozent, die die soziale Sicherheit vor der Wende für besser hielten). Allerdings hielt auch nur die gute Hälfte (54 Prozent) die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten heute für vielfältiger als vor der Wende.<sup>38</sup> Hier schlummert offensichtlich großes Potential für eine Partei, die soziale Sicherheit ebenso propagiert wie demokratische Mitbestimmung der BürgerInnen. Auch Chrapa kommt zu dem Schluss, eine Gesamtidentität der PDS als aktive, eingreifende »Partei der sozialen Menschenrechte« könne zahlreiche ihrer Image-Möglichkeiten »griffig« bündeln.<sup>39</sup>

35 Michael Chrapa: Sachsen nach der Wahl – Aufbruch 2002? Politische Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern nach der Bundestagswahl im September 2002. Soziologisch-empirische Studie. O.O. 2002. S. 19 (Manuskript).

36 Siehe ebenda. S. 21.

37 Siehe ebenda. S. 23.

38 Siehe Peter Förster: Junge Ostdeutsche im Jahr 12 nach der Vereinigung: Die Generation der zweifach Enttäuschten. Ausgewählte Ergebnisse einer systemübergreifenden Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel zwischen 1987 und 2002. Erstinformation. Leipzig 2002. S. 21 (Manuskript).

39 Siehe Michael Chrapa: Sachsen nach der Wahl – Aufbruch 2002? Politische Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern nach der Bundestagswahl im September 2002. Soziologisch-empirische Studie. O.O. 2002. S. 30 (Manuskript).

### 4.3 *Ein erotisches Projekt!*

Eine erfolgreiche Wahlkampfstrategie sollte sowohl Randgruppen bedienen und als auch linke Konzepte in die Mitte der Gesellschaft – die potentiell schließlich ebenfalls von Armut und sozialem Abstieg bedroht ist – tragen. Das korrespondiert mit Chrapas Analyse, dass Nicht-, ProtestwählerInnen und spät entschlossene WählerInnen in erster Linie aus unteren sozialen Schichten, WechselwählerInnen vor allem aus der Mittelschicht stammen.<sup>40</sup> Auch mit der Perspektive politischer Bündnisse ist es unverzichtbar, für PDS-Konzepte in der Mitte der Gesellschaft zu werben. Dies birgt stets die Gefahr der Verwässerung von Konzepten, ist andererseits in hohem Maße auch ein kulturelles Problem, eine Frage politischen Selbstverständnisses.

Die PDS muss in und außerhalb von Wahlkämpfen die WählerInnen überzeugen, dass sie – entsprechende parlamentarische Mehrheiten vorausgesetzt – durchaus willens und in der Lage ist, gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen. Mit Schäfers Worten heißt das, es gehe um den Gebrauchswert der PDS, denn die Menschen, die wir ansprechen, »wollen, daß sich etwas an den materiellen Umständen ihres Lebens ändert. Mit dem schlichten Ruf nach einem radikaleren Gestus ist es nicht getan.«<sup>41</sup> In diesem Zusammenhang verweist Schäfer zurecht auf das schlechte wirtschaftspolitische Prestige der Partei.<sup>42</sup> Dieses Prestige wäre allerdings positiv zu wenden, denn wahr daran ist, dass die PDS weder willens noch in der Lage ist (beziehungsweise dies sein sollte), dafür zu sorgen, dass die kapitalistische Wirtschaft mit den ihr eigenen Gesetzen besser funktioniert. Wichtig für einen derartigen öffentlichen Prestigewandel allerdings wäre eine »kulturelle Hegemonie« der Linken (nach Antonio Gramsci) – dem jedoch steht eine breite Front der quoten- und auflagenstärksten Medien gegenüber. Zurecht bemerkt Dietzel in diesem Zusammenhang: »Schaut man auf die politischen Auseinandersetzungen um die Regierungspolitik seit ihrem Amtsantritt, so kam zunächst scharfe Kritik aus dem Unternehmerlager, von CDU/CSU, FDP und den Medien, daß die Regierungspolitik zu

40 Siehe ebenda. S. 4.

41 Paul Schäfer: Die Wahl 2002 und die Krise der PDS. In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 13. 2002. H. 146. S. 1091. Siehe auch Horst Dietzel: Wohin geht die PDS? Zur Richtungsdiskussion in der Partei. In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 14. 2003. H. 149. S. 269.

42 Siehe Paul Schäfer: Die Wahl 2002 und die Krise der PDS. In: Utopie kreativ. Jg. 13. 2002. H. 146. S. 1091.

wenig marktliberal sei. Die Regierung befinde sich im ›Würgegriff‹ der Gewerkschaften. Der Kanzler sei vom ›Kanzler der Bosse‹ zum ›Kanzler der Genossen‹ mutiert. Die SPD bemühe die Formel von der ›sozialen Gerechtigkeit‹, um strukturelle Reformen und damit Wachstum und Beschäftigung zu verhindern. Diese Kampagne zeigte, daß neoliberale Stimmungen und Meinungen bis tief in die Schichten der ›Normal- und Geringverdiener‹ hinein existieren, die sich gegen die Regierung, insbesondere gegen die SPD, wendeten.«<sup>43</sup>

Rosemarie Hein spitzt dies zu und führt aus: »Wir befinden uns in einer Situation, in der nicht nur der Neoliberalismus in der Wirtschaft dominiert, sondern wir befinden uns in einem allgemeinen Trend sozialkonservativer Wertmuster. Diese sind gesellschaftlich mehrheitsfähig. Ursache dafür ist auch das Fehlen überzeugender linker Alternativen, was nicht nur auf ein Versäumnis der PDS hinweist. Die von der PDS entwickelten gesellschaftlichen Alternativen können aus diesem Grunde nur selten auf vorhandene Mehrheiten in der Bevölkerung bauen. Das reicht bis in die PDS-Wähler/innesschaft und sogar bis in die PDS-Mitgliedschaft hinein.«<sup>44</sup>

Deshalb müsste sich die PDS als die Partei verstehen, die eben kraft ihrer Eigenschaft als Partei in der Lage ist, Forderungen sozialer Bewegungen nicht nur aufzugreifen, sondern politisch umzusetzen. Hier sind insbesondere die Fraktionen gefragt. Eine Identität als bloße Protestpartei ist dabei schädlich, nicht nur weil »Protestparteien (ob links oder rechts) [...] zumindest in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik nur eine kurze Konjunktur«<sup>45</sup> gehabt haben, sondern auch weil eine Partei nicht einerseits populistische Erwartungen schüren und andererseits in Regierungsverantwortung geradezu das Gegenteil umsetzen kann. Konkrete, das heisst auch unter den derzeitigen gesellschaftlichen Bedingungen kurz- bis mittelfristig umsetzbare, Politikinhalte müssen präzisiert und vermittelt werden.<sup>46</sup> Adressaten dieser Vermittlung müssen zunächst die Mitglieder und Sympathisanten – die gleichermaßen freilich an der Gestaltung der Politikinhalte teilhaben –, dann bündnispolitisch relevante Multiplikatoren und schließlich

43 Horst Dietzel: Wohin geht die PDS? Zur Richtungsdiskussion in der Partei. In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 14. 2003. H. 149. S. 265.

44 Rosemarie Hein: Schwierigkeiten mit der Gesellschaft. Bemerkungen zum Oppositionsverständnis. In: Disput. Berlin. Jg. 14. 2003. Nr. 1. S. 14.

45 Horst Dietzel: Wohin geht die PDS? Zur Richtungsdiskussion in der Partei. In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 14. 2003. H. 149. S. 267.

46 Siehe ebenda. S. 271.



die ganze Gesellschaft sein. Presseerklärungen allein reichen dazu nicht aus. Die Partei müsste sich dabei vor allem um eine stärkere Präsenz in kritischen »bürgerlichen Medien« (»Frankfurter Rundschau«, »die tageszeitung«, »Die Zeit«) bemühen, die ja selbst die soziale Schieflage immer wieder thematisieren, ohne dass dabei freilich von der PDS und ihren Konzepten die Rede ist. Auch in die aktuelle Debatte ist unermüdlich einzubringen, dass die PDS die einzige parlamentarisch relevante Partei ist, die gegen die geplante »Zusammenlegung« von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe kämpft.<sup>47</sup> Klar muss dabei sein, dass die PDS über eigene Konzepte verfügt, entsprechend sind parlamentarische Initiativen der Fraktionen (insbesondere Gesetzesvorlagen) in die Öffentlichkeit zu tragen. In diesem Sinne kontraproduktiv ist die Auffassung, »die politische Aufgabe der ›Linken‹ besteh[e] weniger darin, komplexe, sachgerechte Lösungen zu präsentieren. Sie besteht vielmehr darin, Reformprojekte zu präsentieren, die mobilisierungsfähig sind, die einen Kristallisationspunkt für den angestrebten sozialpolitischen Richtungswechsel darstellen und die geeignet sind, den ›Kampf um die Köpfe‹ aufzunehmen und somit einen Beitrag zur Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu leisten. In diesem Sinne scheinen ›kleinteilige Lösungen‹ eher politik- und vermittlungsfähig, als ein hochkomplexes, umfangreiches Grundsicherungskonzept.«<sup>48</sup>

Unbestritten sind der »Kampf um die Köpfe« und die »Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse« zentrale Bestandteile einer sozialistischen Strategie. Beides kann jedoch nachhaltig nur dann gelingen, wenn sich die PDS eben gerade nicht an sozialpolitischer Flickschusterei maroder Systeme beteiligt, sondern selbst ein tragfähiges Gesamtkonzept vorlegt, das natürlich mit Teilschritten unersetzt werden muss. Mit Kachel kommt es eben darauf an, »die Forderung nach einer grundsätzlichen Umverteilung der Arbeit im Diskurs mit Wissenschaft und Gewerkschaften schon bald zu einem profitbildenden Konzept auszubauen, das konkret, aber auch radikal genug ist, Aufsehen zu erregen und als Alternative zu Hartz präsentiert zu werden.«<sup>49</sup> Das Scheitern der Hartz-Vorschläge auszunutzen dürfte nicht

47 Siehe Martin Künkler: »Zukunft der Arbeitslosenhilfe«. Im Auftrag der PDS-Bundestagsfraktion, Arbeitskreis Arbeit/Soziales/Gesundheit, MdB Pia Maier. O.O. 2002. S. 13 und 18 (Manuskript).

48 Ebenda. S. 43, Fußnote 73.

49 Steffen Kachel: Heraus aus der Krise heißt: hinein in die Inhalte! Gute Grundlagen für das notwendige Selbstbewusstsein. In: Disput. Berlin. Jg. 13. 2002. Nr. 11.

– Siehe auch [http://www.pds-online.de/politik/publikationen/disput/view\\_html?zid=985](http://www.pds-online.de/politik/publikationen/disput/view_html?zid=985).

allzu schwer fallen. Harald Werner, gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS, stellte fest: »Von der Einführung der Personal Service Agenturen waren ursprünglich 720.000 neue Leiharbeitsplätze erwartet worden. Schon Anfang des Jahres korrigierten die Experten deren Zahl auf nicht mehr als 60.000. Die vorliegende Statistik weist dagegen nur 2.000 aus. Auch der so genannte Job-Floater, eine Kreditvergabe für einstellungswillige Unternehmen, hat sich als Flop erwiesen. Von den anvisierten 50.000 neuen Stellen blieben nur noch 6.000 übrig. Scheinbar erfolgreich ist lediglich die Ich-AG, weil sich mittlerweile 33.000 Arbeitslose zum Sprung in die Selbstständigkeit [sic] entschlossen. Doch die Fachleute bezweifeln, dass dieser Sprung vielen gelingen wird.«<sup>50</sup>

Die bisherigen Konzepte der PDS können für eine radikale Reform die Grundlage bilden und sollten präzisiert und finanzpolitisch konkretisiert werden. Den PDS-Fraktionen in den Landtagen kommt dabei eine *partei-politische*, eine *bündnispolitische* und – in Zusammenarbeit mit der Fraktion im Europäischen Parlament– eine *europapolitische* Aufgabe zu:

*Parteipolitisch* ist es erforderlich, dass gerade aus der parlamentarischen Perspektive der Abgeordneten eine Revision bisheriger Grundsicherungspolitik und -programmatis erfolgt. Ohne näher auf die Programmdebatte eingehen zu wollen, behaupte ich, dass die Kapitel zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nicht geeignet sind, die Grundsicherungsprogrammatis der PDS zu schärfen und sowohl der Mitgliedschaft als auch der interessierten Öffentlichkeit (und sei es über die veröffentlichte Meinung) zu vermitteln, geschweige denn in Richtung eines allgemeinen unbedingten Grundeinkommens auszubauen.

*Bündnispolitisch* sollten die Fraktionen die ihnen zur Verfügung stehenden (auch finanziellen) Mittel nutzen, um – sei es im Landtag, sei es bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung – gemeinsam mit Experten und Akteuren Weiterentwicklungsperspektiven und Umsetzungsstrategien für ein tragfähiges und praktikables Grundsicherungskonzept zu entwerfen. Der Worte sind genug gewechselt – es ist an der Zeit zu prüfen, wie gemeinsames politisches Handeln gestaltet werden kann. Ein solcher offener Arbeitskreis, ein *Aktionsbündnis Grundsicherung*, sollte dabei zunächst niemanden ausgrenzen. Dies ist die PDS ihrem demokratischen Politikverständnis schuldig. Die Zusammensetzung eines solchen Kreises – sollte er denn zu Stande kommen – sollte deshalb politisch vermittelt werden als deutlicher Kontrast

50 Harald Werner: Hartz-Reformen greifen nicht. Presseerklärung der PDS vom 9. Juli 2003.

etwa zur Zusammensetzung der Hartz-Kommission, die die »Missachtung des demokratischen Prinzips der Beteiligung aller Akteure am Arbeitsmarkt an den sie betreffenden Planungen und Entscheidungen«<sup>51</sup> verdeutlicht. Es ist zu erwarten, dass die potentiellen Bündnispartner der PDS bei diesem Thema andere als die gewohnten sein werden. Beteiligt werden sollte auch die radikale Linke der Existenzgeldforderer,<sup>52</sup> die seit geraumer Zeit Grundversicherungs- und Grundeinkommenskonzepte diskutieren. Sollte die Botschaft die Adressaten erreichen, so hat Zais – als beschäftigungspolitischer Sprecher der sächsischen PDS-Fraktion! – einen wichtigen Schritt in Richtung auf diese Gruppierungen getan, indem er den »Mythos Arbeitsethos« in aller Deutlichkeit auf den Prüfstand stellte.<sup>53</sup> Unbedingt erforderlich ist es im Rahmen eines breiten sozialpolitischen Bündnisses, die Skepsis von Seiten großer Teile der Kirchen der PDS gegenüber abzubauen zu helfen. Es geht dabei nicht um die Alternative »Heilsgeschichte« versus »Historischer Materialismus«, sondern um die Bündelung konkreter sozialpolitischer Vorstellungen. Fußend auf der Katholischen Soziallehre war die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung eine der ersten Organisationen, die sich bereits 1983 die Forderung nach einem Grundeinkommen auf die Fahnen schrieb. In einer Arbeitshilfe für die Mitglieder der KAB zum Thema Grundeinkommen taucht das PDS-Konzept jedoch nicht auf, andere Modelle (DPWV, CDA, Grüne) werden hingegen vorgestellt.<sup>54</sup> Dies offenbart einen Kommunikationsbedarf hin zu einer Klientel, die weder der derzeitigen rot-grünen Bundesregierung noch den sozialpolitischen Positionen der CDU

- 51 Leipziger Erklärung der Sächsischen Armutskonferenz und des Netzwerkes Arbeit und Zukunft in Sachsen zu den Vorschlägen der Kommission »Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (Hartz-Vorschläge) und den von den Bundestagsfraktionen der SPD und der Bündnis 90/ Die Grünen eingebrachten Gesetzen »Für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (Hartz-Gesetze). Leipzig 2002. S. 2 (Manuskript).
- 52 Siehe Werner Bräuner: Existenzgeld, eine Einführung aus anarchistischer Sicht. In: Müßiggangster. Kontemplationsblatt der glücklichen Arbeitslosen. Berlin. Jg. 3. 2000. Nr. 3. – [Http://www.diegluecklichenarbeitslosen.de/diesseite/seite/316.htm](http://www.diegluecklichenarbeitslosen.de/diesseite/seite/316.htm). – Siehe auch Lothar Breuer / Dominik Hübner: Das garantierte Grundeinkommen. Trier 1996. [Http://www.uni-trier.de/uni/krass/bib/96ss-1b.htm](http://www.uni-trier.de/uni/krass/bib/96ss-1b.htm).
- 53 Siehe Karl-Friedrich Zais: Zum Geleit. In: Arbeit – auf Teufel komm raus? Workshop vom 26. April 2001 »Politische Strategien für eine menschenwürdige Gestaltung von Arbeit und Leben«. Hrsg. von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Teil 1. Dresden 2001. S. 1.
- 54 Siehe Ohne Grund Einkommen! Ohne Grundeinkommen? Existenz sichern heißt: Teilhabe ermöglichen! Arbeitshilfe zum Thema Grundsicherung für die Mitglieder der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Berlin. Berlin o.J.

größeres Vertrauen entgegenbringen dürfte. Freilich beschränken sich derartige Überlegungen aus dem kirchlichen Umfeld nicht nur auf die KAB: Auch der ökumenisch-sozialethische Arbeitskreis in Nordrhein-Westfalen fordert in seinen »Thesen zur Arbeit der Zukunft« ein Recht auf Grundeinkommen.<sup>55</sup> Ähnliches ist auf der Homepage von Pax Christi Bregenz zu lesen.<sup>56</sup> Es wäre nicht unklug, wenn die PDS bündnispolitisch ins kirchliche Umfeld vordringen würde, nicht nur im Zusammenhang mit der Friedensbewegung.

Die Grundeinkommensforderung könnte viele politisch sonst getrennt marschierende Akteure an einen Tisch bringen. Wichtig ist es auch, bereits bestehende Kontakte auszubauen und für politisches Handeln fruchtbar zu machen: Die Sächsische Armutskonferenz etwa fordert die Einführung einer steuerfinanzierten, Armut verhindernden bedarfsorientierten Mindestsicherung von 720 Euro.<sup>57</sup> Einbezogen werden sollten auch die Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut, die ebenfalls ein Existenzgeld fordern.

Mit einem Grundsicherungskonzept als radikal-reformistischem Programm findet die PDS – in Abgrenzung von Bürgergeld- und Bürgerarbeitsförderung bürgerlicher Parteien – Bündnispartner potentiell auch im links-liberalen Spektrum.<sup>58</sup>

Traditionelle Bündnispartner aus dem linken Spektrum beziehungsweise der Arbeiterbewegung stehen Grundsicherungskonzepten, so sie mehr beinhalten als eine Erhöhung der Sozialhilfesätze, zumindest teilweise ablehnend bis indifferent gegenüber, da sie – nicht völlig zu Unrecht – unterstellen, derartige Ansätze unterliefen die Forderung nach Vollbeschäftigung.

55 Siehe Auf dem Weg zu einer Neubestimmung von Arbeit, Einkommen und Leben – Thesen zur Arbeit der Zukunft. Hrsg. vom Ökumenisch-Sozialethischen Arbeitskreis Nordrhein-Westfalen. Bochum 2000.

[http://www.kda-ruhr.de/kda-ruhr\\_Thema\\_ZdA\\_oekum-soz-eth-AK-NRW\\_2000.html](http://www.kda-ruhr.de/kda-ruhr_Thema_ZdA_oekum-soz-eth-AK-NRW_2000.html). Kap. 7.

56 Siehe Menschenwürdiges Leben für alle. Garantiertes Grundeinkommen für alle. Hrsg. von Pax Christi Bregenz. Bregenz 2002. <http://www.vobs.at/asav/pax1.htm>.

57 Siehe Sächsische Armutskonferenz: Erklärung der Sächsischen Armutskonferenz (SAK) zur geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. In: Weg mit der Arbeitslosenhilfe? Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenführen? Hrsg. von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Dresden 2002. S. 43. (Sozialpolitik aktuell. 9).

58 Siehe Mario Palaschke: Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder Grundeinkommen für alle? In: Momentum2002. Mitteilungen der österreichischen Sozialliberalen. Wien. Jg. 1. 2002. Nr. 1. S. 9. – Siehe auch <http://www.sozialliberale.net/momentum1.pdf>.

Dies gilt neben der bereits erwähnten, bündnispolitisch aber wohl irrelevanten, Krisis-Gruppe insbesondere für die DKP,<sup>59</sup> mit der die PDS gerade in den alten Ländern nicht selten Bündnisse (auch Wahlbündnisse) schließt. Dies gilt aber auch für andere sozialistische Parteien im Ausland, beispielsweise in den Niederlanden: »The Socialist Party in the Netherlands is against a basic income because we think that people have a moral duty to work if they can as well as a right on a minimum income if they can't work.«<sup>60</sup> Auch im sozialdemokratischen Spektrum gilt als Schlüssel von Freiheit und Menschenwürde eine lebenslang existenzsichernde Erwerbsarbeit, jenseits derer im Umkehrschluss Freiheit und Menschenwürde kaum vorstellbar sind.<sup>61</sup> Deshalb sind aus sozialdemokratischer Sicht Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung besser als gar keine Arbeit.<sup>62</sup> Im Gegensatz dazu allerdings verhilft die Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung den Reichen zu einem Leben gerade ohne Arbeit (ergo ohne Menschenwürde?),<sup>63</sup> ein Widerspruch, der von der PDS populistisch genutzt werden könnte. Der DGB hingegen appelliert geradezu an die moralische Verpflichtung des Kapitals, Arbeitsplätze zu schaffen: »Ich kann nur feststellen, ich kenne keine faulen Arbeitslosen. Es gibt einfach zu wenig Jobs in Ostdeutschland, das ist das A und O, die eigentliche Ursache. Ich stelle eher eine mangelnde Leistungsbereitschaft in den deutschen Chefetagen fest. Dort gibt es eine Verweigerungshaltung, nicht bei den Arbeitslosen.«<sup>64</sup>

- 59 Siehe Parteivorstand der DKP: Für Arbeit und Menschenwürde. Gegen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Arbeitsverhältnisse und Ausgrenzung. In: Marxistische Blätter. Essen. Jg. 36. 1998. H. 3. S. 63.
- 60 E-Mail-Mitteilung von Ewout Irrgang, Employee Dutch Parliament Socialist Party, an den Autor. (Übers.: Die Sozialistische Partei in den Niederlanden ist gegen ein Grundeinkommen, weil wir denken, dass die Menschen eine moralische Pflicht haben zu arbeiten, wenn sie können, ebenso wie ein Recht auf ein Mindesteinkommen, wenn sie nicht arbeiten können.)
- 61 Siehe Monica Lochner-Fischer / Gisela Schwarz: Zum Zukunftsbericht Bayern und Sachsen: Da bleibt Frau die Spucke weg .... Nürnberg 1998.  
<http://home.t-online.de/home/m.lochner-fischer/archiv/archiv09.htm>.
- 62 Siehe Gerhard Schröder / Tony Blair: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag. [Bonn 1999.] S. 14.
- 63 Siehe Dieter Schubert: Weihnachtsmann. Schröders neue Steuer entlastet die Reichen. Ob sie auch Geld in die Kassen bringt, ist ungewiß. In: »junge welt«. Berlin. 18. Dezember 2002.
- 64 Hanjo Lucassen: Anforderungen an ein neues Arbeitsförderungsgesetz. In: Arbeit – auf Teufel komm raus? Workshop vom 26. April 2001 »Politische Strategien für eine menschenwürdige Gestaltung von Arbeit und Leben«. Hrsg. von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Teil 2. Dresden 2001. S. 6.

Dies ist nicht recht einleuchtend, da es eine solche Verpflichtung nicht gibt, weder gesetzlich noch in irgendeinem Ehrencodex. Die systemimmanente »Verpflichtung« der Kapitaleigner ist es lediglich, noch mehr Kapital anzuhäufen, nicht aus Böswilligkeit den Nicht-Kapitaleignern gegenüber, sondern weil dies innerhalb des Systems rational ist. Wenn die Linke also nicht auf den »großen Knall«, die Weltrevolution oder dergleichen religiöse Endzeitereignisse warten möchte, wenn sie bereits in dieser Gesellschaft (die mit dem nächsten Gesellschaftsmodell ja bekanntlich schon schwanger geht) sozialpolitische Veränderungen durchsetzen will, sollte sie nicht mit Appellen an die Chefetagen die Zeit verbringen, sondern einfach hinnehmen, dass es nicht im Interesse der Chefetagen ist, Arbeitsplätze zu schaffen. Deshalb sollte die Linke Existenzsicherung für alle BürgerInnen auch jenseits von Lohnarbeitsverhältnissen garantieren helfen. Einig ist sich die PDS hingegen mit Gewerkschaften und Sozialdemokraten in der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Auch wenn der Spielraum in diesem Bereich noch bei weitem nicht ausgeschöpft ist, sollte klar sein, dass eine radikalere Arbeitszeitverkürzung nicht nur UnternehmerInneninteressen entgegenläuft. Kuettel schreibt dazu: »Die sozialdemokratische Strategie sieht in einer fortschreitenden *generellen Arbeitszeitverkürzung* das ädquate Mittel, um vorhandene Erwerbsarbeit auf mehr Personen zu verteilen. [...] Die Strategie der Arbeitszeitverkürzung sieht sich aber mehreren Problemen gegenübergestellt. Die höchst unterschiedlichen Qualifikationen für unterschiedliche Tätigkeiten geraten mit einer gleichmässigen Verkürzung der Arbeitszeit in Konflikt. Unternehmer beklagen eine Beschränkung der Flexibilität und der Konkurrenzfähigkeit durch gesetzliche Regelungen zur Begrenzung der Arbeitszeit. Praktikabel ist die generelle Arbeitszeitverkürzung nur bis zu einer bestimmten Grenze, läuft sie doch irgendwann den Interessen sowohl der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer entgegen. Gleichzeitig mindert diese Strategie individuelle Optionen, indem sowohl Nicht-Arbeit wie auch ein sehr hohes Stundenpensum verhindert werden sollen.«<sup>65</sup>

Den TeilnehmerInnen an einem Bündnis für eine soziale Grundsicherung muss allerdings auch klar sein, dass sich die soziale Frage nicht auf Kosten der ökologischen Frage lösen lässt, umgekehrt eine Reduzierung des Bruttosozialprodukts auf längere Sicht jedoch die Basis der Grundsicherung vernichten würde und damit ebenso wenig nachhaltig wäre wie der

65 Kuettel: Basic Income. S. 39.

gegenwärtige Umgang mit den natürlichen Ressourcen.<sup>66</sup> In diesem Zusammenhang ist an die Ökologischen Positionen der sächsischen PDS zu erinnern, die 2001 in Glauchau verabschiedet wurden: »Man kann heute kein einziges ökonomisches Problem zukunftsverträglich lösen, nicht die Massenarbeitslosigkeit eindämmen, nicht den sozialen Zerfall der Gesellschaft aufhalten, ohne gleichzeitig die ökologische Umgestaltung der Gesellschaft in Angriff zu nehmen. Andererseits kann man heute kein grundlegendes ökologisches Problem – wie z. B. den globalen Klimawandel – lösen, ohne in die gesellschaftliche Verteilung von Reichtum und Arbeit und damit in die Weltwirtschaftsordnung einzugreifen. Umweltpolitik ohne Lösung der sozialen Frage ist demokratisch nicht möglich. Der soziale Ausgleich ist die Grundvoraussetzung zur Vermeidung humanitärer und ökologischer Katastrophen.«<sup>67</sup>

Kuettel bemerkt zum Thema Grundeinkommen und ökologische Verantwortung: »Ist das Grundeinkommen ein kräftiges Instrument zur Lösung der Arbeitsmarkt- und Existenzsicherungsprobleme, und ist es ein hilfreiches Instrument zur Gleichberechtigung der Geschlechter, so ist es gleichzeitig ein ergänzendes Instrument zum *ökologischen Umbau*. Lenkungsabgaben gewinnen an Legitimität und Akzeptanz, wenn die Einkünfte in Form eines Grundeinkommens zurückerstattet werden. Insofern kann ein Grundeinkommen eine passive Rolle beim ökologischen Umbau übernehmen.«<sup>68</sup>

Viele der genannten potentiellen BündnispartnerInnen fordern keine bedarfsorientierte Grundsicherung, sondern ein unbedingtes Grundeinkommen. Dieses könnte sich konsequenterweise aus einer sozialen Grundsicherung entwickeln. Der »Leipziger Aufruf« etwa, der im März 2003 von zahlreichen PDS-Mitgliedern und SympathisantInnen, darunter Brigitte Zschoche (MdL), Steffen Tippach (MdL), Heike Werner (MdL), Benjamin Hoff (MdA), Stefan Hartmann und auch ich, unterzeichnet wurde, fordert neben der kurzfristigen Einführung einer Grundsicherung die mittelfristige Umsetzung eines Grundeinkommenskonzeptes.

»Realpolitisch ist es aber kaum möglich, derzeit ein existenzsicherndes Grundeinkommen in einem ›grossen Wurf‹ einzuführen. Zwar lassen sich

66 Siehe ebenda. S. 61.

67 Sachsen gerecht werden: ökonomisch, ökologisch und sozial. Positionen der PDS Sachsen. Beschluss der 1. Tagung des 7. Landesparteitages der PDS Sachsen, Glauchau, 24./25. November 2001.

68 Kuettel: Basic Income. S. 67.

viele Einwände, die gegen ein Grundeinkommen angeführt werden, widerlegen oder zumindest mit gleichwertigen Gegenargumenten parieren [...]. damit sind Akzeptanz und Legitimität des Grundeinkommens in der Bevölkerung jedoch nicht gesichert.«<sup>69</sup> Dies wäre auch potentiellen BündnispartnerInnen zu vermitteln. Voraussetzung für Bündnisse ist jedoch, dass die PDS-Fraktion bündnisfähig ist. Dies beinhaltet unter anderem auch, dass Modelle und Forderungen bereits bestehender Organisationen, Bündnisse und Netzwerke (BIEN = Basic Income European Network, USBIG = The U.S. Basic Income Guarantee Network) von der PDS wenigstens zur Kenntnis genommen werden.

*Europapolitisch* schließlich kommt der PDS-Fraktion im Landtag die Aufgabe zu, stärker als bisher Druck auf Brüssel auszuüben und – letztlich auch im Rahmen einer breiten Bündnispolitik – intensiven Austausch über sozialpolitische Fragen mit der Linksfraktion im Europäischen Parlament zu pflegen. Bundespolitisch könnte die Fraktion im Falle einer Regierungsbeteiligung der PDS in Sachsen über Bundesratsinitiativen einbringen. Parteimitgliedern und BürgerInnen ist dabei die europäische Dimension der Sozialpolitik zu vermitteln. Dies beginnt mit Symbolen und Formalien. So wäre etwa die EU-Sozialcharta und die blockierende Haltung der Bundesregierung ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen: »Am 1. Juli 1999 ist diese revidierte Sozialcharta des Europarates in Kraft getreten. 13 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben sie bislang unterzeichnet, aber nur 4 haben sie auch ratifiziert: Frankreich, Irland, Italien und Schweden. Die rot-grüne Bundesregierung hat sie weder unterzeichnet noch ratifiziert – und dies 5 Jahre nach der Revision. Die gleiche rot-grüne Bundesregierung geriert sich sonst gerne als Vorkämpferin für eine grundrechtliche Fundierung der europäischen Integration. Beim Thema ›soziale Grundrechte‹ hat sie damit offenbar keine Eile.«<sup>70</sup>

Soziale Grundrechte müssen in die EU-Grundrechte-Charta Eingang finden, dazu bedarf es öffentlichen Drucks. André Brie: »Ich hoffe, wir Europaparlamentarier können dabei auf Ihre öffentliche Einmischung und Unterstützung in der bundes- und landespolitischen Debatte zählen. Denn es sind letztlich die nationalen Regierungen der Mitgliedsstaaten, die im Rat über

69 Ebenda. S. 105.

70 André Brie: Die EU-Sozialcharta und ihre Umsetzung in der europäischen und internationalen Politik. Vortrag auf der Landesarmutskonferenz Mecklenburg-Vorpommern am 24. September 2001. O.O. 2001 (Manuskript).



diesen Verfassungsprozess entscheiden werden.«<sup>71</sup> Die sächsischen Arbeitslosenzahlen sollten auf dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, dass 1996 18 Prozent der EU-Bevölkerung in Einkommensarmut lebten<sup>72</sup> – wenn immer mehr wirtschaftliche und politische Entscheidungen fern von den BürgerInnen auf EU-Ebene getroffen werden, so ist es notwendig, dass sich die BürgerInnen stärker als bisher in diese Prozesse einmischen und sich auch die Sozialpolitik betreffend europaweit vernetzen. Dabei könnten die PDS-Landtagsfraktionen eine Vorreiterrolle einnehmen. Eine europäische Einigung der EU-Mitgliedsstaaten auf kleinem gemeinsamen Nenner könnte beispielsweise die schrittweise Anhebung der sozialen Minima wie der Sozialhilfe auf 60 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens bis 2006<sup>73</sup> beinhalten. In der Empfehlung 92/441/EWG (6) empfiehlt der Rat der Europäischen Union zumindest den Mitgliedstaaten die Anerkennung des grundlegenden Anspruchs jedes Menschen auf ausreichende Zuwendungen und Leistungen, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können.<sup>74</sup>

Von mindestens ebenso großer Bedeutung einer europäischen und globalen Vernetzung der Sozialpolitik aber ist die Erkenntnis, dass sich die PDS mit ihrer Forderung nach einer sozialen Grundsicherung in keiner politischen Exotenecke befindet: So soll ab 2005 in Brasilien ein unbedingtes Grundeinkommen eingeführt werden,<sup>75</sup> hat sich unlängst in Großbritannien die *People's Alliance* gegründet, eine populistische Partei, die unter anderem ein unbedingtes Grundeinkommen fordert,<sup>76</sup> ähnlich wie in Belgien die Partei *Vivant*. In einem alternativen Haushaltsentwurf der *People's Budget Coalition* für Südafrika, an der sich der 1,8 Millionen Mitglieder zählende Gewerkschaftsbund Cosatu, der südafrikanische Rat der Kirchen und die südafrikanische Koalition der Nicht-Regierungsorganisationen beteiligen, ist unter anderem die Einführung eines Grundeinkommens vorgesehen. Es ist jedoch eher unwahrscheinlich, dass sich der regierende ANC diese Forde-

71 Ebenda.

72 Siehe ebenda.

73 Siehe ebenda.

74 Siehe Beschluss Nr. 50/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Dezember 2001 zur Einführung eines Aktionsprogramms der Gemeinschaft zur Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. L 10/1.

75 Siehe USBIG [U.S. Basic Income Guarantee Network] Newsletter. Washington, D.C. Vol. 4. 2003. No. 19. – [Http://www.widerquist.com/usbig/19JAN-FEB2003.htm](http://www.widerquist.com/usbig/19JAN-FEB2003.htm).

76 Siehe USBIG Newsletter. Washington, D.C. Vol. 4. 2003. No. 20. – [Http://www.widerquist.com/usbig/20MAR-APR2003.htm](http://www.widerquist.com/usbig/20MAR-APR2003.htm).

rung in naher Zukunft zu eigen macht.<sup>77</sup> In Argentinien wird zur Zeit eine Grundsicherung für Kinder (analog zu unserem Kindergeld) gefordert (Fondo para el ingreso ciudadano de la niñez en Argentina). Diskutiert werden Grundeinkommensmodelle derzeit auch für den Irak und die Westsahara. Das einzige Territorium, auf dem ein Grundeinkommen in Form einer Sozialdividende zur Zeit – und bereits seit 1982 – realisiert ist, ist der US-Bundesstaat Alaska. 1996 betrug es jährlich allerdings nur etwa 1000 Dollar.<sup>78</sup> Katalanische Linke und Grüne haben ins Regionalparlament Kataloniens ein Gesetz eingebracht, in dem Lohnarbeit als nur eine Form der Arbeit betrachtet wird und ein Grundeinkommen für alle vorgesehen wird.<sup>79</sup> Die – gewiss nicht besonders linke – irische Regierung gab 2002 ein *Green Paper* zum Grundeinkommen heraus. *Green Papers* sind Diskussionspapiere zur Orientierung im Rahmen einer öffentlichen Debatte. Die Herausgabe eines solchen Dokuments durch die Regierung zeigt, dass sie sich der Bedeutung einer umfassenden Grundeinkommensdebatte bewusst ist.<sup>80</sup>

Sozialistische Politiker sollten auch nie die globale Dimension der sozialen Frage, auf die bereits eingegangen wurde, außer Acht lassen. Dies nicht in einem reaktionär-beschwichtigenden Ton des *uns geht's ja noch Gold im Vergleich zu anderen*, sondern in dem Bewusstsein, dass es weltweit die gleichen Mechanismen der Ausbeutung sind, die zu Armut, Ausgrenzung und sozio-kultureller Perspektivenlosigkeit führen.<sup>81</sup>

Die Dimensionen *parteilpolitischen*, *bündnispolitischen* und *europapolitischen* Handelns der PDS habe ich hervorgehoben, da auf Ebene eines

77 Siehe ebenda.

78 Siehe Kuettel: Basic Income. S. 18.

79 »Per tots els motius exposats anteriorment, es proposa l'establiment d'una Renda Bàsica de Ciutadania definida com un ingrés econòmic pagat pel sector públic a cada ciutadà i ciutadana de ple dret, fins i tot en el cas que no vulgui treballar remuneradament, independentment d'altres possibles fonts de renda que pugui posseir i sense importar amb qui convisqui.« (Proposta de resolució per la qual s'acorda de presentar a la Mesa del Congrés dels Diputats la Proposició de llei de creació de la renda bàsica. In: Butlletí oficial del Parlament de Catalunya. VI legislatura. Sisè període. Núm. 263, 18 de febrer de 2002. Pàg. 52. – Übers.: Wegen der vorgenannten Gründe wird die Einrichtung einer Bürgergrundsicherung vorgeschlagen, definiert als ein steuerfinanziertes Einkommen für alle Staatsbürger und -bürgerinnen, sogar falls sie keine Lohnarbeit verrichten *wollen*, und unabhängig von anderen möglichen Einkommensquellen, die sie besitzen mögen, und unabhängig davon, mit wem sie zusammenleben.)

80 Siehe [Government of Ireland]: Basic Income. [Dublin] 2002.

81 Siehe Franz J. Radermacher: Ökoeffizienz – Ein ›Balanced Way‹ als Zukunftsentwurf. In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 14. 2003. H. 148. S. 113ff.

einzelnen Bundeslandes und nur auf parlamentarischem Wege eine Grundsicherung kaum einzuführen sein wird. Diese Erkenntnis hat nichts zu tun mit minimalistischem Reformismus, der »die vom Kapitalismus vorgegebenen Strukturen, grundlegenden Mechanismen und Machtstrukturen für unveränderbar hält.«<sup>82</sup> Die von mir oben angedeutete Strategie hat aber wohl damit zu tun, dass reformorientierter Pragmatismus mit dem Ziel, auch radikale Konzepte schrittweise umsetzen zu wollen, keinesfalls im Widerspruch steht zu einem deutlichen sozialistischen Profil. Nach den Debatten der letzten Monate hätte man leicht diesen Eindruck gewinnen können. Wenn Petzold jedoch schreibt, er begrüße die im Programmwurf gewählte Formulierung »wir sind kapitalismuskritisch«, weil ich sie als Signal des Willens der PDS verstehe, die Programmdebatte in die aktuellen Auseinandersetzungen unserer Zeit einbringen zu wollen, und eben nicht als eine Aufgabe grundsätzlicher politischer Positionen. Wer einen Dialog mit der Gesellschaft will, sollte diesen nach meiner Auffassung nicht von vornherein dadurch belasten, mit seiner Botschaft sofort Distanz und Abstand erkennen zu lassen«<sup>83</sup> so kann und sollte man ihm entgegen halten, dass die PDS den Dialog ja nicht mit dem Kapitalismus sucht, sondern in erster Linie mit denen, die unter ihm leiden beziehungsweise ihn überwinden wollen. Zur schrittweisen Überwindung der derzeitigen Gesellschaftsordnung – und offensichtlich verwechselt Petzold *Gesellschaft* mit *Gesellschaftsordnung* – würde nun eine Minderung des Stellenwerts der Lohnarbeit beitragen. Die PDS sollte sich deshalb fragen, ob sie die Forderung nach einer Grundsicherung nicht durch die Forderung nach einem mittel- bis langfristig einzuführenden Grundeinkommen (das die derzeit bestehenden sozialen Sicherungssysteme ersetzen könnte) ergänzen sollte.<sup>84</sup> Die Grundsicherungsthematik sollte sowohl programmatisch als auch in der politischen und parlamentarischen Praxis als Teil eines Gesamtkonzepts zum sozialökologischen Um-

82 Lucio Magri: Ein neuer politischer Zyklus. In: Sozialismus. Hamburg. Jg. 29. 2002. H. 9. S. 43.

83 Harald Petzold: Die Chancen sind nicht schlechter geworden. In: Disput. Berlin. Jg. 14. 2003. Nr. 3. S. 4.

84 »Für ein garantiertes Grundeinkommen spricht darüber hinaus ein psychologischer Aspekt. Während bei der negativen Einkommenssteuer – wie im bestehenden System – nur die BezieherInnen niedriger Einkommen eine Leistung erhalten, erhalten im Fall des garantierten Grundeinkommens alle die Sozialdividende, so dass Sozialdividende mehr als Rechtsanspruch und weniger als Sozialleistung empfunden werden dürfte als bei einer negativen Einkommenssteuer.« (Wolfgang Strengmann: Ökonomische Auswirkungen einer Mindestrente. Diplomarbeit. Bielefeld 1991. S. 8.)

bau der Gesellschaft<sup>85</sup> erfahrbar sein. Die PDS-Positionen zur Grundsicherung müssen dahingehend weiterentwickelt werden, dass nicht der Eindruck entsteht, es handle sich um Stückwerk oder sie seien so vage, dass jedeR in sie hineinlesen könne was ihm/ihr behagt. Die Praxis der PDS-Bundestagsfraktion mit ihren Forderungen einer schrittweisen Einführung der Grundsicherung jeweils für bestimmte gesellschaftliche Randgruppen hat dem Eindruck, es handle sich um Stückwerk, zumindest nicht entgegengewirkt. Dies ist für parlamentarische Initiativen in den Landtagen kritisch zu reflektieren.

Wichtiger als immer neue Entwürfe, Bücher und Papiere – von denen auch dieses eines ist – muss das politische Handeln sein. Die PDS-Fraktionen könnten hier in Zusammenarbeit mit den Parteivorständen und anderen Akteuren eine Vorreiterrolle übernehmen und personelle wie finanzielle Kapazitäten für die Initiierung eines breiten Aktionsbündnisses *Pro Grundsicherung* nutzen. Dies sollte durch aktive Öffentlichkeitsarbeit flankiert werden. Keinesfalls nachlassen sollten die Fraktionen in ihrer parlamentarischen Tätigkeit bei der Bloßstellung des sozialpolitischen Bankrotts von Bundes- und Landesregierung. Die Kunde, dass die PDS auf diesem Gebiet nachhaltige und realisierbare Konzepte zu bieten hat, sollte indes auch außerhalb der Landtage vernehmbar sein.

Es handelt sich dabei um die Kunde, dass die PDS die einzige Partei ist, die sich für soziale Sicherungssysteme einsetzt, die den Menschen dienen und nicht nur den Kapitaleignern. Dass die PDS die einzige Partei ist, die eine soziale Grundsicherung und ein Existenz sicherndes Grundeinkommen mit erkämpfen würde, parlamentarisch wie außerparlamentarisch. Und dass sie die einzige Partei ist, der das auch zugetraut wird. So schreibt etwa der Sprecher der Sächsischen Armutskonferenz, Ronald Blaschke: »Die PDS kann zunehmend weniger von ihrem Nachwende-Bonus als ostdeutsche und auf Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeiten setzende Partei zehren. Ihre große Chance liegt in der radikalen Infragestellung arbeitgesellschaftlicher Muster des Kapitalismus, auch des untergegangenen real existierenden Sozialismus. Das leistet keine andere Partei. [...] Die PDS steht und fällt damit, ob sie traditionelle linke Ideen (bitte in ihrer Vielfalt) und moderne Ansätze einer sozialen und ökologischen Gesellschaftsgestaltung aufnehmen kann. Eine gehörige Portion an Verständnis für die libertäre Grundhaltung junger Menschen gehört dazu.«<sup>86</sup>

85 Siehe Klaus Steinitz: Ist Wirtschaftswachstum unverzichtbar? In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 14. 2003. H. 148. S. 124ff.

86 Ronald Blaschke: Nichts ist spannender als Querdenken. Ronald Blaschke im Gespräch

Allerdings gilt noch heute wie vor nunmehr fast 20 Jahren: »Kaum einer der Mindesteinkommen-Befürworter problematisiert, daß eine breite soziale Bewegung für ein Mindesteinkommen (bislang?) nicht vorhanden ist. Es ist zu befürchten, daß – wenn überhaupt – eine Veränderung des sozialen Sicherungssystems durchgesetzt wird, nur ein ›fauler Kompromiß‹ rauskommen kann, mit dem die Erwerbslosen, die Armen, die Frauen mal wieder getröstet werden sollen.«<sup>87</sup>

Dies ist im Kontext einer allgemeinen Krise und vorherrschender Ratlosigkeit der Linken zu sehen. Beides beruht nicht auf einem Mangel an Ideen, sondern auf der medialen und kulturellen Hegemonie der Rechten als Folge ihrer ökonomischen Hegemonie. So schrieben Decker und Hecker Anfang 2003 in der »jungen welt«: »Die ›soziale Frage‹ ist gelöst: Der moderne Arbeitnehmer ist die Antwort. Jahrzehntlang haben Sozialpolitiker und Unternehmer, Gewerkschaften und Parteien, Volksseelsorger und Sozialforscher ans Proletariat hingearbeitet, damit es nicht dauernd störend im Weg herumsteht, wenn die kapitalistische Produktionsweise und die dafür zuständige politische Gewalt ihren fortschrittlichen Gang gehen. Sie haben es geschafft. Das lohnabhängige Volk hat sich daran gewöhnt, genau den Lebensstandard zu brauchen, der ihm zugemessen wird, um allen Anforderungen an seine Arbeitskraft zu entsprechen; seine Lebensbedürfnisse sind nach Art und Umfang funktionsgerecht hergerichtet. Interessen, die dem System der Lohnarbeit zuwiderlaufen, und erst recht alle umstürzlerischen Absichten hat es sich abgewöhnt; einen ›proletarischen Klassenstandpunkt‹ gibt es nicht mehr; die Arbeiterbewegung hat ihren Betrieb eingestellt.«<sup>88</sup>

Deutlich betonten sie die Abhängigkeit der Lohnempfänger: »Die Unterwerfung unter fremde private und öffentliche Geldinteressen stellt sich als Abhängigkeit von Sachzwängen und Regelwerken dar. In eben diesem Sin-

— mit Opp! In: Opp! Zeitung des Landesverbandes der PDS Sachsen. Dresden. Jg. 9. 2003. H. 1–2. S. 11.

87 Angelika Blickhäuser / Monika Molter: Garantierte Lebenssicherung für Frauen. Bemerkungen zur Mindesteinkommensdiskussion. In: Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Hrsg. von Michael Opielka und Georg Vobruba. Frankfurt am Main 1986. S. 116.

88 Peter Decker / Konrad Hecker: Mission vollendet. In: »junge welt«. Berlin. 15. Januar 2003. S. 10 (Ausschnitt aus Peter Decker / Konrad Hecker: Das Proletariat. Politisch emanzipiert – sozial diszipliniert – global ausgenutzt – nationalistisch verdorben. Die große Karriere der lohnarbeitenden Klasse kommt an ihr gerechtes Ende. München 2002.).

ne werden daher auch die allfälligen Verschlechterungen der Verhältnisse offenherzig angekündigt: als sachlich erforderliche Anpassungen der geltenden Konditionen an neue Gegebenheiten. Auf die werden die Betroffenen zuvorkommenderweise aufmerksam gemacht – nicht in provokativer Absicht und erst recht nicht, damit sie etwas dagegen unternehmen können, sondern damit sie sich auf das ohnehin Unvermeidliche rechtzeitig einstellen können. Darauf haben sie ein Recht. [...] Nirgends erklärt eine Arbeiterschaft ihr entschiedenes Desinteresse daran, mit intensiverem Arbeits-einsatz Teile ihrer selbst überflüssig zu machen, nur damit die Spekulation von großen Geldanlegern aufgeht, die Fondsmanager Recht behalten und die Standortverwaltung zufrieden ist.«<sup>89</sup>

Potentiell ermöglichen die Existenzgeldforderung, die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, aber auch bereits die reformistische Forderung nach einer Grundsicherung sehr heterogene politische Bündnisse. Die Konstitution derartiger Bündnisse zwischen Arbeitsloseninitiativen, SozialhilfeempfängerInnen, MigrantInnen, Gewerkschaften, Linksparteien, Wohlfahrtsverbänden und Umweltgruppen ist jedoch die Vorbedingung für ein »erotisches Projekt«, das den Kapitalismus überwinden könnte.<sup>90</sup> Ein solches Bündnis müsste zunächst den Kampf gegen internalisierte Gerechtigkeitsvorstellungen in der Bevölkerung aufnehmen, denn nicht nur für die derzeitigen beitragsfinanzierten Sicherungssysteme gilt: »Sozialpolitische Institutionen prägen Gerechtigkeitsvorstellungen zumeist also derart, dass sie zu ihrer eigenen Legitimationsgrundlage beitragen.«<sup>91</sup>

Dabei ist abschließend und scheinbar ganz nebenbei ein nicht unwesentlicher Punkt genannt: Erster Schritt zur Gesellschaftsveränderung ist die Infragestellung und Delegitimierung des Bestehenden. Dies beginnt in den Köpfen. Der zweite Schritt, der unmittelbar folgen sollte, ist die Erarbeitung und Propagierung politischer Alternativen. Wer umgekehrt meint, erst im Bestehenden ankommen zu müssen, es akzeptieren zu müssen, um die eigene Existenz als gesellschaftsverändernde Kraft zu legitimieren, verstrickt sich nicht nur in Widersprüche, sondern setzt sowohl die eigene Existenz als auch die Perspektive wirklichen gesellschaftlichen Fortschritts aufs Spiel.

89 Ebenda. S. 11.

90 Siehe Reiner Hentel: Exit Paradise. Die strömende Linke und das Existenzgeld. In: Express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Offenbach. 1999. H. 4. S. 6.

91 Vobruba: Alternativen. S. 101.





JENS-EBERHARD JAHN wurde am 1. Juni 1967 als Sohn einer Berlinerin und eines Sachsen in Berlin geboren. Er lernte dort bald, dass die, die »Westberlin« in einem Wort statt als »West-Berlin« schrieben, die bösen Kommunisten waren, und trat dennoch 1991 in die PDS ein. Jahn studierte in Berlin, Florenz und Heidelberg Geschichte, Pädagogik sowie romanistische, germanistische und süd-slawistische Sprach- und Literaturwissenschaft. 2000–2001 unterrichtete er an einem Rostocker Gymnasium und beschloss, es damit bewenden zu lassen. Über ein Jahrzehnt freiberuflich als Dozent tätig, lebt Jens-Eberhard Jahn zur Zeit in eheähnlicher Beziehung als erwerbsloser Vor-, Quer- und Zurückdenker in Leipzig und Freiberg. Zahlreiche wissenschaftliche und journalistische Veröffentlichungen in mehreren Sprachen unter anderem zur Sprachsoziologie, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Jahn hat eine einjährige Tochter.



